

Antifaschistisches Info Blatt
Antifaschistisches
info
Blatt
Nr. 52 | Frühjahr 2001 | 6,– Mark
Nazi-Szene
Freie Kameradschaften – Ein Überblick
Die NPD unter Verbotsdruck
No Racism
!
Schwerpunkt
Gleiche Rechte
Antifa
Interview mit dem Bündnis gegen Rechts (Leipzig)
und der Gruppe A3 (Berlin)



Inhalt

AIB | Nr. 52 | (1) 2001

Rubriken

20 Schwerpunkt

Titel

Gleiche Rechte – No Racism!

NS Szene

Gesellschaft

Braunzone

Antifa

Staat und Repression

Rassismus

International

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

030.6946795

aib@mail.nadir.org

8 NS Szene





Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen, und GenossInnen, Liebe LeserInnen

| Mit der Sommerdebatte über Rechtsextremismus überschlugen sich die Nachrichten. Statt einer Nachbetrachtung haben wir uns zu einem Schritt nach vorne entschlossen. Mit dem Schwerpunkt »GLEICHE RECHTE – NO RACISM« wollen wir einen Beitrag zur notwendigen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Zuständen zu leisten. Denn Rassismus und Nationalismus sind keine randständigen Phänomene. Ihre Wurzeln liegen im alltäglichen Denken und Handeln, in politischen Diskursen, Regelungen und Gesetzen. Neonazis und rechte Schläger greifen auch darum Menschen an die Minderheiten zugerechnet werden, weil sie glauben den Mehrheitswillen der Bevölkerung umzusetzen. Die Bekämpfung der extremen Rechten kann sich daher nicht nur in Anti-Nazi-Aktionen erschöpfen. Widerstand gegen den institutionellen Rassismus, gegen die alltäglichen Diskriminierungen und Ausgrenzungen, die Kritik an den gesellschaftlichen Ursachen und eine linksradikale Veränderung der Gesellschaft sind ebenso notwendig.

Mit der Berichterstattung über Sebnitz fand die Sommerdebatte des letzten Jahres ihren vorläufigen Wendepunkt. Die Rechten und Konservativen nehmen sie zum Anlass einmal mehr die Opfer als Täter zu präsentieren und ihren Anteil am Geschehen zu vertuschen. Der Tod Joseph Abdullas wird nicht von einer unabhängigen Untersuchungskommission, sondern von den gleichen Behörden ein zweites Mal untersucht, denen zuvor fehlerhafte und einseitige Ermittlungen vorgeworfen wurden. Statt der Familie den notwendigen Schutz und Beistand zu leisten, wird diese in die Täterrolle gedrängt, die Stadt Sebnitz hingegen als Opfer dargestellt. Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, der es nicht für notwendig hält ein Landesprogramm »gegen rechtsextreme Gewalt« zu finanzieren, hat der Stadt Sebnitz nun 10 Millionen D-Mark zugesagt, um deren Image aufzupolieren.

An diesen Wendepunkt schloss sich die von der CDU angestrengte 68er Debatte an, mit der die Ergebnisse der Studentenbewegung, das was sie an mehr Demokratie und Bewegungsfreiheit in das muffige westliche Nachkriegsdeutschland gebracht hat, begraben – und auch rechtsextreme Gewalt relativiert werden soll. Um sie mit linker Gewalt gleichsetzen zu können musste zwar ganz weit in die Geschichte zurückgegriffen werden, aber auch so ist den Rechten die Rückkehr zur Totalitarismustheorie gelungen. Die damaligen Linken und heutigen Regierungsakteure diskreditieren mit ihren reuevollen Entschuldigungen und dem Bekenntnis zum »besten aller Staaten« auch den heutigen Widerstand. Ebenso, wie es damals legitim war sich gegen die herrschenden Normen, kapitalistische Unterdrückung oder die Unterstützung faschistischer und rassistischer Regimes in aller Welt zur Wehr zu setzen, ist es heute notwendig und legitim Widerstand zu leisten gegen die strukturelle Gewalt von oben, den institutionalisierten Rassismus, Neoliberalismus und Kriegstreiberei.

Wenngleich unser Schwerpunkt in dieser Ausgabe im antirassistischen Bereich liegt, wollen wir auch weiterhin Hintergrundberichte zur Szene der extremen Rechten bringen. Viele Antifas hält derzeit der sogenannte Kampf der Neonazis »um die Straße« mit ihren fast wöchentlich stattfindenden Aufmärschen in Atem. Über einen der wesentlichen Initiatoren, die »Freien Kameradschaften«, findet Ihr zwei Artikel in dieser Ausgaben – ein Thema, das uns sicherlich auch angesichts des NPD-Verbots weiterhin beschäftigen wird.

Obwohl wir uns um ein lesefreundliches Layout bemühen, ist das AIB kein professionelles Projekt und basiert immer noch auf dem Engagement, das viele AntifaschistInnen in ihrer Freizeit leisten. Daher läuft nicht immer alles reibungslos. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die uns kleinere und größere Schnitzer immer wieder nachsehen und das Projekt weiter mit Rat und Tat, der Zusendung von Infos, Spenden oder im Weiterverkauf unterstützen. Selbst wenn wir nicht alles verarbeiten und veröffentlichen können, sind wir für Infos aus den Regionen immer dankbar.

In diesem Sinne wünschen wir Euch und uns einen erfolgreichen antifaschistischen Frühling ■

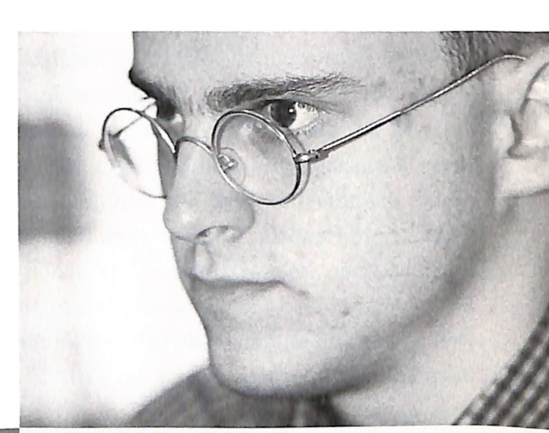
Eure AIB-Redaktion

Polen

Sommerlager der »International Third Position«

Die Kontakte zwischen polnischen Nazis und ihren deutschen Gesinnungsgenossen intensivieren sich. Nach Informationen der antifaschistischen Zeitung »Nidgy Wiecej« veranstaltete die militante Neonazipartei »Narodowe Odrodzenie Polski« (Nationale Wiedergeburt Polens – NOP) im August 2000 ein »Sommerlager« in Duszniki Zdrój. Daran nahmen u.a. Derek Holland, ein führendes Mitglied der »International Third Position«, sowie Neonazis aus Rumänien, Italien, Irland und Tschechien teil. Aus Deutschland fuhr eine von Alexander von Webenau angeführte Delegation der NPD zum »Sommerlager«, das maßgeblich unter dem Einfluss der »International Third Position« stand. Am Ende erklärte der NOP-Kader Jaroslaw Madry, dass die polnischen Neonazis auch durch Spenden von »unseren deutschen Freunden« mitfinanziert würden. Neben der Parteienzusammenarbeit existieren offensichtlich auch eine informelle militante deutsch-polnische Schiene: Nach Presseberichten wurde in Nordpolen zum Jahresende 2000 aufgrund eines Hinweises des deutschen Verfassungsschutzes in einer Wohnung ein Sprengstofflabor entdeckt. Deutsche Neonazis sollen Hauptabnehmer des Sprengstoffs gewesen sein. ■

▼ Alexander von Webenau, führte eine NPD-Delegation zum »Sommerlager«, »Narodowe Odrodzenie Polski« an.



Die JN und ihre die Schwedenconection

Die NPD und die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) intensivieren ihren internationalen Kontakte: Zum Beispiel beim dreitägigen »Pfingstlager« der JN um den 9. Juni 2000, zu dem sich rund 100 Teilnehmer bei Quedlinburg im Harz versammelten. Mit dabei waren auch 30 Neonazis aus Schweden. Auf dem Gelände »einer ehemaligen Nationalsozialistischen Bildungseinrichtung des Dritten Reiches«, wie die JN stolz verkündete, habe man sich in einem »Überlebensprogramm« geschult, das »Verhalten bei Verfolgung durch eine Hundestaffel« trainiert und Propagandamaterial ausgetauscht.

Bei den 30 schwedischen Teilnehmern handelte es sich um Vertreter der »Nationalen Jugend« (NJ). In die Schlagzeilen geraten war die Neonazi-Organisation u.a. im Zusammenhang mit dem Mord an Björn Söderberg im Oktober 1999. Der Gewerkschafter war vor seinem Haus von drei mittlerweile verurteilten Neonazis erschossen worden, die alle enge Verbindung zur NJ hatten. Die Jugendorganisation der NPD schreckt dies natürlich nicht. Der NJ-Vorsitzende Eric Hägglund und der damals noch amtierende JN-Vorsitzende Sascha Roßmüller vereinbarten auf dem Zeltlager für die Zukunft eine noch intensivere Zusammenarbeit.

Nach Informationen der schwedischen Antifa-Zeitung »Expo« ist bei der NPD vor allem das Bundesvorstandsmitglied Per Lennart Aae für die guten Kontakte zwischen schwedischen und deutschen Neonazis zuständig. In den 60er Jahren soll er gemeinsam mit Gesinnungsgenossen zunächst versucht haben, die schwedischen Christdemokraten zu unterwandern. Als das aufflog, setzte sich Aae in den 70er Jahren nach Bayern ab, arbeitete als Ingenieur für Siemens und schloss sich der NPD an. ■



▲ Sascha Roßmüller ehemaliger JN-Vorsitzender

Sebnitz goes »Junge Freiheit«

Um den Ruf der Stadt endgültig zu zerstören, scheuen die Honoratioren von Sebnitz keine Mittel und Wege. Nicht nur der Bürgermeister, auch die Pfarrer beider Konfessionen äußerten sich ausführlich in der Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Die Lage sei mittlerweile ruhig, sagte Bürgermeister Mike Ruckh in einem Interview am 8. Dezember, »daran hat auch die Rückkehr der Familie nichts geändert«. Mit dem von der Bundesregierung losgetretenen »Kampf gegen Rechts« sei »unverantwortlich eine Volkshysterie geschürt« worden, Hauptaufgabe der nächsten Wochen sei es, »das Bild Sebnitz in der Welt (...) und damit auch das Bild Sachsens und Deutschlands wieder ins rechte Licht zu rücken.« Dazu habe der Landkreis ein Spendenkonto für die Stadt eingerichtet. Der katholische Ortspfarrer Norbert Mothes gab der Zeitung am 1. Dezember ein Interview und schrieb am 22. Dezember in einer Weihnachtsbotschaft, die Sebnitzer seien durch gezielte Medienberichte »platt gemacht« worden. Ein Vergleich mit der Bombardierung Dresdens 1945 scheint dem Seelsorger gerade noch angemessen. »Seinerzeit« blieb Sebnitz zwar »vor Zerstörungen bewahrt«, nun sei zur Rehabilitierung der Bürgerinnen und Bürger jedoch eine langfristige Wiedergutmachungsarbeit notwendig. »Ganz offensichtlich ist diese Wiedergutmachungsarbeit wesentlich schwerer als der Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche.« ■

Naziaufmarsch verhindern! *

Egal ob am 1. oder 5. Mai

Die militanten Nazis wollen in Frankfurt ihren bundesweiten 1.Mai-Aufmarsch durchführen. Unter dem Motto »Euro stoppen – Globalisierung bekämpfen!« werden voraussichtlich 1000–2000 Nazis für einen völkischen Antikapitalismus, für aggressiven Antisemitismus und Rassismus demonstrieren.

Dies gilt es mit allen Mitteln zu verhindern!
Den Nazis auf die Pelle rücken!
Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe!

Kontakt über

Antifaschistische Gruppe | c/o Café Exzess
Leipziger Straße 91| 60487 Frankfurt/Main
antifa_g@freenet.de
Info-Mailing-Liste: Strassefrei-subscribe@domeus.de

* **PS: Keep your eyes open!** Wie jedes Jahr haben die Nazis in mehreren Städten Aufmärsche angemeldet. So auch in Dresden und Berlin.

› Passau

§129 Verfahren gegen Passauer Antifas eingestellt

| Am 28.12.2000 stellte die Oberstaatsanwaltschaft München das Verfahren wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung« gegen 32 (Ex)-PassauerInnen ein. Zur Erinnerung: Durch insgesamt 36 Durchsuchungen bundesweit wurde im Mai '98 bekannt, dass das bayrische LKA gegen das »antifaschistische Spektrum Passau«, insbesondere die »Antifaschistische Aktion Passau« ermittelte. Das Konstrukt war, dass innerhalb dieser Gruppe 1997 eine kriminelle Vereinigung bestanden haben soll, der mindestens 33 Straftaten zuzurechnen wären.

Und dann war alles doch nur ein Irrtum !? Laut Presseerklärung der Staatsanwaltschaft zur Einstellung konnte trotz »umfangreicher Ermittlungen« der »Nachweis, die Begehung von Straftaten sei ein mehr als untergeordneter Zweck der Vereinigung gewesen« nicht erbracht werden. Das Verfahren wurde nach § 170 II StPO ohne Auflagen eingestellt. Die AnwältInnen beantragen gerade Entschädigung für entstandene Kosten und Schäden durch die Durchsuchungen und Beschlagnahmen. Laut Staatsanwaltschaft gibt es keine Nachfolgeverfahren.

Die »Ex-Beschuldigten« bedanken sich für die Solidarität und finanzielle Unterstützung! Die Kosten des Verfahrens sind jedenfalls total abgedeckt! ■

› Hamburg

Dankesworte reichen nicht

| Am 3.2. veranstaltete die verbotetene Neonazi-Organisation »Blood & Honour« erneut ein Konzert in Hamburg. Laut Angaben der Neonazis sollen die drei Bands »Noie Werte«, »Deutsche Patrioten« und »Nordmacht« aufgetreten sein. Wie schon bei einem vorangegangenen Konzert am 5. August 2000 in Hamburg, wurde auch dieses Konzert in Räumlichkeiten türkischer Organisationen durchgeführt und von einem Pärchen als Geburtstagsfeier angemeldet. Dass die Neonazis sich erneut ein türkisches Lokal, in diesem Fall eines des alevitischen Kulturvereins ausgesucht haben, spricht für sich. Denn der Schaden der Räumung ging zu Lasten der sonst so gehaßten MigrantInnen. Dererlei Logik schien auch die Hamburger Polizei an diesem Abend zu verfolgen. Bereits um 19 Uhr wurde die Polizei darüber informiert, dass sich in dem Veranstaltungssaal des Alevitischen Kulturvereins nicht die erwartete Geburtstagsgesellschaft eingefunden hat, sondern ein Neonazi-Skinhead-Konzert vorbereitet wurde. Bereits im Vorfeld gab es darüber hinaus von der Lüneburger Polizei veröffentlichte Hinweise auf ein wahrscheinlich stattfindendes Neonazi-Rockkonzert im Raum Norddeutschland. Polizeikräfte aus vier Bundesländern waren in Bereitschaft. Schon gegen 20 Uhr waren die Straßen um den Saal mit Polizeikräften gefüllt. Anwohner zählten bis zu 50 Einsatzfahrzeuge. Der alevitische Kulturverein seinerseits sah sich nicht mehr an den Mietvertrag gebunden und forderte die Polizei auf, die Veranstaltung zu unterbinden. »Unverständlich bleibt«, so der Vereinsvorsitzende, »weshalb die Polizei den Saal nicht geräumt hatte, als ge996 25 Nazis anwesend waren und sie bereits mit massiven Kräften vor Ort waren«. Aber Schein ist wichtiger als Sein: So durften die Bands zuende spielen und die Polizei forderte den Verantwortlichen Peter Borchert um 22 Uhr auf, die Veranstaltung zu beenden. Circa 50 bis 70 Personen, darunter auch die Bands verliessen das Gebäude. Um 5 vor 11 wurde mit der Räumung begonnen. Der braune Mob von ca. 500 Neonazis stimmte bekannte Gröhlereien an und die Hamburger Polizei entdeckte das Antistatik-Problem ihrer Helme. So erklärt sich, daß trotz »massiven Werfens mit Flaschen und Stühlen« und Vorgehen mit Schlagstock gegen einzelne Neonazis, es im Anschluß nur zu drei vorläufigen Festnahmen wegen Landfriedensbruch kam. Denn aufgrund des Beschlagens ihres kalten Helmvisiers beim Betreten der überhitzten Halle konnten die Beamten leider nur wenige »Straftäter« erkennen. Für aussenstehende Beobachter mag das komisch klingen, denn gelang es doch der Hamburger Polizei im Anschluß der Räumung ein Bild ihrer Tat in den Medien zu plazieren, das eine ganz andere Wirklichkeit widergibt: Da ist von einem »großen Erfolg gegen die Neonazi-Szene« die Rede, von »Auflösung und Sprengung eines Skin-Konzertes«, von »800 Polizisten, die ein Nazi-Konzert stoppten«, von »Panzern und Wasserwerfern gegen 500 Rechtsradikale« und von »etwas Blut und keine Ehre«.

Aus den Umständen der zahlreichen Aufmärsche des »Aktionsbüros Norddeutschland« in Hamburg geht hervor, dass der Hamburger Innenbehörde gar nicht daran gelegen ist, Neonazi-Aktivitäten in Hamburg zu unterbinden. Das Konzert und der daraufhin durchgeführte Aufmarsch »Rechtsradikale Musik für Alle« von knapp 250 Neonazis in der Hamburger Innenstadt am 17.2.2001 bestätigen dies. Wie schon zu NL-Zeiten bedarf es breiten politischen Druck aus verschiedenen Ecken der Hamburger Gesellschaft um Worchs Aktivitäten zu beenden. ■

Schlechtes Abschneiden bei internationalen Sport-Wettbewerben

MigrantInnen werden für die deutsche Sportmisäre verantwortlich gemacht

| Ungeachtet der Appelle für mehr Toleranz und Miteinander haben die Sportminister der Länder im November 2000 die Aufenthaltsgenehmigungen für Nicht-EU-Ausländer eingeschränkt, die sich ausschließlich »zum Zwecke des Sporttreibens« in der Bundesrepublik aufhalten. Ausnahmen gelten zukünftig nur für Profisportler der obersten Ligen. Damit werden MigrantInnen nun auch für die deutsche Sportmisere verantwortlich gemacht. Angeblich blockieren sie Platz und Chancen für den deutschen Sportnachwuchs. Der grüne Sportminister Michael Vesper aus Nordrhein-Westfalen befürwortet die Neuregelung gegenüber der Presse mit den Worten: »Die olympischen Spiele haben gezeigt, dass wir Deutschen hinterherhinken. Darum müssen wir beim Thema Nachwuchsförderung etwas tun.« Engstirniges Nationalbewusstsein steht sich hier jedoch selbst im Wege, denn durch eine erleichterte Einbürgerung wäre das Problem viel einfacher zu lösen. Ein Beispiel dafür ist der Erfolg der multikulturell zusammengesetzte Fußballnationalmannschaft in Frankreich. ■

Widerstand gegen marschierende Neonazis

Berlin

NPD-Aufmarsch abgebrochen

| Rund 1500 Anhänger der NPD und der »Freien Kameradschaften« gingen am 25. November 2000 gegen das Verbot der Partei in Berlin auf die Straße. Ständige Blockaden durch AntifaschistInnen vereitelten das Ansinnen. Nachdem die Neonazis am Ostbahnhof nur unter dem Schutz von 4000 Polizeibeamten losmarschieren konnten, mußte die Straße immer wieder geräumt werden. Am Alexanderplatz, wo eine große Öffentlichkeit aus PassantInnen die blockierenden AntifaschistInnen unterstützte, brach die Polizei den Aufmarsch schließlich ab und geleitete die Neonazis zur S-Bahn. ■

Jena

Neonazis umgeleitet

| Mit der Parole »No pasaran – Sie kommen nicht durch« blockierten am 3. Februar 2001 rund 200 Jenaer AntifaschistInnen die Route eines Naziaufmarsches von 80 Anhängern der NPD, »Jungen Nationaldemokraten« und des »Thüringer Heimatschutzes«. Zwar konnte der Aufmarsch nicht verhindert werden, die Polizei sah sich jedoch gezwungen, die Route umzuleiten. Eine geplante Kundgebung der Neonazis am Jenaer Holzmarkt musste entfallen. Nach dem Abmarsch der Faschisten führten 500 Menschen eine antifaschistische Demonstration durch. ■

Köln

Eindruckvolle Gegenmobilisierung

| Kölner AntifaschistInnen konnten zwar einen vom »Kampfbund Deutscher Sozialisten« initiierten Aufmarsch am 9. Dezember 2000 nicht verhindern, erreichten aber eine eindrucksvolle Gegenmobilisierung. Ein breites Bündnis und mehr als 20.000 Menschen demonstrierten in Köln. Die lokale Künstlerinitiative »Arsch huh, Zäng ussenander« organisierte ein Rahmenprogramm, in dem prominente Bands wie BAP und Brings auftraten. Es wurde ebenso live im WDR übertragen wie die Redebeiträge der Kampagne »Kein Mensch ist illegal«, der »Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit« oder der »Antifa K«, in denen auch deutlich gegen den staatlichen Rassismus Stellung bezogen wurde. Der schlechtorganisierte Aufmarsch der 120 aus dem Spektrum der »Freien Kameradschaften« stammenden Nazis war von der Polizei hermetisch abgeriegelt worden. Nur Einzelpersonen und kleinen Gruppen gelang es, kurze symbolische Blockaden durchzuführen. Ein Sprecher der »Antifa K« wertete die Gegenaktionen dennoch als Erfolg. »Über 20.000 Menschen hat es nicht mehr gereicht, Betroffenheit zu zeigen, sondern sie haben aktiv bei dem Versuch mitgewirkt, den Naziaufmarsch zu verhindern.« ■

Nordhausen

Brennende Barrikaden

| Einen verkürzten Aufmarsch und zwei Stunden Verspätung mussten am 9 Dezember 2000 die 300 Teilnehmer eines NPD-Aufmarsches in Kauf nehmen. In dem ruhigen Harzstädtchen war die Route plötzlich durch brennende Barrikaden versperrt, die allerdings nicht verteidigt wurden. Als die Polizei die Strecke abgesichert hatte, sorgte eine Blockade von 40 AntifaschistInnen der Antifa Südharz für eine weitere Verzögerung. Nach Abschluss des Aufmarsches wurde die Frustration der Neonazis wegen mangelnder Luft im mehreren PKW-Reifen noch einmal gesteigert. Dafür waren die Autos aufgrund fehlender Scheiben jedoch gut durchlüftet. ■

▼ Veranstaltung des »Kampfbundes Deutscher Sozialisten« mit dem Referenten Michael Koth (rechts). Der 16-jährige Redner Axel Reitz ist, in Köln ein bekannter Neo-Nazi Organisator.



Flüchtlinge wollen Arnstadt verlassen

| Am 11. November demonstrierten 350 Menschen in Arnstadt aus Solidarität mit den Opfern eines rassistischen Überfalls. Dabei wurde vor allem auf den Zusammenhang zwischen institutionellem Rassismus und Nazigewalt hingewiesen. Einige Wochen zuvor waren drei afrikanische Asylbewerber und zwei deutsche Frauen nach dem Besuch der Diskothek »Lindeneck« von 15 Rassisten angegriffen worden. Die mit Baseballschlägern, Knüppeln und einem Messer bewaffneten Männer schlugen die kamerunischen Flüchtlinge nieder und traktierten einen von ihnen weiter, als er schon am Boden lag. Die von den Angegriffenen alarmierte Polizei weigerte sich, die Aussagen der Opfer anzuhören und ermutigte die Angreifer durch ihr Verhalten zu weiteren Attacken. Später wurden die Flüchtlinge auf brutale Weise gefesselt und festgenommen. In Presseverlautbarungen heizte die Gothaer Polizei die aggressive Stimmung weiter an. So war u.a. von einem Angriff der Afrikaner auf »eine Gruppe von Deutschen« die Rede. In der Nacht zum 7. Januar 2001 wurden die Asylbewerber erneut angegriffen. Diesmal in der Diskothek »Lindeneck«, deren Security die rassistischen Angreifer unterstützte. Die Betroffenen erlitten dabei Platzwunden und Verletzungen im Halsbereich und mussten notärztlich versorgt werden. Die hinzugerufene Polizei entfernte die Afrikaner aus der Diskothek, da der Besitzer nach dem Überfall ein Hausverbot verhängt hatte. Jugendliche berichteten später, der Discjockey habe dazu den Song »It's time to say good bye« aufgelegt. Der Thüringische Flüchtlingsrat, an den sich die Asylbewerber nun gewandt haben, hält ihren Wunsch, Arnstadt zu verlassen für alarmierend und forderte eine Korrektur des in Teilen der Bevölkerung gegen die Asylbewerber gerichteten Klimas: »Von besonderer Bedeutung ist der freie Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten«. Der Besitzer des »Lindeneck« wurde aufgefordert, das Hausverbot aufzuheben und das Fehlverhalten der Security zu korrigieren. ■

Rock gegen Rechts ohne Betroffene

| Bei der Veranstaltung »Rock gegen rechte Gewalt« in Berlin waren Flugblätter von antifaschistischen Initiativen und Betroffenengruppen nicht erwünscht. Prominente Bands und Musiker wie City, Udo Lindenberg oder Nina Hagen traten bei dem Konzert zugunsten der Amadeu-Antonio-Stiftung und des Aussteigerprojektes »Exit« auf. Diese durften auch auf der Bühne für sich werben. Als jedoch Mitglieder aus antirassistischen Initiativen, Antifa-Gruppen oder Wohnungslosenvereinen vor der Konzerthalle Informationsmaterial verteilen und Obdachlosenzeitungen verkaufen wollten, wurden sie vom Sicherheitsdienst des Platzes verwiesen und abgedrängt. Der Veranstalter wünsche dies nicht, hieß es zur Begründung. In der Wohnungslosenzeitung »Motz« erklärte ein Betroffener, für ihn drängten sich Parallelen zwischen den Organisatoren des Rockspektakels und dem Verhalten führender Politiker auf. Als Mensch, der jahrelang auf der Straße gelebt hat, gehörte er zu dem Personenkreis, der zunehmend von rechter Gewalt betroffen ist. Sein politisches Anliegen war, mit der Obdachlosenzeitung »Stütze« Informationen über die »tägliche Ausgrenzung und Gewalt gegen diese Gruppe unter die Leute zu bringen.« ■

Neuer »Geschäftsführer« bei »NS 88«

Der Nachfolger von Marcel Schilf

Nach dem Tod von Marcel Schilf am 23. Januar diesen Jahres werden die Aktivitäten von »Blood & Honour Scandinavia« offenbar erneut von einem Deutschen fortgeführt. Der 28jährige gebürtige Deutsche Schilf hatte seit Mitte der 90er Jahre gemeinsam mit dem im Schweden lebenden norwegischen Neonazikader Erik Blücher zunächst mit »NS 88« und dann mit »Blood & Honour Scandinavia« eines der einflussreichsten und militantesten Vertriebsimperien für Neonazimusik und Videos aufgebaut. In den letzten zwei Jahren lebte Schilf, der an einer Lungenkrankheit starb, in der südschwedischen Kleinstadt Klippan. Auf seinem Anwesen fanden unzählige Neonazikonzerte unter internationaler Beteiligung des »Blood & Honour« Netzwerkes statt, die auch als wichtige Koordinierungstreffen dienten. Wie die schwedische Tageszeitung »Aftonbladet« Anfang März meldete, soll Erik Blücher jetzt einen Nachfolger für Schilf gefunden haben: Den 25jährigen Ronald Schröder aus Berlin. Schröder soll seit Mitte der 90er Jahre Kontakt zu Schilf gehabt haben und ihn mehrfach – u.a. schon 1997 – besucht haben. Nach Angaben der britischen Antifazeitung Searchlight zog Schröder schon im vergangenen Jahr nach Schweden um, um ab Mai 2000 bei Marcel Schilf angelernt zu werden. Mittlerweile lebt er in Schilfs alter Wohnung in Allerum (Schweden) und soll von dort aus gemeinsam mit Erik Blücher die Geschäfte von »Blood & Honour Scancinavia« weiterführen. Schröder wurde in den vergangenen Monaten drei Mal von der schwedischen Polizei bei Razzien im Zusammenhang mit B&H-Aktivitäten kontrolliert. ■



▲ Ronald Schröder, soll der Nachfolger von Marcel Schilf bei »NS 88« sein

Aktionsbüros für den »Kampf um die Straße«

Konzept und Struktur der »Freien Kameradschaften«

Die Organisationsform der Neonaziszene hat sich gewandelt. Die Vernetzung der »Freien Kameradschaften« ist weit flexibler und effektiver als die Vereinsmeierei der 80er Jahre. Im Hintergrund zieht jedoch ein altbekanntes Netzwerk aus Nazi-Kadern die Fäden.

| Am 4. November 2000 marschierten mehr als 1.000 Neonazis gegen das NPD-Verbot durch Berlin. Aufgerufen hatten die »Freien Kameradschaften«, die den Aufmarsch später als den »bislang größten der Nationalen Opposition in der Hauptstadt« feierten. Für Heldenmythen gab das Ereignis allerdings wenig her. Der Aufmarsch, der ein »deutliches Zeichen im Kampf um die Straße«[1] werden sollte, musste aufgrund antifaschistischer Blockaden und Proteste frühzeitig abgebrochen werden. Lediglich im Kampf um den Führungsanspruch in der Szene konnten die Kameradschaften sich profilieren. Denn obwohl die NPD-Führung von der Verbotsforderung am ehesten betroffen war, hatte sie nicht zu dem Aufmarsch aufgerufen, sondern sich »ängstlich verkrochen«, so das »Aktionsbüro Norddeutschland«. Die Kameradschaften konnten sich einmal mehr als jene präsentieren, die sich durch staatliche Repression nicht einschüchtern lassen. Ihr Aktions- und Organisationskonzept ist im Vergleich zu dem der NPD wesentlich flexibler. Verbote können die Kameradschaftsszene nicht treffen, ihre Strukturen sind offener.

Abwendung von starren Organisationsformen

Schon zu Beginn der 90er Jahre standen die Organisationen der Neonaziszene vor dem Problem, ein zunehmend größeres Umfeld ein- und anzubinden. Die extrem rechten Jugendszenen waren nur bedingt bereit, sich in die starren Organisationen einzufügen und dem teils selbstherrlichen Führungsanspruch der jeweiligen Anführer zu fügen. Die Zersplitterung in zahlreiche, oft untereinander zerstrittene Parteien und Gruppen, Ausschlüsse, Geschäftsordnungsfragen, der Streit um Führung und Posten war für sie nicht nachvollziehbar. Bereits damals wurde versucht, durch Vorfeldorganisationen mit geringeren Anforderungen an Disziplin und mit einer umfassenden Kulturpolitik auf dieses Umfeld einzuwirken.

Die Verbote Anfang der 90er Jahre, von denen mehr die zentralen Strukturen als die regionalen und örtlichen Gruppen betroffen waren, beschleunigten die vorsichtige Abwendung von der starren Organisationsform. Einige der Kader gingen zur NPD/JN, andere führten ihre Kameradschaften mit zumeist regionalem Charakter weiter. Um 1997 begann ein neuer Organisierungsprozess, der unter den Schlagworten »Nationaler Widerstand« oder »Freie Kameradschaften« bekannt geworden ist. »Die Entwicklung war nach den vielen Organisationsverboten fast zwangsläufig«, erklärte ein bekannter Neonazi in der ersten Nummer des »Zentralorgan«. »Das Konzept, immer wieder neue Parteien und Gruppierungen zu gründen, ging nicht mehr auf. (...) Die alten Strukturen waren und sind zum Teil schuld daran, dass es in Deutschland noch immer nicht zu einer großen einigenden Bewegung gekommen ist.«[2] Statt einer hierarchischen Organisationsstruktur setzen die Neonazis seitdem auf ein informelles, allerdings durchaus verbindliches Netzwerk.

Fortsetzung der »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF)

Obwohl die Kameradschaftsszene in ständiger Bewegung ist und von außen kaum durchschaubar scheint, wird die Organisierung und der Zusammenhalt der Szene durch eine Anzahl von Kadern systematisch vorangetrieben, die vorwiegend den neonazistischen Gruppierungen und Kleinstparteien der späten 80er Jahre, vor allem der GdNF und der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei«, entstammen. Viele der Kameradschaftsführer kennen sich aus jahrelanger, teilweise jahrzehntelanger Zusammenarbeit und bilden bundesweit eine feste und organisierte Kerngruppe. Einer der wichtigsten Aktivisten ist Christian Worch aus Hamburg, ein langjähriger Weggefährte Michael Kühnens, ehemaliger Organisationsleiter der GdNF und Kopf der 1995



▲ Christian Worch, Mitte der 70iger (großes Bild) als Aktivist der Gruppe um Michael Kühnen. Heute gilt er als eine der führenden Hintergrundfiguren, der »Freien Kameradschaften«.

verbotenen Hamburger Frontorganisation »Nationale Liste«. Er bezeichnet sich selbst als denjenigen, der das Konzept der »Freien Kameradschaften« »angedacht hat«.[3] Zusammen mit seinem Handlanger, dem alten GdNF-Kader Thomas Wulff, propagiert er das Konzept sowohl im regionalen als auch im bundesweiten Rahmen. Der Kreis um Worch und Wulff betreibt wesentliche Projekte mit zentraler Funktion für die Szene, wie etwa das »Aktionsbüro Norddeutschland« oder die Zeitschrift »Zentralorgan«. Eine Vielzahl der Aufmärsche, die fast wöchentlich stattfinden, werden von Worch organisiert und angemeldet. Die daraus entstehende umfangreiche Reisetätigkeit gibt ihm die Möglichkeit zu ständigem Kontakt mit bestehenden Kameradschaften sowie zur Kontaktaufnahme, Einbindung und Anleitung von neuen Gruppen. Michael Swierczek, der gleichfalls der Gruppe um Kühnen entstammt und ehemals als Gründer und Bundesvorsitzender der 1992 verbotenen »Nationalen Offensive« fungierte, gilt als »führender Vertreter freier Zusammenhänge in Süddeutschland«. Swierczek referierte auf mehreren Veranstaltungen der freien Kameraden über die Entwicklung des rechten Parteienspektrums und setzte sich für den Aufbau »unabhängiger Logistik bei den Kameradschaften vor Ort«[4] ein. Als Redner der Freien Kameradschaften →





▲ Freidhelm Busse, auf einer Veranstaltung der »Wehrsport Gruppe Hoffmann« 1981 in Heroldsberg bei Nürnberg (linkes Bild).
Busse, bei einem Nazi-Aufmarsch 1999 in Rostock, war der letzte Parteivorsitzende der FAP. Nach dem Verbot der Partei taucht er reglmäßig als Redner bei Aufmärschen der »Freien Nationalisten« auf (rechtes Bild).



▲ Aktivisten der »Freien Kameradschaften« aus dem Ruhrgebiet, gehören zu den regelmäßgen Teilnehmern von Nazi-Aufmärschen. Die dortigen Strukturen sind stark von der verbotenen FAP geprägt.

→ treten auch der ehemalige FAP-Vorsitzende Friedhelm Busse oder der ehemalige FAP-Kader Ralf Tegethoff aus dem Rhein-Sieg-Kreis auf. In Bielefeld ist der ehemalige Kader der GdNF, Bernd Stehmann, Anführer der Kameradschaft. In Dortmund gruppiert sich der Nationale Widerstand um den ehemaligen FAP-Funktionär Siegfried Borchardt (alias »SS-Siggi«). Wie stark die Führungsstrukturen vor allem im Ruhrgebiet von alten FAP-Kadern geprägt sind, zeigte der Versuch der Dortmunder Polizei, einen Aufmarsch der »Freien Kameradschaften« am 21. Oktober 2000 mit der Begründung zu verbieten, es werde gegen das Verbot der FAP verstoßen, weil Demonstrationsleitung und Ordner überwiegend dieser Organisation angehört hätten.

Der »Nationale Widerstand«

Insbesondere die GdNF um Michael Kühnen verstand sich immer schon als »steuernde Kaderbewegung«, für die vielfach wechselnde Organisationen vor allem funktionale Bedeutung hatte. Die GdNF war eine Gemeinschaft gleichgesinnter Nationalsozialisten, die selbst keine formale Organisation bildeten, deren Einfluss sich aber auf unterschiedliche Organisationen und Szenen erstreckte. Das Konzept des »Nationalen Widerstandes« und der sie tragenden »Freien Kameradschaften« ist eine logische Weiterentwicklung der GdNF-Politik. Ziel der Bestrebungen ist nach wie vor eine Einigung der Szene, die nur nach außen hin den Eindruck eines losen Netzwerkes darstellen soll. Im Gegensatz zu der Entwicklung der 80er und frühen 90er Jahre wird jedoch weniger auf formale Mitgliedschaft, äußeren Zwang und Disziplin, sondern vermehrt auf Freiwilligkeit gebaut.

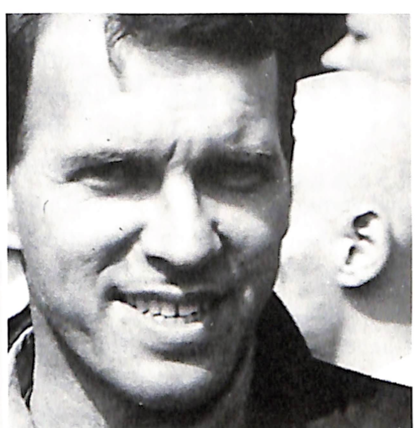
Die nun fehlende Identifikation über Parteien und Organisationen erfordert neue gemeinsame Kristallisationspunkte, Identifikationssymbole, Parolen oder Kampagnen. Der »Nationale Widerstand« ist als Oberbegriff der Bewegung der kleinste gemeinsame Nenner. Gruppen, Vereine, einzelne Menschen und auch Parteien können sich als Teil des »Nationalen Widerstandes« betrachten, wenn sie einigen wenigen Grundsätzen und Zielen zustimmen. Dazu gehört das Bekenntnis zur »Volksgemeinschaft«, »Verhinderung weiterer Massenzuwanderung« oder die »Bekämpfung der Verteufelung, Mystifizierung und Verhöhnung unserer Vorfahren«.[5] Vor allem die Kampagne gegen die Wehrmachtsausstellung, die maßgeblich von »Freien Kameradschaften« und der NPD getragen wurde, hat in Verteidigung der nationalsozialistischen Wehrmacht zur Herausbildung einer Identifikation über den »nationalen Widerstand« beigetragen. Trotz gelegentlicher Differenzen ist die Szene jenseits der »Republikaner« und der DVU seitdem stärker zusammengewachsen. Mit der NPD be-

steht nach wie vor eine enge Zusammenarbeit und vielfache Überschneidungen. Viele freie Kameraden, auch Führungskader wie Steffen Hupka aus Sachsen-Anhalt oder Frank Schwerdt aus Berlin, wurden Mitglied der Partei. Hupka sieht darin keinen Widerspruch, sondern eine sinnvolle Ergänzung. Nur drei Wochen nach dem anfangs beschriebenen Aufmarsch der Freien Kameradschaften in Berlin feierte das Aktionsbüro Norddeutschland z.B. wieder einen gemeinsamen Erfolg mit der NPD. Die Unterstützung zu einem weiteren Aufmarsch am 25. November 2000 in Berlin »kam von überall her und über alle organisatorischen Grenzen hinweg«.[6] Zwar konnten die Freien ihre Genugtuung nicht verhehlen, die NPD erfolgreich unter Aktionsdruck gesetzt zu haben, aber die Zufriedenheit über den gemeinsam mobilisierten, noch größeren Aufmarsch überwog.

Die »Freien Kameradschaften«

Bezeichnet der »Nationale Widerstand« eine Bewegung, der verschiedene Organisationen angehören können, werden als »freie Nationalisten« unabhängige Einzelkämpfer, als »Freie Kameradschaften« unabhängige Gruppen definiert. Sie fühlen sich, auch wenn sie einer Partei angehören, nicht der Organisation, sondern zuerst der Sache oder wie es im Nazijargon heißt »dem Volk und der Nation verpflichtet«. Weniger von den Verboten, als von den internen Spaltungen und Ausgrenzungen der 80er Jahre geprägt, stellt das Konzept der »Freien Kameradschaften« die »Bereitschaft, das vermeintlich Trennende zugunsten des gemeinsamen Kampfes hintanzustellen«,[7] in den Vordergrund. Die Organisierung der Bewegung wird daher über Bündnisse und die Vernetzung von Projekten angestrebt. Die in Ludwigslust erscheinende Zeitschrift »Zentralorgan« war ein erster Schritt zur Vereinigung. Mehrere bislang bestehende Schriften, so die »Freie Stimme« der »Sauerländer Aktionsfront«, der NF-nahe »Widerstand« und das Nazi-Skinheadfanzine »Moonstomp« wurden zugunsten des gemeinsamen »Zentralorgan« aufgegeben.

Dieser Organisierungsprozess ist flexibler als die alten Organisationsmodelle und wird der zunehmenden neonazistischen Bewegungsdynamik gerecht. Vor allem im Osten sind viele neuere Kameradschaften aus einer völkisch-rassistischen Szene entstanden und haben oft keinen Vorlauf in klassischen Kadergruppen und Parteien.



▶ Steffen Hupka; ehemaliger Führungs-Kader der »Nationalistischen Front« (NF). Nach deren Verbot leitete er »Freie Kameradschaften« im Ostharz und gehörte zwischenzeitlich dem Bundesvorstand der NPD an. Er sollte aus der NPD ausgeschlossen werden.



▲ Thomas Wulf aus Hamburg ist zu den langjährigen Kadern des NS-Spektrums zu zählen. Vormals bei der verbotenen »Nationalen Liste« organisiert tritt er jetzt für die »Freien Kameradschaften« in Erscheinung.

Die Eigenständigkeit der einzelnen Kameradschaften und Kameraden fordert dem autoritären neonazistischen Selbstverständnis allerdings auch ein hohes Maß an Toleranz ab. »Die natürliche Verschiedenheit der Kameraden führte anfangs zu strukturellen Schwierigkeiten«, schreibt etwa die Berliner »Kameradschaft Germania«, »wir mußten lernen Konflikte auszutragen«. Jetzt werde »der aus der Unterschiedlichkeit der Kameraden resultierende Reichtum« für das »Engagement genutzt«.[8]

Vernetzung und Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten gelingen vor allem durch eine systematische Aktionsorientierung und die Bildung von Aktionsgruppen. Die Konzentration auf den gemeinsamen Feind in der Anti-Antifa, die Durchsetzung von Aufmärschen und die Schaffung von Infrastruktur stehen neben der Propagandatätigkeit und Schulungen daher im Vordergrund der politischen Arbeit. Auch in den Zielen und Themenfeldern zeigt sich die Kontinuität zu den Strukturen der GdNF. Dazu gehören das klare Bekenntnis zum Nationalsozialismus und seiner Symbolik, der »Kampf um die Straße« oder die Glorifizierung von alten Nationalsozialisten, wie sie z. B. im Rudolf-Hess-Kult zum Ausdruck kommt.

Ähnlich den von Michael Kühnen verbreiteten Grundsätzen sehen sich die »Freien Nationalisten« in der Tradition einer »Nationalsozialistischen Gesinnung und der daraus resultierenden revolutionären Grundhaltung«.[9] Darin besteht auch der wesentliche Unterschied zur Struktur der autonomen Szene, von der das Organisationsmodell der »Freien Kameradschaften« abgekupfert wurde.[10] Disziplin, Unterordnung unter Autorität und Führung gehören zum Selbstverständnis der Neonazis. Sie werden nicht mehr durch die äußere Klammer einer Partei erzwungen, sondern von den Kadern erwartet. »Basis der Kameradschaft sind die Satzung und die Gesetze des politischen Soldaten«, heißt es etwa in

1| Pressemitteilung des Aktionsbüro Nord vom 5.11.2000
2| Zentralogan, Nr. 1, Januar 1998
3| Worch, Christian, Zur Diskussion um das Parteiverbot, in: hompage stoertebecker, Likedeeler aktuell, 21.11.2000
4| Zentralorgan Nr. 5
5| »Was bedeutet Nationaler Widerstand?«, in: Nationaler Widerstand Webside of the National Resistance in Germany, 5.2.2001
6| Pressemitteilung des Aktionsbüro Norddeutschland vom 25.11.2000

→

Anspielung auf die »politischen Soldaten« der SA auf der Internetseite der Berliner »Kameradschaft Germania«.

Diese hohen Ansprüche übersteigen freilich die persönlichen Möglichkeiten vieler Kameraden. So verleitet die mangelnde Disziplin bei Aufmärschen Christian Worch immer wieder zu cholerischen Ausfällen, wenn seine Befehle nicht befolgt werden. Die Berliner Kameradschaftsszene zeigte deutliche Zerfallserscheinungen, als ihr Anführer Frank Schwerdt aufgrund der Verbüßung einer Haftstrafe die Zügel nicht mehr fest in der Hand hatte.



▲ Michael Swierczek, ehemals Bundesvorsitzender der 1992 verbotenen »Nationalen Offensive«, gilt als »führender Vertreter freier Zusammenhänge in Süddeutschland«

Organisation und Vernetzung

Nach amtlichen Angaben gab es Ende 1999 rund 150 »Freie Kameradschaften«, deren Anzahl sich seitdem noch einmal erhöht haben dürfte. Die einzelnen Gruppen sind scheinbar eigenständig und tragen unterschiedliche Namen, aus denen ihre Zugehörigkeit zum Netzwerk nicht immer hervorgeht, wie »Nationaler Widerstand Stuttgart«, Kameradschaft »Walter Spangenberg Köln«, »Anti-Antifa Eisenach« oder »Siegener Bärensturm«.

Bundesweit sind die Kameradschaften durch sog. Koordinierungstreffen vernetzt, bei denen Vertreter aller relevanten Aktionsgruppen teilnehmen können. Am 25./26. November 2000 sollte etwa im hessischen Obersuhl ein Arbeitstreffen von Vertretern »freier Zusammenhänge« stattfinden, das aufgrund unerwünschter Öffentlichkeit verlegt werden mußte. Regional ist das Organisationsniveau unterschiedlich ausgeprägt. Der »Nationale Widerstand Norddeutschland« stellt die am besten vernetzte Organisation der Freien Kameradschaften in Hamburg, Schleswig-Holstein und großen Teilen Norddeutschlands dar. Auf Landesebene veranstalten auch die nordrhein-westfälischen Kameradschaften regelmäßige Koordinations- und Landestreffen. Als »Widerstand West« oder »Nationales Bündnis Westdeutschland« treten sie gemeinsam im bundesweiten »Bündnis Freier Nationalisten und Aktionsgruppen« in Erscheinung. Eine enge Zusammenarbeit pflegen die Thüringer Kameradschaften im »Thüringer Heimatschutz«, und auch in Sachsen-Anhalt finden regelmäßige Treffen der Kameradschaftsführer statt. Weitere regionale Bündnisse existieren unterhalb der Landesebene, so der »Nationale Widerstand Ruhr«, auf dessen Veranstaltungen sich regelmäßig Angehörige der Freien Kameradschaften und NPD-Mitglieder aus dem Ruhrgebiet treffen, oder das »Aktionsbündnis Westthüringen«, dem die Kameradschaften um Eisenach angehören.

Eine zentrale Funktion hat das »Aktionsbüro Norddeutschland«. Es zeigt z. B. bundesweit Termine oder Aufrufe zu Aktionen an und steuert auch die Pressearbeit dazu. Es ist ebenso wie die wichtigste Zeitschrift, das »Zentralorgan«, in Hamburg angesiedelt. Eine bedeutende Rolle für die Kommunikation spielen darüberhinaus die »Nationalen« bzw. »Freien Infotelefone« Norddeutschland, Rheinland, Preußen, Karlsruhe, Lübeck, Schwaben oder Bayern. Daneben gehören eine Vielzahl von regionalen Zeitschriften, Internetseiten, Treffpunkten, Versänden oder Rechtshilfeorganisationen zu den »Freien Kameradschaften«.

Freie Kameraden und völkische Bewegung

Mit den »Freien Kameradschaften« haben die Neonazis eine Organisationsform gewählt, die dem immens gewachsenen rechtsextremen Mainstream vor allem im Osten entspricht und die von Verboten kaum mehr getroffen werden kann. Um den harten Kern steuernder Kader hat sich ein Netzwerk politisch bewußter Neonazis gebildet. Vor allem durch die Aufnahme kultureller Elemente und in enger Zusammenarbeit mit der musikorientierten Naziskinszene, insbesondere der verbotenen Gruppe »Blood & Honour«, bilden die Kameradschaften einen politischen Kristallisationspunkt. Zu ihrem Netzwerk gehören auch Fanzines wie »Unsere Welt«, das von Bernd Stehmann herausgegeben wird, oder Szenetreffpunkte wie der »Club 88« in Neumünster. Auf der Basis des



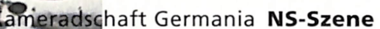
kleinsten gemeinsamen Nenners gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der offenen Szene – von NPD bis hin zu rechtsextremen Fußballfanclubs – wesentlich einfacher als früher. Die Ursachen für die ständig steigende Zahl der Kameradschaften liegen jedoch auch in einer gesellschaftlichen Stimmung, die vielfach rassistisch und nationalistisch geprägt ist. Zwar finden die offenen Manifestationen in Form von Aufmärschen noch immer abgeschirmt von Polizei und antifaschistischen Protesten statt. Im direkten Umfeld der Kameraden, in ihren Stadtvierteln, Jugendclubs, Kneipen oder auf dem Fußballplatz sind sie jedoch vielfach akzeptiert. Viele Menschen teilen zumindest ansatzweise ihre rassistische und nationalistische Einstellung. Das gilt nicht nur für die »Browntowns« im Osten, sondern auch für viele kleinere Orte und Stadtviertel im Westen. ■

7| »Was sind Freie Nationalisten«

8| »Vorstellung der Kameradschaft Germania«, Homepage der Kameradschaft, 6.2.2001

9| »Was sind Freie Nationalisten«, in Homepage »Nationales und soziales Aktionsbündnis Westthüringen«, 5.2.2001

10| vgl. Interview, in »Zentralorgan« Nr. 1, Januar 1998; vgl. auch Worch, Christian, Zur Diskussion um das Parteiverbot, in: homepage stoertebecker, Likedeeler aktuell, 21.11.2000







▲ Oliver Schweigert altbekannter Kader aus den Reihen der »GdNF« spielt heute für die »Freien Kameradschaften« in Berlin eine wichtige Rolle.

Alles Germania

»Freie Kameradschaften« in Berlin

Die Berliner Kameradschafts-Szene unterlag in den letzten zwei bis drei Jahren ständigen Veränderungen. Würde man Veröffentlichungen der Neonaziszene oder des Verfassungsschutzes glauben schenken, müsste es rund ein Dutzend aktive Kameradschaften in der Hauptstadt geben. Doch nur wenige sind über Jahre aktiv oder treten kontinuierlich an die Öffentlichkeit. In Berlin gehört momentan lediglich die »Kameradschaft Germania« dazu.

Die meisten Kameradschaften treten nach dem sogenannten »Wohnortprinzip« vor allem in ihren »Kiezen« auf. Dort agieren sie meist aus einem breiten Sympathisantenkreis heraus und fallen als namentliche Organisation kaum auf. Oft reichen schon einschlägige eigene Treffpunkte, in der Regel Kneipen, um solche örtlichen Strukturen zu schaffen. Gemeinsam besucht man Naziaufmärsche, Veranstaltungen oder Fußballspiele und geht gewalttätig gegen Alternative, Obdachlose oder Ausländer im Bezirk vor. Diese Übergriffe werden dann oft genug als unpolitisch eingestuft. So ermordeten in Pankow vier Jugendliche aus dem Kameradschaftsspektrum im Mai 2000 den Obdachlosen Dieter Eich. Polizei und Staatsanwaltschaft vertuschten den politischen Hintergrund, der erst durch Journalisten ermittelt wurde.

Treten in anderen Regionen Konflikte zwischen NPD auf der einen Seite und den »Unabhängigen Kameradschaften« bzw. dem »Blood & Honour« Spektrum auf der anderen Seite auf, werden diese Auseinandersetzungen in Berlin klein gehalten. Demonstrativ trafen sich beispielsweise im Juni 2000 am Kiesee Arkenberge NPD und Kameradschaften, um unter dem Motto »Umweltschutz ist Heimatschutz« gemeinsam Müll einzusammeln. Oft genug kennen sich NPD'ler und Kameradschaftsvertreter aus gemeinsamen Zeiten in anderen faschistischen Gruppen oder arbeiten unabhängig von ihrer jeweiligen Organisierung weiter zusammen. Lediglich zwischen dem sogenannten »Aktionsbüro Mitteldeutschland« des Kameradschaftsaktivisten Oliver Schweigert und dem Berliner NPD-Kader Thomas Salomon kam es zum offenen Schlagabtausch, als letzterer im NPD-Organ »Zündstoff« die Rolle der Kameradschaften bei einem Aufmarsch am 1. Mai 2000 in Berlin Hellersdorf nicht ausreichend würdigte. Zu Spannungen kam es auch mit der »Wanderjugend Gibor«. Deren Wintersonnenwendfeier im Dezember 1999 hatten Mitglieder der »Kameradschaft Germania« gründlich verdorben, da sie durch betrunkenes Grölen, dem Zerstören von Toiletten und dem Diebstahl von Möbeln der Jugendherberge auffielen.

Kameradschaftsszene im Umbruch

In den letzten Jahren hat die Berliner Kameradschaftsszene stark gelitten. Dafür waren verschiedene Faktoren verantwortlich: Die Inhaftierung mehrerer Protagonisten, die »Selbstauflösung« der »Nationalen e.V.« im November 1997, die Öffnung der NPD für die Ka- →

meradschaften und nicht zuletzt auch interne Auseinandersetzungen. Der Verein »Die Nationalen« unter Vorsitz des jetzigen NPD-Kaders Frank Schwerdt hatte zuvor eine starke Koordinierungsfunktion zwischen den verschiedensten Kameradschaften in Berlin und den anderen Bundesländern. Diese brach ein, als Schwerdt die seit Anfang 1998 stattfindende Öffnung der NPD für bekennende Neonazis aktiv unterstützte und in die Partei eintrat. Den zögerlichen ehemaligen Kameradschaftsaktivisten sollte der Wechsel mit einer eigens gegründeten »Arbeitsgemeinschaft nationaler Sozialisten in und bei der NPD« schmackhaft gemacht werden.

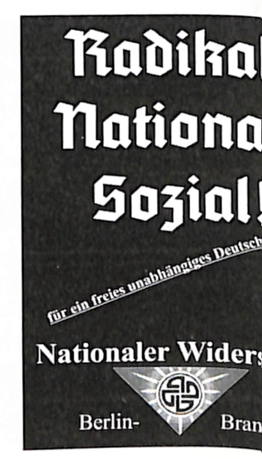
In dieser Zeit kamen auch die Aktivitäten der bis dahin größten Berliner »Kameradschaft Treptow« zum Erliegen. Führende Köpfe wie Henryk Wurzel, Tilo Knuth bzw. Detlef Nolde (zuvor Cholewa) waren aus verschiedenen Gründen stark von polizeilicher Repression betroffen. Ein erfolgreicher Generationswechsel konnte bis heute nicht vollzogen werden. Durch die Inhaftierung Schwerdts bis Ende 1999 zerfiel der von ihm geführte Kameradschaftskreis fast vollständig. Auch der Versuch des ehemaligen Vorsitzenden der Berliner FAP, Lars Burmeister, eine Handvoll Kameradschaften um sich zu scharen, misslang weitestgehend.

Nur wenige Kameradschaften hielten an ihrer Eigenständigkeit fest, konnten aber dem eigenen Anspruch, »selbstständige politische Aktionseinheiten« zu sein, nicht gerecht werden und verkamen zu regelmäßigen »Stammtischrunden«. Kameradschaftsangehörigen, die weiterhin ihre Ideologie öffentlich umsetzen wollten, bot sich vor allem ein Engagement in der NPD an. Hier fanden sich in der Folgezeit etliche Berliner Kameradschaftsangehörige als Funktionsträger wieder, wie zum Beispiel der jetzige stellvertretende Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Berlin/Nord Uwe Brunke. Andere führende Aktivisten wie Mike Penkert von der ehem. »Kameradschaft Beusselkiez« aus Berlin-Moabit, widmeten sich Projekten der Freien Kameradschaftsszene wie dem »Radio Germania« oder dem »Nationalen Infotelefon Preussen«. Die Ende 1998 aufgrund von öffentlichen Protesten und antifaschistischem Widerstand erfolgte Schließung des »Cafe Germania« war ein weiterer Schlag für die Kameradschaftsszene. Damit verlor sie einen erst im Dezember 1997 eröffneten bedeutenden Treffpunkt. Aus den gemeinsamen Treffen im »Cafe Germania« gingen jedoch zwei neue Kameradschaften hervor. Eine davon gehört heute zu den bedeutendsten in Berlin.

Die »Kameradschaft Germania«

Der »Kameradschaft Germania«, die seit zwei Jahren bei bundesweiten Aufmärschen auftritt, werden etwa 15 nationalsozialistisch überzeugte und z.T. langjährigen Berliner Szene-Aktivisten zugerechnet. Bei gemeinsamen Aktionen der gesamten Berliner Kameradschaftsszene, wie z.B. den Mahnwachen am Grab des Berliner SA-Mannes Horst Wessel in Berlin Prenzlauer Berg, fanden sich in der Regel um die 50 Neonazis ein. Um diesen Kreis hat sich zudem ein Umfeld von nicht organisierten Anhängern gebildet. Mittlerweile ist die Szene in der Lage, auch kurzfristig auf aktuelle Ereignisse, wie zuletzt die Bombardierung des Iraks, mit spontanen Kundgebungen zu reagieren. Als führender Kopf gilt Lutz Giesen, der zuvor beim »Radio Germania« und im engen Umfeld von Frank Schwerdt aktiv war. Für die »Kameradschaft Germania« ist das »Wohnortprinzip« weniger bedeutend als die klare, gemeinsame Interessenslage. Ihre Aktivisten waren vorher in anderen Kameradschaften (z.B. Treptow) aktiv oder engagierten sich bei der NPD, für die heute noch einige aktiv sind. Entscheidend ist vor allem die eigene demonstrative Radikalität, die durch vermummtes und uniformiertes Auftreten in schwarzer Kleidung unterstrichen werden soll. Zwischen Aktivisten der »Kameradschaft Germania« und den terroristischen »Nationalrevolutionären Zellen« sowie den Anti-Antifa Aktivisten, gegen die seit Oktober 1999 wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung« ermittelt wird, bestehen personelle Überschneidungen.

Im Gegensatz zu den anderen Berliner Kameradschaften beteiligt sich die »Kameradschaft Germania« regelmäßig an bundesweiten Aufmärschen, ist im Internet präsent und geht mit Flugblättern und Plakaten an die Öffentlichkeit. Gelegentlich mobilisiert sie selbst für eigene Aufmärsche. Eine angekündigte Demonstration am 27. Januar 2001, dem Holocaust-Gedenktag, fand jedoch nicht statt. Zuletzt mobilisierte die Kameradschaft zu einem Aufmarsch des »Nationalen Widerstandes« am 10. März in Eberswalde und kündigte einen eigenen, ordnergesicherten Treffpunkt in Berlin an. Inwieweit die »Kameradschaft Germania« weiter ihre übergreifenden Aktivitäten und ihren militanten Gestus umsetzen kann, hängt sicherlich auch vom Verhalten der Sicherheitsbehörden ab. Trotz etlicher Verfahren scheinen sich deren Aktivisten nicht sonderlich eingeschränkt zu fühlen und bauen ihren Ruf als einzige wahrnehmbare und verlässliche »unabhängige Kameradschaft« in Berlin aus. ■



»Germanen« vor Gericht

Zur Zeit müssen sich 16 Nazis, welche der »Kameradschaft Germania« zugeordnet werden können, wegen eines Überfalls auf linke Punks verantworten. Nach einem gemeinsamen Ausflug zu einem Aufmarsch des »Nationaldemokratischen Hochschulbundes« (NHB) am 10. Juli 1999 in Hamburg hatten sie auf der Raststätte Stolpe teilweise vermummt acht Linke attackiert und zwei von ihnen verletzt. Festgenommen wurden dabei Lutz Giesen und Liana Lappat, der Schlagzeuger der Berliner Band »Spreegeschwader«, Alexander-Willibald Bahls, der »Blood & Honour« Aktivist Hartmut Spengler und die Nazi-Aktivisten Marco Oemus und Martik Mkrttschjan aus Berlin Treptow.



Alles »Stumpfe« steht im Sturm

Die NPD nach dem Verbotsantrag Mit mehr als dreißigjähriger Verspätung soll die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) nun verboten werden. Das langwierige Verfahren hätte der Öffentlichkeit bereits vor Jahren erspart werden können. In der ersten Hälfte der 90iger Jahre schuldete die NPD der Bundesrepublik mehrere Millionen DM. Diese stammten aus Vorauszahlungen auf zu erwartende Wahlkampfkostenrückerstattung. Hätte Rita Süssmuth, damals Bundestagspräsidentin und Verantwortliche für die staatliche Parteienfinanzierung, auf einer sofortigen Rückzahlung der Schulden bestanden, wäre die NPD ohne Aufsehen als Konkursmasse untergegangen. Außer einer Handvoll Parteifunktionäre hätte wohl kaum jemand ernsthaft Notiz davon genommen. Seitdem hat die NPD jedoch einen Format-Wechsel vollzogen. Ihr Stellenwert für die deutsche NS-Szene hat wieder zugenommen. Das wahrscheinliche Verbot wird größere Veränderungen in diesem Spektrum nach sich ziehen.



▲ NPD-Buchveröffentlichung zum 35jährigen Parteibestehen.

Geburtsstunden einer Nachfolgeorganisation

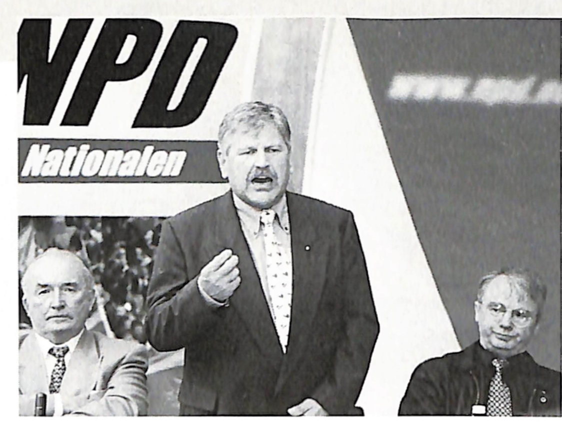
Um die Wirkung einschätzen zu können, ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der NPD notwendig, auf ihr Selbstverständnis und die Position, die sie im NS-Spektrum einnimmt. In ihrer besten Zeit um 1969 hatte die Partei 28.000 Mitglieder. Im gleichen Jahr verfehlte sie mit 4,3 Prozent nur knapp den Einzug in den Bundestag. Ein Misserfolg, der ihr bis heute anhängt, aber auch ein Ergebnis, das über Jahrzehnte das Selbstverständnis von »der nationalen Wahlpartei« mit alleinigem Führungsanspruch geprägt hat.

Die Geschichte der NPD ist sowohl Spiegelbild als auch immer wiederkehrender Ausgangspunkt für die Misere deutscher Nachkriegs-Nazis. Ihr großes Trauma besteht in der reellen politischen Bedeutungslosigkeit durch die fehlende parlamentarische Verankerung. Der Ruf nach parlamentarisch-politischem Erfolg durch die »Einigung rechter Kräfte« ist darum älter als die NPD. Nach dem 1952 erfolgten Verbot der 10.000 Mitglieder starken »Sozialistischen Reichspartei« (SRP) und der Selbstauflösung der »Deutschen Reichspartei« (DRP) wurde 1964 die NPD gegründet. Sie wurde als Wahlpartei des neofaschistischen Rands konzipiert, sollte jedoch auch breitere Kreise ansprechen. Seitdem hat die Partei die Rolle einer konstanten, legalen Organisation und repräsentiert die Hoffnung, parlamentarisch irgendwann wieder mitspielen zu können.

Aus »Raider« wurde »Twix«

Das Spektrum des offenen Neonazismus, welches sich heute in »Freien Kameradschaften« formiert, hatte in den 70iger Jahren seine Geburtsstunde in der NPD. Von der Partei enttäuschte Kreise gründeten offen auftretende Nazi-Gruppen wie etwa die »illegale NSDAP« oder die »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA) um Michael Kühnen. Im Gegensatz zur NPD setzten diese sogenannten »Neo-Nazis« auf den Aufbau einer NS-Bewegung, die ohne den parlamentarischen Umweg der NS-Ideologie zum Durchbruch verhelfen will. Aus Sorge, den Anschluss zu verpassen, begann die NPD ab 1991 auf das offene NS-Spektrum zuzugehen. Ihr jetziger Vorsitzender Udo Voigt und sein Vor- →





▲ NPD-Aufmarsch gegen das geplante Verbot am 25. November in Berlin (Bild links).

(Bild rechts) Pressekonferenz der NPD u.a. mit Franz Schönhuber, Udo Voigt und Michael Nier (v.l.n.r.).

→ gänger Günter Deckert proklamierten den Wandel von der »Wahlpartei« zur »Kampfpartei«. Der Inhalt blieb nahezu gleich, durch die Konzeptänderung wurde jedoch mehr Wert auf Aktionen mit erlebnispädagogischem Charakter gelegt, etwa in Form von Aufmärschen, als auf langweilige Debatten über Abstimmungsformalien. Zulauf gibt es vor allem unter Jugendlichen. Nach den Verboten der FAP, der NF und anderer Organisationen fanden viele Kader den Weg zur NPD. Mit Großveranstaltungen wie dem »Tag des Nationalen Widerstandes« 1998 und 2000 versuchte sie, sich an die Spitze der »NS-Bewegung« setzen.

Eingefangen hat sich die NPD so einen Konflikt, der bereits vor dem Verbotsantrag abzusehen war und heute unter Repressionsdruck kaum mehr zu überbrücken ist. Einerseits muss sie sich in der Öffentlichkeit als Organisation darstellen, die auf dem Boden des Grundgesetzes steht, und andererseits möglichst »radikal« erscheinen, um nicht den wiedergewonnenen NS-Anhang zu verlieren. Dieses Dilemma prägt die Reaktionen auf das drohende Verbot sowohl innerparteilich als auch von außen durch die »Neo«-Nazi Szene.

Mit gespaltener Zunge

Für den 25. November 2000 mobilisierte die NPD unter dem Slogan »Argumente statt Verbote« zu einem Aufmarsch nach Berlin. Vorangegangen war eine Auseinandersetzung in der NS-Szene. Nach Verlautbarungen der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« hatte der Kreis um das »Norddeutsche Aktionsbüro« des Hamburgers Christian Worch »viele Kameraden für einen bewußten Boykott der Veranstaltung angesprochen«. Die NPD sollte »allein im Regen stehen« gelassen werden, um ihr »einmal die Grenzen« aufzuzeigen. Der Parteivorsitzende Udo Voigt stellte daraufhin fest, dass sich »in stürmischen Zeiten die Spreu vom Weizen trenne und nunmehr ein Trennstrich zu jenen gezogen werden müsse, die nicht gewillt sind, persönliche Interessen in den Hintergrund zu stellen und die NPD offensichtlich nur zu instrumentalisieren suchten.« Gleichzeitig wollten es sich die Nationaldemokraten aber auch nicht mit ihrem Umfeld verderben. In einem Artikel unter der Überschrift »Gemeinsam kämpfen«[1] wurde Frank Schwerdt, Mitglied des NPD-Parteivorstands zitiert: »So richtig es ist, dass die Partei Bewegung braucht, so braucht die Bewegung auch eine Partei.« Schwerdt ehemals an führender Stelle bei den »Nationalen« aktiv, gilt als Integrationsfigur der NPD für die »Freien Kameradschaften«. Seine Position ist charakteristisch für den Teil der »Neo«-Nazi-Szene, der in der Wahlpartei einen wesentlichen Faktor für die politische Arbeit sieht.

»NPD-Verbot? Na und!« Die »Revolutionäre Plattform«

Unter dem Namen »Revolutionäre Plattform« (RPF) organisiert ein Kern von NS-Kadern diesen Flügel innerhalb der NPD. Steffen Hupka, einst Führungskader der verbotenen »Nationalistischen Front« und ehemaliger NPD-Schulungsleiter, trat als Sprecher der RPF auf. »Wir brauchen eine große Organisation, die zentral und bundesweit tätig sein kann, um effektiv arbeiten zu können – aus rein pragmatischen und logistischen Gründen. Jede andere Interessengruppe organisiert sich auch in Vereinen und Parteien«[2], fasste er die Position des offenen NS-Flügels innerhalb der NPD zusammen. Hupka, der schon von 1980 bis 1983 als »Junger Nationaldemokrat« seine politische Sozialisierung in der NPD erfahren hatte, sollte aus der Partei ausgeschlossen werden. Ein Grund war die Veröffentlichung seiner ehemaligen Führungsposition in der NF, denn als Verbotsgrund wird u.a. angeführt, dass ehemalige Kader von verbotenen Nazi-Gruppen in der NPD Ämter innehaben. Zudem offenbarte das Auftreten der RPF mit Sprüchen wie »NPD-Verbot? Na und!«[3] ihr instrumentelles Verhältnis zur NPD. Ein Teil der NPD-Basis trug den Ausschluß jedoch nicht mit. So beantragten die Kreisverbände Wismar und Nordmecklenburg die Neuwahl des Parteivorstands »(...) aufgrund seines Fehlverhaltens in der Verbotsdiskussion und des andauernden Fehlverhaltens in der Verbotsdiskussion«.[4] In der Bundespartei war der Ausschluss Hupkas letztendlich nicht durchsetzbar. Problem der NPD-Führung ist jetzt, die verschiedenen Flügel zusammenzuhalten. Bisher gelang dies zumeist. So konnte die Demonstration am 25. November nach der Auseinandersetzung gemeinsam durchgeführt werden.

▼ Horst Mahler, der Anwalt der die NPD bei ihrem Verbotsverfahren vertritt, im Gespräch mit Frank Schwerdt, Mitglied des NPD-Parteivorstands. (v.l.n.r.)



1| Deutsche Stimme, Nr. 12/00; 1/01; Riesa; S.11

2| Junge Freiheit; Nr. 47/00; 17.11.00; Berlin

3| Rundbrief der Revolutionären Plattform, Nr. 2/00, S.5

4| Drucksache 5, S.1, Sachanträge zum außerordentlichen NPD Bundesparteitag

5| Der Spiegel; Nr. 32/2000; Hamburg; S.27

»Organisierter Wille braucht keine Partei«

Dies ist das Credo der »Freien Nationalisten«. »Innerhalb der NPD ist kein Platz für die Freien Nationalisten« ließ Worch verlauten. Zu wenig würde die Partei die herrschenden Bedingungen angreifen, und zu sehr hätte sie sich dem Zeitgeist angepaßt. »Der Verbotsschiss scheint manchem Parteifunktionär bereits in die Hose gerutscht zu sein«, äußerte er nach der Reaktion des Parteivorstands, anläßlich der Verbotsdebatte keine Aufmärsche mehr durchzuführen. Aus taktischen Überlegungen bedient sich die Führungsclique um die Hamburger Christian Worch und Thomas Wulf aber selbstverständlich auch der NPD.

So übernahmen die »Freien Nationalisten« am 11. November 2000 den schlewig-holsteinischen Landesverband der NPD. Auf dem Landesparteitag in Tönning wurde der langjährige Vorsitzende Ingo Stawitz und der Landesvorstand abgewählt. Als Landesvorsitzender wurde Jürgen Gerg, als Stellvertreter der wegen mehrerer Gewaltdelikte vorbestraften Peter Borchert und Jörn Lemke aus dem Kreis der »Freien Nationalisten« gewählt. Dem »reaktionären Treiben endlich ein deutlicher Schlag versetzt« und Stawitz von den »revolutionären Kräften abgesetzt« erklärte das »Aktionsbüro Norddeutschland«. Zwar rief der NPD-Bundesvorstand daraufhin den »organisatorischen Notstand« aus, suspendierte den neuen Landesvorstand und übergab dem als Parteisoldat bekannten Schäfer die Führung. Bei den durch die Anfechtung notwendigen Neuwahlen setzte sich mit Peter Borchert jedoch wieder ein Vertreter der »Freien Kameradschaften« durch.

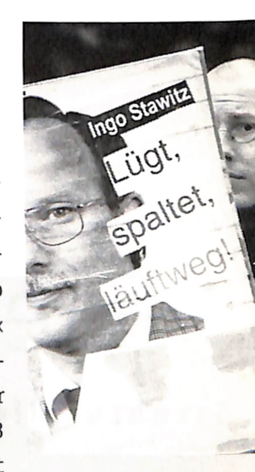
Was wie ein Gerangel um Pöstchen aussieht, sind im Vorfeld des NPD-Verbots die ersten Stellungskämpfe der NS-Szene für die Zeit danach. Vertreter der »Freien« besetzen jetzt Strukturen der NPD. Im Verbotsfall besteht so die Möglichkeit, die Anhängerschaft in geordneten Bahnen in neue Strukturen zu überführen. Dabei interessiert es Worch auch nicht, wenn der Parteivorstand das Demonstrationsverbot wieder aufhebt. Er nutzt die Situation, um die Strukturen der »Freien« zu stärken. Die Situation in Norddeutschland ist exemplarisch.

Vorbereitungen für die Zeit nach dem Verbot

Auch in der NPD bereitet man sich auf die Zeit nach dem Verbot vor. »Wir werden uns nicht einfach auf die Schlachtbank führen lassen«, gibt Udo Voigt als Parole für das Verbotsverfahren aus. Der sächsische Landesverband gab bereits im August 2000 an die unterstellten Gliederungen die Weisung aus, sich wie folgt vorzubereiten: Alles potentiell belastende Material solle ausgelagert werden. Hierzu sei jeder Kreisverband aufgefordert, eine Art »Prioritätenliste« aufzustellen, aus der hervorgehe, welche Personen und Objekte als besonders gefährdet gelten. Ebenfalls solle der Landesverband und die »Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft« in Riesa intensiv daran arbeiten, das Parteivermögen auszulagern und somit vor einem staatlichen Zugriff zu sichern. Durch den geplanten Verkauf z. B. des Schulungszentrums in Ehningen (Angebotspreis 2,1 Millionen) will die Partei Immobilienwerte flüssig machen. Darüberhinaus soll eine Struktur geschaffen werden, die nach Beginn der erwarteten »Verfolgungswelle« arbeitsfähig ist.

Dabei geht es um einiges. Der NPD Rechenschaftsbericht von 1998 weist Einnahmen von knapp 4 Millionen D-Mark aus. Davon sind mehr als 2,5 Millionen Spenden. 587.116 D-Mark kommen aus der staatlichen Parteienförderung. Dank des erhöhten Spendenaufkommens erwartet die Partei für dieses Jahr von staatlicher Seite sogar eine Förderung von 1,16 Millionen. In Sachen Finanzierung, Geld und Parteispenden scheint die Partei in jüngster Vergangenheit dazugelernt zu haben. So spendete Erwin Kemna aus Ladeberg 1997 der Partei 23.550 DM. Auffällig dabei: der Name Kemna trug für den selben Rechenschaftsbericht als Vorstandsmitglied Verantwortung.

Als Auffangstruktur käme der vom Parteivorstand Ende Juni 2000 auf einer Geheimsitzung[5] gegründete Schweizer Ableger infrage. Auch vor Ort werden bereits regionale Auffangstrukturen gebildet. Exemplarisch auch hier ein Beispiel aus dem Landesverband Sachsen. In Dresden wurde ein formal unabhängiger »NPD«-Ordnerdienst gegründet, der auf einer Nazi-Demonstration am 4. November in Berlin bereits als »Freie Kräfte Sachsens – Sektion Dresden« auftrat.



▲ »Streitereien im Team«, ein Vertreter der »Freien Kameradschaften« mit Transparent gegen den langjährigen NPD-Landesvorsitzende Ingo Stawitz, aus Schleswig-Hollstein.

Was kommt, was bleibt?

Bis zur staatlichen Auflösung der NPD, die vor allem vom politischen Opportunitäts-Prinzip abhängt, wird die Partei versuchen, sich öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen. Eine so erzeugte »jetzt erst recht Stimmung« mit einhergehendem Solidarisierungseffekt bietet gute Voraussetzungen für eine Neugründung. Die Verbote von 23 »rechtsextremen« Organisationen seit 1980 haben ein Erstarken des Neofaschismus nicht verhindern können. Die Kader der verbotenen Gruppierungen waren regelmäßig nahezu ungehindert von staatlicher Repression in der Lage, Auffangstrukturen zu bilden. »Neo«-Nazi Gruppen, wie die »Freien Kameradschaften« sind so einig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Auch bieten sie eine Reihe von geschulten Kadern, die in der Lage wären, organisatorische Aufgaben in einer neugegründeten NS-Wahlpartei zu übernehmen. Ein tatsächlicher Ersatz für die NPD wird so schnell nicht zu schaffen sein. Eine Option könnte aber im verstärkten Engagement für das »Bündnis Rechts« liegen. Das ursprünglich lokale Lübecker Bündnis hat inzwischen Landesverbände in Hamburg, Bayern, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg gegründet. In diesen arbeiten schon jetzt »Freie Kameraden« und NPD'ler zusammen. ■

Obdachlose werden nicht zufällig Opfer rechter Übergriffe. Die Motivation der Täter gründet sich auf strikte Ablehnung von vermeintlich leistungsunwilligen oder leistungsunfähigen Menschen. Damit bewegen sich die Rechtsextremen im Fahrwasser der Vertreibungspraxis von sozialen Randgruppen.



Gewalt gegen Obdachlose

Strukturelle Ausgrenzung und neonazistische Angriffe

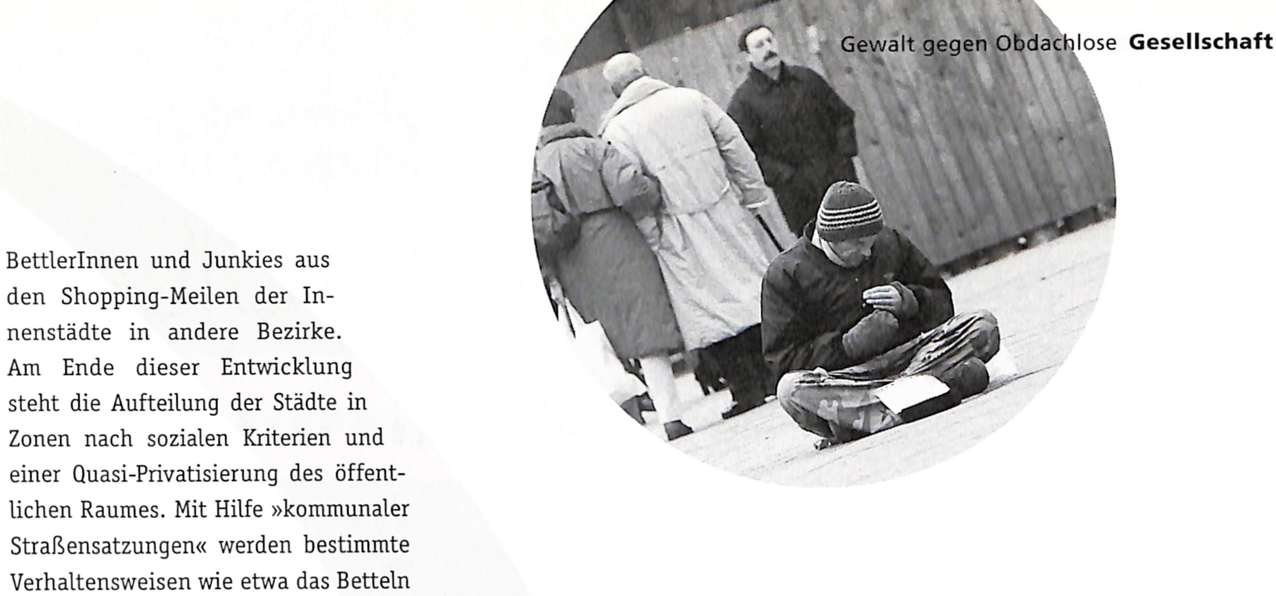
| Offizielle Statistiken über Angriffe auf Obdachlose gibt es bisher nicht. Die Betroffenen müssen sich daher selbst bemühen. Die Berliner Obdachlosenzeitung »motz« veröffentlichte im Herbst vergangenen Jahres eine Chronologie. Demnach gab es 374 Übergriffe allein zwischen 1989 und 1993. Auch in den folgenden Jahren nahm die Gewalt nicht ab. 276 Angriffe zählt die Chronik zwischen 1997 und 1999. Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe sind in den letzten zehn Jahren mindestens 107 wohnungslose Menschen von Tätern außerhalb der Wohnungslosenszene getötet worden, 203 wurden Opfer schwerer körperlicher Gewalt.

Die Ignoranz der Sicherheitsbehörden geht soweit, dass Obdachlose in den letzten beiden Berichten des Verfassungsschutzes nicht einmal als potenzielle Zielgruppe rechtsextremer Gewalttäter aufgeführt wurden. Dabei ist der Hass gegen Wohnungslose bereits in der neonazistischen Ideologie angelegt. Die Täter sehen ihre Opfer als »minderwertig« an. Das zeigt schon der Szenebegriff »Pennerklatschen« und die maßlose Brutalität, mit der die Morde ganz gezielt und bewusst ausgeführt werden. Ihr Motiv sei gewesen, »einen Assi (zu) klatschen«, sagten etwa die Täter nach der Ermordung des Sozialhilfeberechtigten Dieter Eich in Berlin-Pankow am 25. Mai letzten Jahres. Dennoch sieht die Bundesregierung keine rechtsextreme Motivation.

Ausschlaggebend für die Aufnahme in die Datenbank rechtsextremer Straftaten beim Bundeskriminalamt sei nicht, so eine Sprecherin des Amtes, dass die Täter selbst Skinheads seien oder einer Nazi-Organisation angehören. Entscheidend sei vielmehr das – Tatmotiv – und die Aussagen der Täter vor Gericht. In der Hoffnung auf eine gute Sozialprognose und ein mildes Urteil sind diese Aussagen jedoch oft taktisch motiviert. Daher kann sich das Tatmotiv vom Beginn bis zum Ende eines Verfahrens noch gewaltig ändern.

Systematische Politik der Vertreibung

Vor dem Hintergrund der strukturellen Diskriminierung Wohnungsloser erscheint ihre Ausklammerung als Opfergruppe umso vielsagender. Die systematische Vertreibung von verelendeten und verarmten bzw. nach den herrschenden Normen »sozial auffälligen« Menschen aus den repräsentativen öffentlichen Räumen der Städte, den Einkaufszonen, Bahnhöfen und Geschäftsvierteln hat sich insbesondere in den Großstädten verschärft. Diese Vertreibungspolitik ist in erster Linie dem politischen und ökonomischen Standortfaktor geschuldet. Die Stadt der Reichen und Wohlhabenden soll schöner und lebenswerter werden. Soziales Elend soll dort nicht mehr sichtbar sein. Dementsprechend erfolgt die Vertreibung von Obdachlosen,



BettlerInnen und Junkies aus den Shopping-Meilen der Innenstädte in andere Bezirke. Am Ende dieser Entwicklung steht die Aufteilung der Städte in Zonen nach sozialen Kriterien und einer Quasi-Privatisierung des öffentlichen Raumes. Mit Hilfe »kommunaler Straßensatzungen« werden bestimmte Verhaltensweisen wie etwa das Betteln oder das Alkoholtrinken außerhalb von Lokalen, als unerlaubt definiert. So erhalten die Vertreibungen durch Polizei und private Sicherheitsdienste ihre Legalität und Absicherung durch lokale PolitikerInnen. Das elementare Grundrecht auf Freizügigkeit wird somit an die Einkommenshöhe und an sozial angepasstes Verhalten gekoppelt. Die Umsetzung von Ausgrenzung durch zunehmende technische Perfektion auf videoüberwachten und hightech-gesicherten Plätzen, Straßen und Stadtteilen, die von Polizei und privaten Wachdiensten kontrolliert werden, hat ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Bekämpft werden dabei die Obdachlosen, nicht die Armut. Dementsprechend mangelt es noch immer an einfachsten Überlebenshilfen, an adäquaten Notunterkünften, an einfachem Zugang zu sozialen Leistungen und Institutionen, medizinischer Versorgung oder Wärmestuben. Als drastische Folge der Ausgrenzung sterben jeden Winter etliche Menschen den Kältetod.

Konsens gegen »Milieus der Unordnung«

Im momentanen Umbau des traditionellen Sozialstaates geht es nicht nur um Sozialabbau, die Demontage von Sozialeinkommen und sozialen Rechten. Es geht auch darum, auf der ideologischen Ebene die Sozialstaatsidee bzw. bisherige Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit auszuhöhlen und umzudefinieren. An den Elementen einer repressiven Ausgrenzungsstrategie gegenüber verarmten oder verelendeten Menschen und gegenüber »sozial auffälligen« Personen lässt sich der Versuch nachweisen, einen gesellschaftlichen Konsens gegen diejenigen zu konstruieren, die der »Gemeinschaft« auf der Tasche liegen. In den Vertreibungsmaßnahmen und ihrer Begründung wird ein leistungsfähiger und produktiver gesellschaftlicher Kern beschworen. Die »Gemeinschaft« sind die imaginären »Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt«, deren Werte und Normen definieren, was »sozialverträglich« ist und was nicht. Die Feinde dieser »Gemeinschaft« sind in erster Linie alle diejenigen, die nicht fleißig arbeiten und stattdessen Kosten verursachen. Von der Konstruktion einer »Problemgruppe« geht das Muster über in eine gezielte Abspaltung und Ausgrenzung. Die vom ehemaligen Bundesinnenminister Kanther initiierte Aktion Sicherheitsnetz, die mittlerweile in vielen Kommunen verankert ist, verstand sich in diesem Sinne als »Verteidigung der öffentlichen Ordnung« gegen »Pennertum, Bettelei« und »Milieus der Unordnung«. Wenn erst einmal »menschlicher Müll« definiert worden ist, erscheint es nur konsequent, ihn auch entsprechend zu behandeln.

An dieser Stelle überschneiden sich Vertreibungspolitik und die Motivation rechtsextremer Gewalttäter. Deren Denkmuster beruhen u. a. auf strikter Ablehnung von vermeintlich Leistungsunwilligen und -unfähigen und auf der ausgeprägten Identifizierung mit bürgerlichen Werten wie Leistung, Status, Karriere und Geld. Die Übergriffe der Neonazis sind letztendlich eine extreme Überprojektion solcher Wertvorstellungen.

Die gesellschaftliche Ausgrenzung verstärkt das Gefühl der Täter, mit ihren Aktionen die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. »Asoziale und Landstreicher gehören nicht ins schöne Ahlbeck«, sagte etwa einer der Täter, die am 27. Juli 2000 den 51jährigen Obdachlosen Norbert Plath zu Tode geprügelt hatten. Diese erschreckend gewöhnliche Aussage zeigt, wie sehr sie sich damit im Fahrwasser alltäglicher Diskurse bewegen. ●

Morde mit rechtsextremem Hintergrund

Lediglich bei zwei der sieben in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Morde an Obdachlosen seit 1999 erkennt die Bundesregierung eine rechtsextreme Motivation. Nicht als rechtsextrem eingestuft werden weiterhin:

- Die Ermordung des 52jährigen Obdachlosen Jürgen S. am 9. Juli 2000 in Wismar durch fünf laut Polizeiangaben geständige Rechtsextremisten.
- Der Mord an dem Obdachlosen Klaus-Dieter Gerecke am 24. Juni 2000 in Greifswald durch drei Personen der örtlichen rechten Szene.
- Die Ermordung des 60jährigen Sozialhilfeberechtigten Dieter Eich am 25. Mai 2000 in Berlin-Pankow durch vier von Polizei und Staatsanwaltschaft als Rechtsextremisten eingestufte Täter.
- Die Ermordung des 38 Jahre alten Sozialhilfeberechtigten Kurt Schneider am 6. Oktober 1999 in Berlin-Lichtenberg durch vier laut Gericht rechtsextremistische Skinheads.
- Der Mord an dem Frührentner Egon Effertz am 17. März 1999 in Duisburg durch drei rechtsradikale Hooligans.

Kein Anstand der Zuständigen

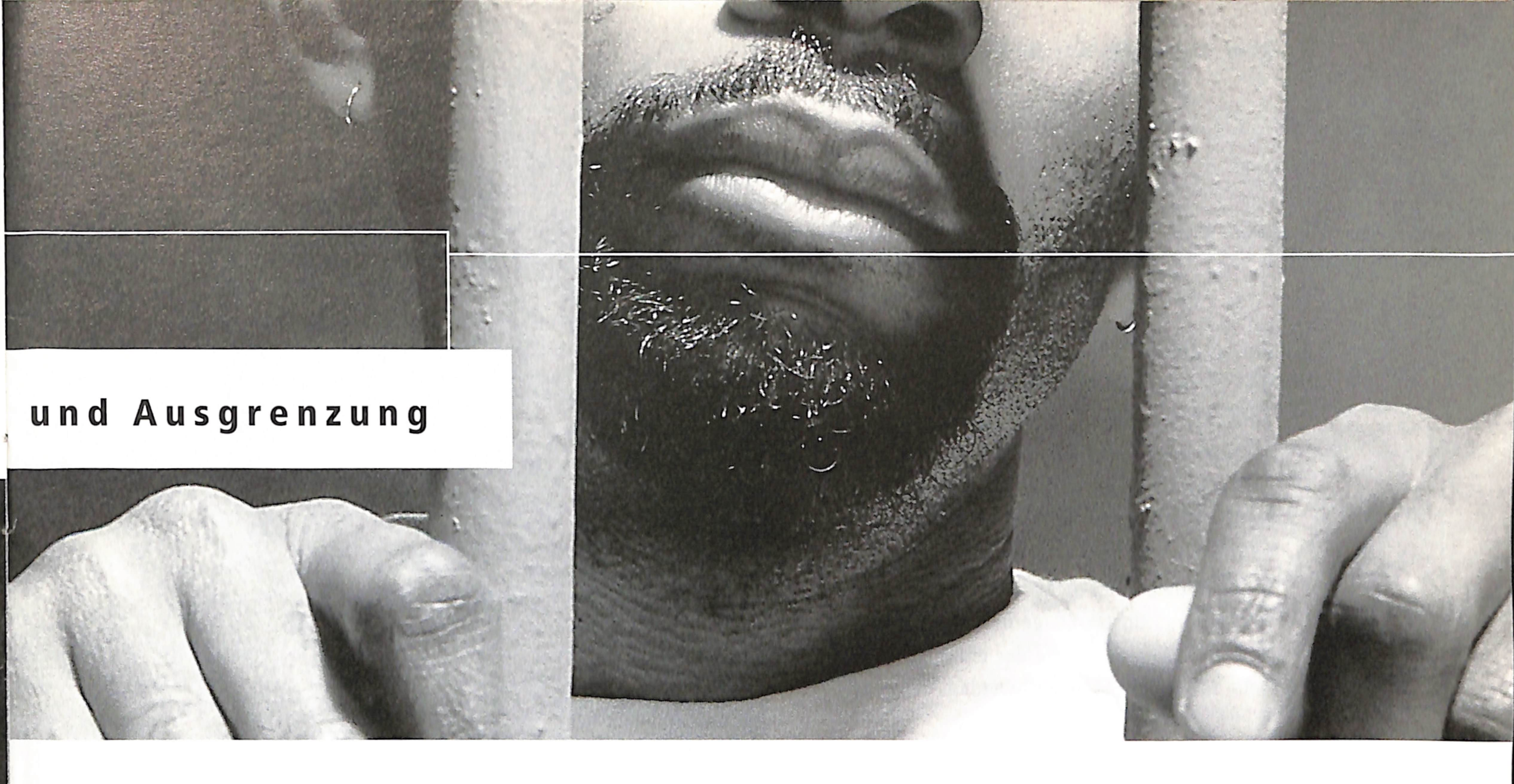
Gleiche Rechte statt Rassismus



Dem Gerede von Menschlichkeit und Toleranz steht eine Praxis gegenüber, die MigrantInnen diskriminiert und ihnen gleiche Rechte verweigert. Die Inhaftierung und Abschiebung von Flüchtlingen ist alles andere als human.

| Am 9. November letzten Jahres geschah etwas Ungewöhnliches. Bundes- und Länderregierungen, Parteien und ParlamentarierInnen sahen sich genötigt, die Regierungsgeschäfte zu unterbrechen, um auf der Straße für Menschlichkeit und Toleranz Gesicht zu zeigen. Ungewöhnlich, weil diese Gesichter jeden Tag in den Medien zu sehen sind. Ungewöhnlich aber auch, weil diese Leute die Bevölkerung zum Handeln aufriefen, statt die weitreichenden Entscheidungen, die sie täglich treffen, zu überdenken. Entweder nehmen sich die PolitikerInnen selbst nicht ernst oder sie nehmen das Problem nicht ernst, von dem sie vorgeben, so erschüttert zu sein.

Vor acht Jahren, am 8. November 1992, gab es schon einmal eine staatlich inszenierte Großdemonstration in Berlin. Zuvor hatte die Polizei die pogromartigen Angriffe auf Flüchtlinge u. a. in Hoyerswerda und Rostock geduldet. Hunderttausende gingen zu Lichterketten, und einige Nazigruppierungen wurden verboten. Schon damals ging es den Verantwortlichen in der Regierung darum, gegenüber dem Ausland das anständige Deutschland zu repräsentieren. Nachdem das erledigt war, schafften die damalige Bundesregierung und die SPD Mitte 1993 das Grundrecht auf Asyl faktisch ab. Dabei nutzte die Politik die rassistischen Angriffe als Begründung. Durch das Flughafenverfahren, die Abschiebehaft, das Asylbewerberleistungsgesetz, Arbeitsverbote und -einschränkungen oder zahlreiche Kampagnen gegen Flüchtlinge, sogenannte Ausländerkriminalität oder die islamische Religion in den folgenden Jahren wurde die



und Ausgrenzung

Lage der Betroffenen kontinuierlich verschärft. In diesem gesellschaftlichen Klima konnten sich rechtsextremes Einstellungspotenzial und Neonazistrukturen weiter entfalten. Todesopfer neonazistischer Gewalt wurden ignoriert oder geleugnet, die punktuelle Dominanz der Neonazis auf der Straße großzügig übersehen.

Auf ein Neues: Die Inszenierung des »Aufstandes der Anständigen«. Acht Jahre nach den Lichterketten wurde nach einigen spektakulären Anschlägen plötzlich die »braune Gefahr« wieder erkannt. Neue Verbote von Naziorganisationen und ein neuer Aufruf der Regierenden an die Bevölkerung, sich zu Demonstrationen einzufinden. Die Vorgeschichte lässt nichts Gutes ahnen. Wieder steht zur Disposition, was vom Grundrecht auf Asyl noch übriggeblieben ist. Diesmal im Rahmen der Zuwanderungsdebatte.

Staatliche Ausgrenzung und institutioneller Rassismus

Die halbherzige Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts 1999 und die Erleichterungen bei der Einbürgerung durch die rotgrüne Regierung können nicht über eine Vielzahl ausgrenzender Gesetze und Verordnungen hinwegtäuschen, die nach wie vor Gültigkeit haben. Die Inhaftierung von Flüchtlingen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, als dass sie hier Zuflucht gesucht haben, in Abschiebeknästen, die Unterbringung unter menschenunwürdigen Umständen in Sammelunterkünften, die Versorgung weit unter dem Existenzminimum nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder die Einschränkung der Freizügigkeit durch die Residenzpflicht sind nur einige Beispiele. Diese Behandlung von Flüchtlingen soll der Abschreckung dienen. Sie ist ganz offen gegen die Würde der Menschen gerichtet, soll sie zermürben und demütigen.

Viele Forderungen der extremen Rechten, die jetzt als dumpf oder intolerant gescholten werden, sind von der Politik breit getragen und längst umgesetzt worden. So etwa die »Republikaner«-Parole »kriminelle Ausländer raus«, die später von Gerhard Schröder benutzt wurde. Der Aufsehen erregende Fall »Mehmet« ist nur ein Beispiel für die gängige Praxis, selbst jugendliche Straftäter abzuschieben, die hier geboren und aufgewachsen sind. Auch der NPD-Slogan »Arbeit zuerst für Deutsche« ist seit 1993 bereits Realität. Seitdem dürfen Arbeitserlaubnisse für nichtprivilegierte Ausländer nur dann erteilt werden, »wenn es trotz Ausschöpfung aller Möglichkeiten des inländischen Arbeitsmarktes nicht gelingt, einen freien Arbeitsplatz mit einem bevorrechtigten Arbeitnehmer zu besetzen«. Demnach können nur Arbeitsplätze, für die nachweislich keine Deutschen oder bevorrechtigte ArbeitnehmerInnen z. B. aus der EU zu finden sind, an MigrantInnen vergeben werden. Selbst bei ausdrücklichem Wunsch des deutschen Arbeitgebers können zum Teil langjährige Beschäftigungsverhältnisse nicht fortgeführt werden.

Ungleichbehandlung und institutioneller Rassismus wird auch im Handeln von Behörden, Polizei oder Bundesgrenzschutz deutlich. Die verdachtsunabhängigen Personenkontrollen des Bundesgrenzschutz treffen vorwiegend MigrantInnen. Ausgerechnet dort, nämlich beim Vollzugsorgan der Abschiebungen, eine Hotline einzurichten, an die sich Betroffene rassistischer und neonazistischer Übergriffe wenden sollen, ist ein kaum zu überbietender Zynismus. Nicht selten wenden sich Polizeimaßnahmen gegen die Opfer von Übergriffen statt gegen die Täter. Der britische Journalist Justin Jin erfuhr das am eigenen Leibe. Im brandenburgischen Rathenow war er am 25. August 2000 von Neonazis angepöbelt worden. Statt Jin zu schützen, →

→ entriss die herbeigerufene Polizei ihm den Fotoapparat und zerrte ihn in einen Streifenwagen. Einen polnischen Staatsangehörigen, der bei einem Angriff schwer verletzt wurde, schoben die Berliner Behörden im Herbst letzten Jahres wenige Tage vor dem Prozess ab. Da es dem Opfer nicht mehr möglich war, als wichtigster Zeuge in dem Prozess auszusagen, konnte der mutmaßliche Täter nicht verurteilt werden.



Kulturelle Begründung von Rassismus

Rassismus beruht heute nicht mehr nur auf der Konstruktion von sogenannten Rassen durch biologistische Unterscheidungen. Dieser traditionelle Rassismus mit seinen absurden Auswüchsen wird vor allem durch Neonazis propagiert. Er ist jedoch durch die Wissenschaft vielfach widerlegt. Moderner Rassismus stützt sich auf kulturelle Verschiedenheiten und begründet damit den angeblich unterschiedlichen Wert von Menschen. Insofern wird vielfach infrage gestellt, ob der klassische Rassismusbegriff nicht am Kern der Sache vorbeigeht. Wesentlicher ist in diesem Zusammenhang jedoch die Funktion des Rassismus als vermeintlicher Beweis für die eigene Überlegenheit und als Legitimierung von Herrschaft und Ausbeutung. Derzeit dient er auch als Rechtfertigung der europäischen Abschottungsideologie und rigider Abwehrmaßnahmen an den Außengrenzen, die bereits Hunderte von Todesopfern gefordert haben. Daher erscheint Albert Memmis weitgefasste Definition, wonach Rassismus die »verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Vorteil des Anklägers und zum Nachteil seines Opfers, mit den Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen« durchaus aktuell. Auch wenn Memmi dies auf den traditionellen, biologistischen Rassismus bezieht.

Die Möglichkeit, mittels kultureller Unterschiede die eigene Höherwertigkeit und die Aggression gegen andere zu begründen, sind ungeheuer vielfältig. Im aktuellen Diskurs ist es z. B. die Formulierung einer bislang noch undefinierten »Leitkultur« durch die CDU. Nicht nur platte Aussagen, wie die vom CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer mehrfach geäußerte Parole der Rechtsextremen, er sei »stolz Deutscher zu sein« oder der CDU-Wahlkampfslogan »Kinder statt Inder«, der dann von den »Republikanern« übernommen wurde, gehören dazu. Eine ähnliche Funktion hat die Stigmatisierung von Flüchtlingen als Wirtschaftsflüchtlinge, d.h. aufgrund ihrer Herkunft aus dem Trikont, durch Innenminister Schily, die Betonung von Problemen multikulturellen Zusammenlebens oder die Beschwörung einer Gefahr für die westliche Kultur durch die islamische Religion. Selbst der gutgemeinte, scheinbar antirassistische Vorschlag der Ausländerbeauftragten, MigrantInnen erst einmal Integrationskurse absolvieren zu lassen, impliziert jenseits der Sprachvermittlung eine problematische Verschiedenheit und Überlegenheit der deutschen oder europäisch/westlichen Kultur.

Nützlichkeitsdenken und Sozialdarwinismus

Zwar werden rassistische Einstellungen in der Bevölkerung von PolitikerInnen mobilisiert und funktionalisiert, die Auswirkungen sind jedoch keineswegs immer erwünscht. Daher ist es nicht nur Heuchelei, wenn neonazistische Gewalt verdammt und ihre Eindämmung gefordert wird. Der Widerspruch existiert etwa da, wo sie nicht nur deutsche und ausländische Habenichtse, sondern ausländische Wissenschaftler und Spezialisten trifft, die am »Standort Deutschland« benötigt werden. Im Diskurs des letzten Sommers hat sich darum die Unterscheidung in »nützliche und unnütze« MigrantInnen durchgesetzt. Nicht erst die zugespitzten Äußerungen von

Rassismus hat viele Gesichter



CSU-Politikern haben das bewirkt. In die gleiche Richtung zielte bereits der Vorschlag einer per Greencard zeitlich befristeten Aufenthaltsgenehmigung für ausländische Spezialisten durch Bundeskanzler Gerhard Schröder. Trotz dieser scheinbaren Öffnung für Zuwanderung hat damit der Diskurs nichts von seinen Ausgrenzung eingebüßt. Elemente rechtsextremer Einstellungen wurden vielmehr bestärkt. In der Unterscheidung von »nützlichen und unnützen« Ausländern, solchen, »die gebraucht werden« und solchen, die »der Bevölkerung nur auf der Tasche liegen«, wird ein Sozialdarwinismus zum Ausdruck gebracht, an den rechtsextreme Propagandisten anknüpfen können. Werden MigrantInnen von den Neonazis allgemein als unnütz angesehen, führt die Gegenreaktion, nämlich deren Nützlichkeit im Einzelfall nachzuweisen, zum endgültigen Durchbruch einer Ideologie, Menschen nach Nützlichkeitskriterien einzuordnen und zu behandeln. Damit geht zumindest langfristig auch der mitunter gutgemeinte Versuch nach hinten los, die »Standortinteressen« für einen besseren Schutz von Minderheiten vor rassistischen Angriffen zu nutzen und die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen, um z. B. gegen »No-go-areas« vorzugehen.

Biologismus und Volkstum sollen von einem modernen Rassismus abgelöst werden, der kapitalistische Interessen wieder in den Vordergrund stellt. Die völkische Gemeinschaft weicht der Standortgemeinschaft, zu der auch dunkelhäutige »LeistungsträgerInnen« gehören können. Nur, die meisten »Leistungsträger« sind eben immer noch deutsch, weiß und männlich.
Die vereinfachende Parole, »Hinter dem Faschismus steht das Kapital«, wird zwar der zunehmend differenzierteren Realität nicht mehr gerecht. Aber die Unterscheidungen in Ausländer und Deutsche, Leistungsträger und Sozialschmarotzer, Ungleichheit, Konkurrenzdenken und Ausgrenzung gehören gleichermaßen zu den Bedingungen für Kapitalismus und Rechtsextremismus. Die Toleranz der Wirtschaft beginnt dort, wo rassistische Gesetzgebung und Alltagsrassismus die rassistische Ausbeutung behindern, etwa wenn durch die Störung des Betriebsfriedens Arbeitsmotivation und Produktivität sinkt. Die Lockerung des Arbeitsverbotes für Flüchtlinge ist deshalb kein ausschließlich menschenfreundlich motivierter Akt, ebenso wie das Toleranzwerben gegenüber ausländischen Spitzensportlern, Wissenschaftlern und Spezialisten. Es endet dort, wo Minderheiten und MigrantInnen nicht mehr im kapitalistischen Produktionsprozess verwertbar sind.

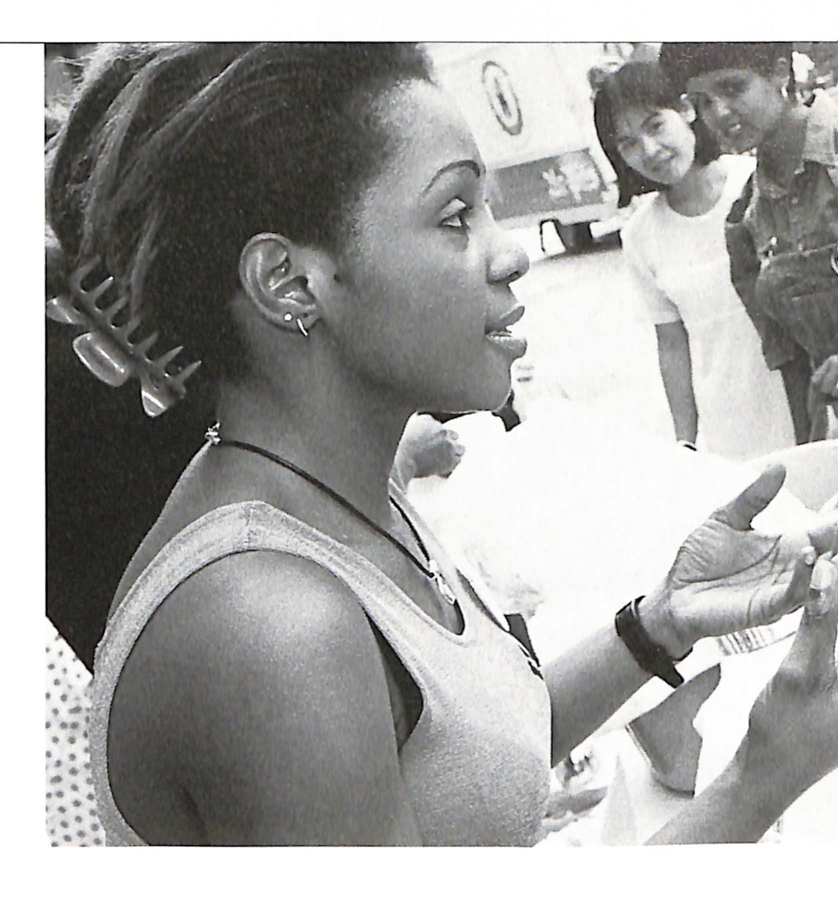
Damit ist Armut wieder zum anerkannten Ausgrenzungskriterium geworden. Bislang war noch nicht die Rede davon, die Situation der Habenichtse, etwa der Obdachlosen oder Flüchtlinge zu verbessern. Statt ihnen ein normales Leben zu ermöglichen, das die Gewöhnlichkeit des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen durch gleiche Rechte verdeutlichen →

Neonazis und Behörden

Im brandenburgischen Elsterwerda wurde im August 2000 der Ägypter Salah El Nemr abgeschoben. Er hatte zuvor eine Aufenthaltsgenehmigung, weil er in seiner Pizzeria vier Arbeitsplätze geschaffen hatte. Nachdem Neonazis das Lokal niedergebrannt und zerstört hatten, sei dieser Grund weggefallen, so die zuständige Ausländerbehörde. Seitdem gäbe es kein öffentliches Interesse mehr an der Anwesenheit El Nemrs. Der Ägypter hatte bis dahin 13 Jahre in der Bundesrepublik gelebt.

Institutionalisierter Rassismus

Der algerische Flüchtling Khaled Benhasa war im Februar 1999 von Neonazis in Guben gejagt, geschlagen und getreten worden. Für seinen Landsmann Omar Ben Noui hatte die Menschenjagd tödliche Folgen. Bei dem durch den Angriff traumatisierten Kahled Benhasa hatte das Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer eine »schwere Angsterkrankung« festgestellt. Da er in dem Land, in dem er traumatisiert wurde, »nur bedingt in der Lage sein soll, sein Leben zu meistern«, so ein schon mehr als zynisches Schreiben aus dem brandenburgischen Innenministerium, wurde Benhasa ein gesicherter Aufenthaltsstatus verweigert. Selbst Bundestagspräsident Wolfgang Thierse intervenierte in dem Fall und warf den Behörden »rassistisches Verhalten« vor.



→ würde, stehen Abgrenzung, Abschottung und die Institutionalisierung des Anderen und Fremden im Vordergrund. Neonazis setzen diese Ausgrenzung in gewalttätiger Weise um. Sie fühlen sich als Speerspitze alltäglicher und politischer Ausgrenzung. Auch diese Erkenntnis ist nicht neu. Dass sie immer noch ignoriert wird, zeigt wie wenig ernst das Gerede von Menschlichkeit und Toleranz gemeint ist.

Rassismus der Eliten und Ethnisierung von Konflikten

Es ist unbestritten, dass rassistische Einstellungen eine lange Geschichte haben, kulturell verwurzelt und gewachsen sind. Sie werden jedoch durch die Berichterstattung der Medien oder Aussagen von PolitikerInnen immer wieder reproduziert und funktionalisiert. Auf rassistische Einstellungen wird z. B. zurückgegriffen, wenn es darum geht, ein Gefühl vermeintlich kollektiver Überlegenheit gegenüber anderen herzustellen, durch das soziale Widersprüche und soziales Elend leichter zu ertragen sind. Rassismus wird dann mobilisiert, wenn es darum geht, Konflikte und Missstände zu ethnisieren. Für die zunehmend ungleiche Verteilung von Arbeit, Reichtum oder Bildungschancen können dieserart wahlweise portugiesische Bauarbeiter, kurdische Sozialhilfeempfänger oder jugendliche MigrantInnen in Schulklassen verantwortlich gemacht werden, statt der Akteure in Politik und Wirtschaft. Die sozialen Verlierer der neoliberalen Kapitalisierung lassen sich dadurch ebenso leicht gegeneinander aufhetzen und spalten, wie sich ihre Frustration und Wut kanalisieren lässt. Auch kommunale »Problemlagen«, von Jugendkriminalität über Drogenmissbrauch bis hin zu Fehlentwicklungen von Stadtstrukturen, werden als Streitfragen multikulturellen Zusammenlebens mit Hautfarbe und Herkunft in Verbindung gebracht, statt politische Lösungen dafür zu finden.

Neonazistische Gewalt ist die offensichtliche, wenngleich unappetitliche Folge der Politik der Mitte und der öffentlichen Diskurse der Eliten. Abgrenzung gegen Rechtsextremismus und dessen Pädagogisierung verfolgen daher immer auch den Zweck, eigene Verantwortung zu negieren. Auch das zeigen die Erfahrungen der Lichterketten von vor acht Jahren. Die extreme Rechte ist durch eine weitere Rechtsentwicklung, durch Rassismus, Ausgrenzung und Nationalismus nicht zu bekämpfen. Dieser falsche Weg wird heute erneut eingeschlagen. Etwa wenn Bundesinnenminister Schily die inhumane Politik von Abschottung und Abschiebung fortführt. Untauglich sind auch Versuche von linksliberaler Seite, wie z. B. der Vorwurf Jürgen Trittins an die Neonazis, keine guten Deutschen zu sein, weil sie dem deutschen Ansehen im Ausland schaden oder die plötzliche Liebe der PDS-Führung zur deutschen Nation. Damit wird der extremen Rechten nicht das Wasser abgegraben, sondern sie werden gefördert. Solange das eigentliche Anliegen der etablierten Politik der Schutz des nationalen Ansehens ist, wird es keine konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus geben. Derzeit scheint es ihnen wichtiger, Neonazis von Nationalsymbolen wie dem Brandenburger Tor fernzuhalten als von Flüchtlingsunterkünften.

Gleiche Rechte statt Mitleid

Am 9. November 2000 kamen Opfergruppen und Initiativen, die sich seit langem gegen Neonazis, Rassismus und Ausgrenzung engagieren, nicht zu Wort. Sie hätten die Illusion eines großen Konsens gegen rechtsextreme Gewalt gestört. Die Forderung kann nicht in Mitleid und Toleranzwerben für diejenigen bestehen, die immer noch als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Stattdessen muss die Position von Minderheiten gestärkt



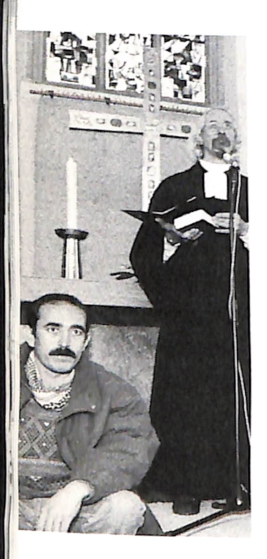
werden. Das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen kann erst dann zur Selbstverständlichkeit werden, wenn auch gleiche Rechte durchgesetzt werden. Für die antifaschistische Linke war dies immer eine zentrale Forderung im Kampf gegen Rassismus. Sie entsteht aus der Erkenntnis, dass die »Grenzen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten verlaufen«. Mitleid und gutgemeintes Toleranzwerben zeigen immer noch an, dass Minderheiten und MigrantInnen als außerhalb der Gesellschaft stehend angesehen werden. Stattdessen gilt es, die gemeinsamen sozialen Interessen zu erkennen und zusammen dafür zu kämpfen. Gesellschaftlich relevante Beispiele dafür liegen leider lange zurück. Etwa in der Streikbewegung der 70er Jahre, als Deutsche und MigrantInnen vor dem Hintergrund des Widerspruches zwischen Arbeit und Kapital noch für Lohnerhöhungen, Mitbestimmung oder bessere Arbeitsbedingungen in den Betrieben kämpften. Damals war die linke Arbeiterbewegung noch nicht völlig in der Konsens- und Standortpolitik der Gewerkschaften untergegangen. Auch die Kampagne der 80er Jahre für ein Kommunalwahlrecht für MigrantInnen war ein Schritt bei dem Versuch, gleiche Rechte zu erkämpfen. Von einer Politik der gleichen Rechte sind die Akteure der Sommerdebatte weit entfernt. Sie versuchen lediglich, die Gewalttaten der Neonazis gegen das bestehende System von Ausgrenzung und institutionellem Rassismus abzugrenzen. Statt auf mehr Demokratie, soziale Gleichheit und Gerechtigkeit setzen sie einerseits auf den Ausbau des Repressionsapparats und Einschränkung von BürgerInnenrechten und andererseits auf die Vermittlung abstrakter demokratischer Werte. Letzteres kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn jene Werte wenigstens ansatzweise der Realität entsprechen und nicht zu bloßen Werbeslogans verkommen.

Die große Resonanz, die das Thema Rechtsextremismus im letzten Sommer gefunden hat, bietet für die linke Antifabewegung trotz aller Kritik jedoch auch die Chance, für ihre Forderungen und Ansichten eine aufgeschlossenere und aufmerksamere Öffentlichkeit zu finden. Viele TeilnehmerInnen der Demonstration am 9. November haben in kritischer Weise die Asylpolitik zum Thema gemacht und dagegen protestiert. Die etablierten Parteien und Medien werden auch zukünftig von Thema zu Thema springen. Schon jetzt fehlt ihnen der lange Atem, sich weiterhin öffentlich zu positionieren und Kundgebungen gegen marschierende Neonazis zu organisieren. Sie haben aber im Sommer 2000 mit der Debatte über Rechtsextremismus viele Menschen aufgerüttelt und sensibilisiert. Auf diese Menschen lohnt es sich zuzugehen und sich mit ihnen zusammen der extremen Rechten auch praktisch in den Weg zu stellen. Das Bündnis »Köln stellt sich quer« ist ein gutes Beispiel dafür. Am 9. Dezember 2000 wurde auf einer Kundgebung deutlich gegen staatlichen Rassismus Stellung bezogen. Danach schlossen sich 20.000 Menschen einer Spontandemonstration an, um einen Neonaziaufmarsch zu blockieren. Rassismus kann, wie bei der Demonstration gegen die NPD-Bundeszentrale am 7. Oktober in Berlin, auch bei antifaschistischen Aktionen mitthematisiert werden. Als die Demonstration am Abschiebeknast Grünau vorbeikam, brachen TeilnehmerInnen eine Tür auf und versuchten die Gitter zu lösen. ■

Zivilcourage gegen Abschiebung

»Wanderkirchenasyl« in NRW

Im Wanderkirchenasyl haben zahlreiche kurdische Flüchtlingsfamilien Zuflucht gefunden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung reagiert jetzt mit besonderer Härte und schiebt die Flüchtlinge ab.



Hüseyin Calhan war am 27. September 2000 geladener Gast der Veranstaltung »Hallo Mensch! Was heißt hier fremd?« Der Aachener Oberbürgermeister, das Café Zuflucht, Flüchtlinge, Alemannia Aachen und der Bundesgrenzschutz wollten damit ein Zeichen gegen Ausländerfeindlichkeit setzen. Auf dem Weg zu der Kundgebung geriet Calhan in eine Kontrolle des gleichen Bundesgrenzschutz, der sich auf der Bühne gerade als Menschenrechtsorganisation präsentierte, weil er Schlepperbanden zum Wohle der finanziell ausgebeuteten Flüchtlinge das Handwerk lege. Hüseyin Calhan, Sprecher der Aachener Gruppe des Wanderkirchenasyls, wurde sofort in Abschiebehaft genommen. Am 1. November ist der Kurde in die Türkei abgeschoben worden – trotz Hungerstreiks, trotz massiver öffentlicher Proteste und trotz der Versuche der Stadt Aachen, ihn aus dem Bürener Abschiebeknast zurückzuholen und sämtliche Kosten für seinen weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik zu übernehmen. Mehrere ÄrztInnen hatten bei Calhan Posttrauma und Suizidgefährdung festgestellt. Der Paderborner Amtsarzt Dr. Peter Eicker bescheinigte ihm dennoch die Reisefähigkeit. Calhan sei Schläge »seit seiner Schulzeit gewohnt«, heißt es in dem Gutachten. Sein Verhalten zeige, »dass er darunter nie nachträglich gelitten hat«. Auch 200 Menschen, die in der Nacht zum 1. November vor dem Abschiebeknast Büren demonstrierten, konnten die Abschiebung nicht mehr verhindern.

Eine Woche zuvor, am 24. Oktober, hatte das nordrhein-westfälische Innenministerium bereits die Abschiebung von Mehmet Kilic verfügt. Obwohl er sich seit mehreren Tagen im Hunger- und Durststreik befand und alle Anzeichen einer Retraumatisierung in der Haft zeigte, sah der Amtsarzt kein Problem darin, auch ihm die Reisefähigkeit zu bescheinigen. Kilic war bei einer Razzia im Zusammenhang mit dem sog. »Newroz-Massaker« der türkischen Militärs 1992 festgenommen und 15 Tage verhört und misshandelt worden. Während seines Militärdienstes wurde er selbst bei sogenannten »Dorfsäuberungsaktionen« gegen kurdische Zivilisten eingesetzt. Nach dem Tod seines Vaters, der an den Folgen von Misshandlungen starb, und der Hinrichtung seines Bruders 1993 floh Mehmet Kilic in die Bundesrepublik. Calhan und Kilic wurden nicht als Flüchtlinge anerkannt und fanden Zuflucht im Wanderkirchenasyl. Dort setzten sie sich als Sprecher für die kurdischen Flüchtlinge ein.

Schutz vor Abschiebung und Illegalität

Das Wanderkirchenasyl ist der Versuch, kurdische Flüchtlingsfamilien, die keinen legalen Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik erlangt haben, vor einer Abschiebung in die Türkei und den Folgen der Illegalität zu schützen. Initiiert wurde die Aktion, sicherlich auch ermutigt vom französischen Vorbild der »sans papiers«, von der Kampagne »Kein Mensch ist illegal« gemeinsam mit mehreren Kirchengemeinden u.a. in Wuppertal, Köln, Dortmund, Bielefeld oder Aachen. Seit mehreren Jahren haben sie im Wechsel für die Flüchtlinge die Verantwortung, Unterkunft und Betreuung übernommen. 1999 wurde das Wanderkirchenasyl mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Die Landesregierung NRW hat eine kollektive Lösung für die Betroffenen abgelehnt. Eine erneute Einzelfallprüfung, auf die sich die Flüchtlinge notgedrungen einlassen mussten, hat nur im Ausnahmefall zur Asylgewährung geführt. Die meisten Flüchtlinge leben daher immer noch in den Kirchengemeinden. Zwar ist die Unterstützung durch engagierte Menschen aus den Gemeinden vor Ort und Initiativen groß, aber als Dauerzustand ist die Unterbringung in den Gemeindehäusern völlig ungeeignet. Das Leben in der Illegalität bringt viele Probleme mit sich. Wie kann ein Schulbesuch der Kinder organisiert werden, die Verpflegung der Familien oder die medizinische Versorgung? Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit für die betroffenen Flüchtlinge ist einschneidend, ihre Perspektive mehr als unsicher. Inzwischen haben eine Reihe von Abschiebungen stattgefunden.

Landesregierung reagiert mit besonderer Härte

Die Landesregierung demonstriert gegenüber dem Wanderkirchenasyl hartes Durchgreifen und besondere Schärfe. Nun ist zwar bekannt, dass gerade unter rot-grünen Regierungen die



SPD-Innenminister humanitäres Handeln vermeiden, um nur keinen Zweifel an ihrer harten Hand in Sachen Law-and-Order und Abschottung aufkommen zu lassen. Sie fürchten den »Präzedenzfall« wie der Teufel das Weihwasser, und jedes Asylgesuch wird für sie von vornherein ein illegitimes, lediglich wirtschaftlich begründetes Einwanderungsbegehren, das es mit allen Mitteln abzuwehren gilt.

Aber dies allein erklärt noch nicht die besondere Härte, mit der gegen das Wanderkirchenasyl vorgegangen wird. Das Kirchenasyl dient hier nicht lediglich als letzter Ausweg im Einzelfall, sondern macht auf die gravierenden Probleme einer ganzen Gruppe von Menschen aufmerksam. Dies kann nicht auf einzelne Fehlentscheidungen von Behörden zurückgeführt werden, sondern macht das System der Asylablehnungen und Abschiebungen zum Thema, verweist auf Schutzlücken im Asylrecht, inhumanen Umgang mit Flüchtlingen und Menschenrechtsverletzungen beim NATO-Partner Türkei. Dass eine solche Kritik nicht »nur« von einer kleinen Minderheit aus dem Spektrum antirassistischer Gruppen und Flüchtlingsinitiativen vorgebracht wird, sondern inzwischen bis weit in die Kirchengemeinden und liberale Öffentlichkeit hinein verankert ist, scheint es für die Behörden noch dringlicher (aber glücklicherweise auch schwieriger) zu machen, das Problem durch Abschiebung aus der Welt zu schaffen. Teil dieser Logik ist, dass alle Fakten und Hindernisse, die diesen Abschiebungen von Rechts wegen entgegenstehen oder zumindest im Ermessensspielraum der Behörden liegen, von staatlicher Seite verbissen ignoriert werden.

Zusätzliche Gefährdung der Flüchtlinge aus dem Wanderkirchenasyl

Wer am Wanderkirchenasyl teilgenommen und sich öffentlich dafür engagiert hat, muss fürchten, nach einer Abschiebung in der Türkei in besonderem Maß Verfolgung, Inhaftierung und Folter ausgesetzt zu sein. Das zeigen die Erfahrungen und Aussagen bereits abgeschobener Flüchtlinge aus dem Wanderkirchenasyl und Dokumente von Anwälten und Menschenrechtsvereinen. Die Süddeutsche Zeitung berichtete von einem »Reuegeständnis« eines »ehemaligen Aktivisten der PKK«: »Bei seiner Vernehmung am 20. Oktober 1999 hatte er aus Angst vor langjähriger Haftstrafe ehemalige und vermeintliche Mitstreiter denunziert und das Wanderkirchenasyl als eine PKK-gesteuerte Aktion bezeichnet. Die Besetzung deutscher Kirchen sei von langer Hand geplant gewesen, um der türkischen Regierung Probleme zu bereiten, heißt es im Vernehmungsprotokoll.« 100 Namen angeblicher PKK-Anhänger im Wanderkirchenasyl habe der Mann genannt.

Aussagen, die unter solchen Umständen zustande kommen, sind grundsätzlich fragwürdig. Sie sagen wenig über eine tatsächliche Nähe zur PKK aus. Den MitarbeiterInnen aus den Kirchengemeinden und der Kampagne »Kein Mensch ist illegal«, die sich seit Jahren um die Betreuung der Flüchtlinge kümmern, sind bislang keine Kontakte zur PKK bekannt geworden. Eine hohe Bedeutung hat das »Geständnis« jedoch für die Gefährdung, denen Teilnehmer am Wanderkirchenasyl bei einer erzwungenen Rückkehr in die Türkei ausgesetzt sind. Die deutschen Behörden aber ignorieren diesen Sachverhalt. Es weist einiges darauf hin, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung die Einschätzung der türkischen Sicherheitskräfte teilt und auch darum die in der Bundesrepublik nicht gerne gesehenen vermeintlichen PKK-Anhänger abschiebt. Dies offen zu sagen, hieße jedoch ein Abschiebehindernis zuzugestehen. Auch darum fordert das ökumenische Netzwerk Bielefeld zum Schutz von Flüchtlingen von der Landesregierung und den Gerichten: »Geben Sie den von weiterer Verfolgung in der Türkei bedrohten kurdischen Flüchtlingen, die bei Kirchengemeinden im Zusammenhang des Wanderkirchenasyls Schutz gefunden haben, ein Bleiberecht in unserem Land!« ■



Zur Kampagne gegen die Residenzpflicht

Die Mauer muss weg

Die Residenzpflicht schränkt die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen massiv ein. Zusätzlich zur Abschottung an den europäischen Außengrenzen werden so immer mehr Grenzen im Inneren geschaffen.

| Am 7. Oktober 2000 sprangen zwei Vorstandsmitglieder der in Hamburg ansässigen »African Refugees Association« aus dem 4. Stock eines Wohnhauses. Der Grund: Angst vor der Polizei, die vermeintlich an der Tür geklingelt hatte. Beide besaßen gültige Aufenthaltspapiere als Asylsuchende. Sie durften sich jedoch nicht in Hamburg aufhalten, denn dies ist nicht die Stadt, in der ihr Asylverfahren läuft. Eine der Frauen erlitt mehrere Wirbelbrüche beim Aufprall, die andere eine Fraktur der Wirbelsäule, sie muss davon ausgehen, ihr Leben im Rollstuhl zu verbringen.

Die Aufenthaltsgestattung von Asylsuchenden ist nach §56 AsylVfG auf den Landkreis bzw. die kreisfreie Stadt der zuständigen Ausländerbehörde beschränkt. Flüchtlinge, die ihr Grund- und Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit wahrnehmen wollen, müssen behördlich um Erlaubnis bitten und dies begründen. Dabei ist die Aufenthaltsbegrenzung gesetzlich als Regel vorgesehen, die Erlaubnis als Ausnahme. Nur verfahrensbezogene Termine z.B. beim UNHCR, »dringendes öffentliches Interesse« und die wenigen Anlässe, bei denen Behörde oder Gericht in einer Versagung »unbillige Härte« erkennen, rechtfertigen ein solches Anliegen.

Der einmalige Verstoß gegen die Residenzpflicht ist eine Ordnungswidrigkeit, im wiederholten Fall folgt eine Strafe von 100 Mark bis hin zum Ausweisungsbescheid. Wie die von 80 Mark Bargeld im Monat bestritten werden sollen, bleibt ebenso Geheimnis der Behörden, wie die Bezahlbarkeit der von einigen Ämtern erhobenen Gebühr von 10–15 Mark für eine Verlassensgenehmigung. Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann, dem droht Haft. Kritische JuristInnen sehen in der Residenzpflicht einen massiven Eingriff in Grundrechte und Menschenwürde und haben Zweifel, ob sie mit den Menschenrechtsgarantien des Europa- und Völkerrechts vereinbar ist. Eine selbstbestimmte Lebensplanung wird den Betroffenen über Jahre hinweg verwehrt. Menschen zu Objekten und zum Mittel staatlicher Abschreckungspolitik herabzuwürdigen, widerspricht dem Gebot der Menschenwürde.

Der Einzelne als Mittel staatlicher Abschreckungspolitik

1983 erklärte der UNHCR, dass in der BRD durch »Zwangsinternierung in Zentren, ernsthafte Beschränkung der Bewegungsfreiheit (...) in Europa einzigartige Abschreckungsmaßnahmen gegen Asylbewerber zum Tragen gebracht worden« sind. Das gerügte Asylverfahrensgesetz wurde seither noch mehrfach verschärft. Die zynische Begründung des Gesetzes macht Betroffene für den Freiheitsentzug selbst verantwortlich. Bei Sozialhilfebezug gefährde ihre Freizügigkeit die »Verteilung der öffentlichen Lasten« – demnach müsste aber auch SozialhilfeempfängerInnen mit deutschem Pass die Fahrt in die nächste Stadt verwehrt werden. Flüchtlinge stellen, so der Tenor der Begründung, ein potenzielles Risiko für die »öffentliche Sicherheit

und Ordnung« dar. Die Beschränkung ihres Bewegungsradius sei auch für »bessere Erreichbarkeit im Asylverfahren und für die Arbeitsverwaltung« gut.

Doch der Gesetzestext ist nicht alles: Sachbearbeitern in Ausländerbehörden und Sozialämtern wird ein zunehmender Spielraum für Ermessen und Entscheidung zugebilligt, den diese konsequent als Aufforderung auslegen, nur minimalste Zugeständnisse zu machen.

Zu den legalen – sprich zu Gesetz gemachten – Einschränkungen der Freiheit, kommen völlig extralegale Schikanen. Sie sind fundamentaler Teil einer institutionellen Zurückweisungssystematik. Ohne materielles Interesse werden teilweise Schikanen ersonnen, die dem einzelnen Schreibtischtäter außer Macht- und Lustgewinn, keinen Vorteil bringen. Das Kontroll- und Maßregelungspotenzial des Asylverfahrensgesetzes ermächtigt offenbar auch Hausmeister und Sicherheitsdienste, die sich als Hilfssheriffs von Ausländerbehörden und Sozialämtern begreifen, zu extralegalen Praktiken. Sie erstellen Anwesenheitslisten in Flüchtlingsheimen: Wer ohne Genehmigung 14 oder manchmal auch nur einen Tag nicht dort auftaucht, läuft Gefahr, die Unterkunft oder einen Teil der Sozialleistungen zu verlieren. Mancherorts sind Sozialämter dazu übergegangen, die ohnehin um mehr als 20 Prozent gegenüber dem Existenzminimum gekürzten Leistungen wöchentlich auszuzahlen, um die Flüchtlinge zu zwingen, sich in den menschenunwürdigen Flüchtlingsheimen aufzuhalten.

Flüchtlinge unterliegen einem feinmaschigen Kontrollnetz. Ihr Anspruch auf Anwesenheit ist zeitlich begrenzt und wird permanent in Frage gestellt: Heute legal, morgen illegal. Allgegenwärtig werden sie darauf hingewiesen, »nicht hierhin« zu gehören und beständig zur Rückkehr aufgefordert. Das Flüchtlingsheim ist der einzige einem Flüchtling zugestandene Ort, wer abwesend ist, wird verdächtigt, sich nicht legal aufzuhalten. Die Produktion von Hilflosigkeit und Gleichförmigkeit gehört zum Programm.

Die vielbeschworene Weltoffenheit ist nur die paradoxe Situation einer westlichen Gesellschaft, die nach aussen zur Welt ökonomisch offen ist, nach innen aber in Hinblick auf die Teilhabe an sozialen Rechten und politischer Beteiligung geschlossen. An die Stelle der Staatsgrenzen ist eine differenzierte Vielfalt von Grenzen getreten. Während für die Einen die Grenzen im Innern weitgehend unsichtbar bleiben oder zu ihrer anerkennenden Aufwertung beitragen, sind sie für die Anderen fortwährende, unüberwindbare Hindernisse, auf die sie immer wieder treffen. Überall dort, wo hierarchisierende (bewertende, ethnisierende) Sichtbarmachung, Minorisierung und Ausschluss von Recht, Reichtum und Anerkennung stattfinden, ist eine Grenze: Grenzen sind überall, auf dem Sozialamt und dem Bahnhof, so der Aufruf der Kampagne »Kein Mensch ist illegal«.

Antirassistische Politik ist immer noch sehr auf den Ausschluss an nationalen Grenzen durch die Festung Europa fixiert. Die Formen des Ausschlusses, d.h. Fragen politischer und sozialer Rechte und Teilnahme an Gesellschaft und Reichtum sind, wie auch die Analyse des Verhältnisses der unterschiedlichen Akteure und Instanzen (Politiker, Schreibtischtäter, Behörden, Neonazis, Gesetze) rassistischer Ausgrenzung weit außerhalb unseres Blickfelds. Der Verweigerung von Bewegungsfreiheit muss von links eine Politik entgegen gesetzt werden, die deutlich macht, dass der geographische, historische, politische und soziale Ort in einer auf Ausbeutung und Ungleichheit beruhenden Welt fundamentalen Einfluss auf unsere Möglichkeiten und unsere Politik haben. Es bedarf von Seiten der Linken einer massiven Repolitisierung des Sozialen, wollen wir die Verhältnisse begreifen und angreifen.

Die Zunahme der inneren Grenzen und Kontrollen hat die grausame Wirkungsmacht der 1981 gesetzlich verankerten Residenzpflicht massiv verschärft. Kontrollen machen die Regelung durchsetzbar, stigmatisieren Flüchtlinge als kriminell und führen über die Strafbewehrtheit zu einer realen Kriminalisierung. Die Zunahme der Kontrollen geht einher mit der Verrechtlichung von verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen durch Polizei und BGS seit 1994. Die Kontrollpraxis beruht auf einem »besonders geschulten Auge«, so das bayerische Innenministerium. Untersuchungen belegen, dass der Kontrolldruck gegenüber Nicht-Deutschen um 21 Prozent höher liegt als bei Deutschen. ■

Kampagne gegen die Residenzpflicht

Im Rahmen des Kongresses der Karawane im April 2000 wurde eine Kampagne gegen die Residenzpflicht gestartet. Seither weigern sich zahlreiche Flüchtlinge in einem Akt zivilen Ungehorsams, Verlassensgenehmigungen zu beantragen und Geldstrafen zu bezahlen. Zwei der Organisatoren des Kongresses, Cornelius Yusfanyi und Sunny Omwenyeke, stehen gerade wegen des Vorwurfs von Residenzpflichtverstößen vor Gericht. Die Kampagne ruft Flüchtlinge dazu auf, die Residenzpflicht öffentlich aktiv und bewusst zu durchbrechen und vermehrt damit vor Gericht zu gehen, notfalls durch Selbstanzeigen bei der Polizei. Alle anderen sind aufgefordert, weitere Wege zu ersinnen, um die Kampagne zu unterstützen. Um die Kampagne öffentlich besser bekannt zu machen, planen die AktivistInnen eine bundesweite Unterschriftensammlung und einen »Marsch der Flüchtlinge auf Berlin«.

Die Kampagne braucht Unterstützung und Spenden

Kontakt:
The VOICE Forum, Human Rights Group,
AK Asyl Göttingen,
Lange Geismarstraße 73, 37073 Göttingen,
Tel.: (05 51) 5 88 94, Fax: (05 51) 5 88 98,
E-mail: THE_VOICE_Goettingen@gmx.de,

Bankverbindung:
Postbank Leipzig,
BLZ: 860 100 90
Kto.-Nr.: 0 231 633 905

Mit den deutschen Global Playern gegen Rassismus und Faschismus?

Ob Deutsche oder Dresdener Bank, ob BMW oder Volkswagen – eine Vielzahl insbesondere international operierender deutscher Großunternehmen und ihre zentralen Lobbyverbände BDI, BDA und DIHT haben in den vergangenen Monaten mit großem Aufwand öffentlich gegen Rassismus und Rechtsextremismus Stellung genommen. Die Dresdner Bank etwa wendet nach eigenen Angaben eine Million Mark auf, um mit einem Victor-Klemperer-Jugendprojekt entsprechendes gesellschaftliches Engagement unter Beweis zu stellen. Dutzende von deutschen Spitzenmanagern outen sich in Interviews als couragierte Vorreiter der Zivilgesellschaft. Was ist passiert?

Einige Thesen zur Diskussion

| Im Prinzip ist natürlich auch aus antifaschistischer Perspektive nichts dagegen einzuwenden, wenn Unternehmensvertreter mit ihren Stellungnahmen ein gesellschaftliches Klima gegen Rassismus und Rechtsextremismus unterstützen. Das gilt insbesondere für die Stimmung in den Betrieben, in denen bekanntermaßen ein rassistischen Potenzial in beträchtlichem Ausmaß schlummert. Angesichts der historischen Verbindung zwischen deutschem Kapital und nationalsozialistischem Terror, das eben bis heute nicht nur nicht aufgearbeitet ist, sondern in der leidvollen Zwangsarbeiterdebatte der Gegenwart seine menschenfeindliche Fortsetzung findet, erscheint dieses Engagement allerdings schon aus moralischen Gründen kaum als glaubwürdig. Aber es ist nicht in erster Linie die Moral, die in diesem Zusammenhang Erkenntnis und Klarheit bringt. Es sind vielmehr handfeste politisch-ökonomische Gründe, die die deutschen Unternehmen mit internationaler Ausrichtung geradezu zwingen, auf diesem Feld zu handeln, um in der beschleunigten Akkumulation ihre jeweilige Weltmarktposition zu stabilisieren oder auszubauen.

1. Die gegenwärtige Phase einer liberalisierten Weltwirtschaft braucht den freien Austausch von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften. Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihrer Struktur in besonderem Maße auf den Export angewiesen, buhlt im internationalen Standortwettbewerb um Direktinvestitionen und benötigt hochspezialisierte Arbeitskräfte – wie zur Zeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Langfristig werden in Folge der sinkenden Bevölkerungszahl in Deutschland weitere Arbeitskräfte in allen Bereichen benötigt, die dann bedarfsgerecht »importiert« werden sollen. Deshalb verlangen die Unternehmen und ihre Verbände ein Zuwanderungskonzept, um langfristig wirtschaftliches Wachstum und Profit zu gewährleisten.

Ihr Engagement für ein solches Konzept entspringt ausschließlich dem Interesse wirtschaftlicher Nutzenmaximierung, selbst wenn der ein oder andere Manager subjektiv durchaus eine andere persönliche Haltung haben sollte. In der gegenwärtigen Phase trifft sich ein biologistisch begründeter Rassismus und/oder nationalistischer Chauvinismus, wie ihn große Teile der extremen Rechten vertreten, nicht mit den Interessen international operierender Unternehmen (für binnenwirtschaftlich ausgerichtet Unternehmen, v.a. mittelständische Betriebe, ist die Situation teilweise anders zu bewerten).



3. Die herrschende Ideologie und bestimmende Theorie des gegenwärtigen Akkumulationsprozesses ist der Neoliberalismus. Seine Vertreter grenzen sich zwar vom rassistischen Biologismus, Nationalsozialismus und Faschismus ab, stehen aber schon seit den 30er Jahren für ein Denken, dem sowohl eine Dominanz des Ökonomischen wie ein kulturell begründeter Rassismus zugrunde liegt. Diese Art des Denkens schlägt sich auf verschiedensten Ebenen nieder, beispielsweise in der amerikanischen Politikberatung (z.B. Huntingtons These vom »Kampf der Kulturen« in der von der Unüberwindbarkeit verschiedener Kulturen mit der Folge von Kriegen ausgegangen wird), der neoliberal ausgerichteten Entwicklungspolitik á la Weltbank und IWF oder auch bei den verschiedensten Strömungen der sog. »Neuen Rechten« in Europa. Abgesehen davon sind die Neoliberalen keineswegs Freunde der Demokratie, nicht einmal in ihrer bürgerlichen Form, obwohl immer wieder gern behauptet wird, dass Marktwirtschaft und Demokratie zwei unverrückbar verbundene Grundsätze seien. Wenn Eigentum, wirtschaftliche Freiheit der Unternehmer und Profit ernsthaft in Gefahr sind, ist die Diktatur nicht weit – beispielsweise zu Beginn der 70er Jahre beim Putsch in Chile, bei dem neoliberale think-tanks an herausragender Stelle mitgewirkt haben.

2. Die Distanzierung von biologistischem Rassismus und nationalistischem Chauvinismus steht indes keineswegs für Solidarität und Internationalismus, ja nicht einmal für einen konseqüenten Humanismus, wie man ihn von den selbst ernannten Verfechtern der Zivilgesellschaft im mindesten verlangen könnte. Das Gegenteil ist der Fall. So fordert etwa BDA-Präsident Hundt das Grundrecht auf Asyl endgültig abzuschaffen und durch eine von den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer bestimmte Zuwanderung zu ersetzen. Kommen darf nur, wer in die kapitalistische Leistungsgemeinschaft paßt und wer die Konkurrenzfähigkeit des nationalen Wettbewerbsstaates erhöht. Nur die Besten und Leistungsfähigsten, die sogenannten »High Potentials«, sollen Zutritt erhalten, MigrantInnen, die zusätzliche Armut, Elend und Verfolgung ins Land bringen, werden dagegen nicht geduldet. So ist Ausgrenzung und Diskriminierung struktureller Bestandteil dieser Art der Gemeinschaftsbildung, die sich ideologisch auf Wohlstandschauvinismus und Standortnationalismus stützt.

4. Beim gegenwärtigen Engagement aus den Chefetagen der Wirtschaft geht es also nicht um eine Beseitigung der Wurzel und Ursachen von Rassismus und rechtsextremen Denkmustern. Allerdings stören bestimmte Ausmaße und Richtungen der rassistischen und faschistischen Alltagspräsens das Wettbewerbsprojekt weiter Teile des deutschen Kapitals. In der gegenwärtigen Phase einer offenen Weltökonomie findet sich die herrschende Leitkultur eher in einem kulturalistischen Rassismus und einem nutzenzentrierten Ökonomismus. Unter veränderten ökonomisch-politischen Bedingungen, etwa bei einer weltweiten Depression, wenn wieder andere wirtschaftspolitische und geostrategische Anforderungen mit den Interessen des Kapitals verbunden sind, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch wieder andere ideologische Ausrichtungen adäquat werden. Dann könnten auch wieder ein über den aktuellen Standortnationalismus hinausgehender Chauvinismus und biologistischer Rassismus für die Kapitalinteressen von Nutzen sein. ■



»Ein zivilisiertes Land?«

Seit 1989 ist die jüdische Bevölkerung in Deutschland von knapp 35.000 Menschen auf rund 80.000 angewachsen. Eine der Hauptursachen hierfür ist die jüdische Emigration aus den GUS-Staaten. Am Beispiel der am 9. Mai 2000 gegründeten Jüdischen Gemeinde im brandenburgischen Königs Wusterhausen (KW) – das AIB-LeserInnen vor allem als rechtsextreme Hochburg kennen – soll die Situation der kleinen jüdischen Gemeinden dargestellt werden. Wir sprachen dort mit zwei Vertretern des Gemeindevorstandes. Die Jüdische Gemeinde (JG) umfaßt etwa 100 Personen. Alle Mitglieder sind sogenannte Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion. Das Interview wurde auf russisch geführt.

▼ Trotz enger Räume stellt die jüdische Gemeinde Königs Wusterhausen einiges auf die Beine.



[AIB] Wie kamen Sie dazu, in Königs Wusterhausen eine Gemeinde zu gründen?

[JG] Die ersten jüdischen ImmigrantInnen – drei bis fünf Familien – sind schon vor zwei Jahren nach KW gekommen. Ende 1999 kamen dann weitere Familien hierher. Die erste Aufgabe einer religiösen Vereinigung wie der jüdischen Gemeinde ist unserer Ansicht nach, die Menschen zusammen zu bringen. Viele Familien sind einzeln angereist. Man muss sich irgendwie organisieren, um einander zu helfen.

[AIB] Gibt es Kontakte zu anderen jüdischen Gemeinden?

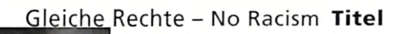
[JG] Wir sind Mitglied im Landesverband der jüdischen Gemeinden und im Zentralrat. Im Land Brandenburg gibt es sieben Gemeinden: Die größte ist in Potsdam, dann folgen Frankfurt/Oder, Cottbus, Bernau. Sie existieren schon seit drei bis vier Jahren. Dann gibt es noch zwei Gemeinden im Kreis Oranienburg, die auch so jung wie diese Gemeinde hier sind. Auch dort kommen fast alle Mitglieder aus der ehemaligen Sowjetunion.

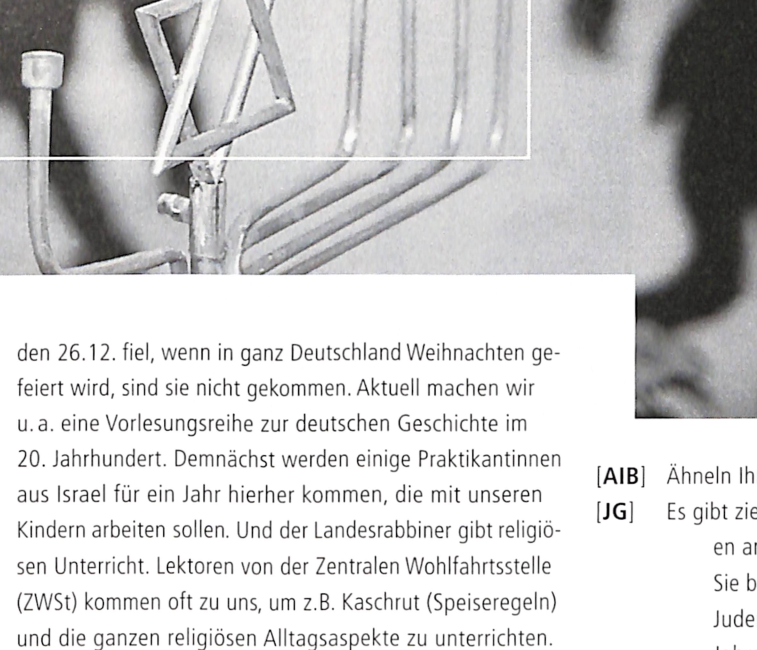
[AIB] Wie sieht das Gemeindeleben aus?

[JG] Weil die Gemeinde noch jung ist, konnten wir natürlich noch nicht so viel aufbauen. Unser Hauptproblem ist der Raum. Wir sind Untermieter in städtischen Räumen, die wir höchstens zwei Stunden pro Tag nutzen können. Dadurch können wir kein normales Kulturangebot machen. Wir haben zum Beispiel Kontakte zu sogenannten Rußland-Deutschen, mit denen wir gerne mehr machen würden. Um das Raumproblem zu lösen, haben wir vor kurzem mit der Stadtverwaltung gesprochen und hoffen, dass wir noch in diesem Jahr einen eigenen Raum bekommen.

[AIB] Angenommen, die Gemeinde hätte größere Räume: Was würden Sie machen?

[JG] Zuerst möchte ich betonen, dass wir, obwohl es hier so eng ist, doch einiges auf die Beine stellen. Zum Beispiel haben wir an Chanukka, also am 26. Dezember 2000, ein Fest veranstaltet, an dem auch Rußland-Deutsche und Mitarbeiter der Diakonie teilgenommen haben. Wir hatten auch den Bürgermeister und die Zuständige für Kultur und Sport aus der Stadtverwaltung eingeladen. Aber weil unser Fest auf





den 26.12. fiel, wenn in ganz Deutschland Weihnachten gefeiert wird, sind sie nicht gekommen. Aktuell machen wir u.a. eine Vorlesungsreihe zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Demnächst werden einige Praktikantinnen aus Israel für ein Jahr hierher kommen, die mit unseren Kindern arbeiten sollen. Und der Landesrabbiner gibt religiösen Unterricht. Lektoren von der Zentralen Wohlfahrtsstelle (ZWSt) kommen oft zu uns, um z.B. Kaschrut (Speiseregeln) und die ganzen religiösen Alltagsaspekte zu unterrichten. Das ist besonders schwierig für Immigranten aus der ehemaligen SU, weil sie so etwas in Rußland gar nicht lernen konnten.

[AIB] Werden von der Stadt oder von öffentlichen Einrichtungen Sprachkurse angeboten?

[JG] Die meisten Mitglieder der Gemeinde haben schon Deutschkurse gemacht. Aber z.B. Rentner ab 60 Jahren haben kein Recht auf bezahlte Kurse. Darum haben wir mit der Volkshochschule KW ein Programm für ermäßigten Sprachunterricht aufgebaut. Auch die Kinder bekommen keine Sprachkurse bezahlt: Sie kommen sofort in die Schule, wo sie natürlich große Probleme haben. Inzwischen konnten wir für sie mit Hilfe der Diakonie auch einen kostenlosen Kurs organisieren.

[AIB] Wie ist die soziale Situation der Gemeindemitglieder?

[JG] Weil die meisten erst kurz hier sind, beziehen mehr als 90 Prozent der Gemeindemitglieder Sozialhilfe. Die Arbeit, die sie hier machen, sind die Zweimark-Pro-Stunde Sozialhilfeempfängerjobs. Und das, obwohl die Mehrheit von uns Hochschulabschlüsse hat. Jetzt gibt es das Programm »Arbeit statt Sozialhilfe«, an dem sich verschiedene Firmen in KW beteiligen. Sie bieten überwiegend nichtqualifizierte Jobs an, die man nicht absagen kann. Im Russischen nennen wir das »freiwillige Zwangsarbeit«. Neulich gab es ein Treffen von Leuten aus der Gemeinde, Rußlanddeutschen und einer Firma, die sich mit Sprachunterricht und der beruflichen Weiterbildung von Umsiedlern beschäftigt. Sie bieten Intensivsprachkurse und anschließend sechs Monate unterschiedliche Qualifikationskurse an, z.B. für Informatik. In Oranienburg funktioniert das schon ganz gut, da beziehen kaum noch Leute Sozialhilfe.

[AIB] Ähneln Ihre Probleme denen der Rußlanddeutschen?

[JG] Es gibt ziemlich große Unterschiede, was die Ausgangspositionen angeht – die ja vom deutschen Staat bestimmt werden. Sie bekommen sofort die deutsche Staatsbürgerschaft – die Juden nicht. Und wenn Rußlanddeutsche in Rußland zehn Jahre gearbeitet haben, zählen die Jahre hier. Das wirkt sich dann beispielsweise auf die Rentenzahlung aus. Weil wir als Kontingentflüchtlinge angereist sind, bekommen wir eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung, und nach sieben Jahren in Deutschland können wir die Staatsbürgerschaft beantragen – wie andere Ausländer. Früher gab es extra Bestimmungen für Kontingentflüchtlinge; heute fallen wir unter das allgemeine Ausländerrecht.

[AIB] Werden Sie in Heimen untergebracht?

[JG] Hier gibt es Unterschiede zu Rußlanddeutschen. Für jüdische Flüchtlinge gibt es in jedem Bundesland eine Zentrale Aufnahmestelle. Wir bleiben dort einige Tage, dann werden wir entsprechend der Quoten in unterschiedliche Orte verteilt. Bei diesen Quoten wird nicht berücksichtigt, ob es jüdische Gemeinden in der jeweiligen Stadt gibt.

[AIB] Wird Ihnen von der deutschen Bevölkerung mit Antisemitismus begegnet?

[JG] Seitens der Bevölkerung wird uns an sich nicht mit Antisemitismus begegnet. Aber mit der Stadtverwaltung gibt es strittige Fragen, z.B. bei den »Zwangsjobs«. Wir verstehen natürlich auch, dass das keine Schikanen der Stadtverwaltung sind, sondern bundesweite Politik. Insgesamt würde ich den Kontakt mit der Stadt aber positiv einschätzen.

[AIB] Hatten Sie schon Erfahrungen mit antisemitischen Übergriffen?

[JG] Einmal wurden die Reifen von meinem Auto zerschnitten. Die Täter wurden aber nicht ermittelt, daher ist es schwer zu sagen, ob es Rechtsextremisten waren oder Nachbarn, die mich nicht mögen. Natürlich wissen wir, dass KW ein Stützpunkt von Nazis ist, wir haben ja auch die Aufmärsche mitbekommen. Selbstverständlich machen wir uns deshalb Sorgen, aber bisher gab es noch keine Drohungen. →

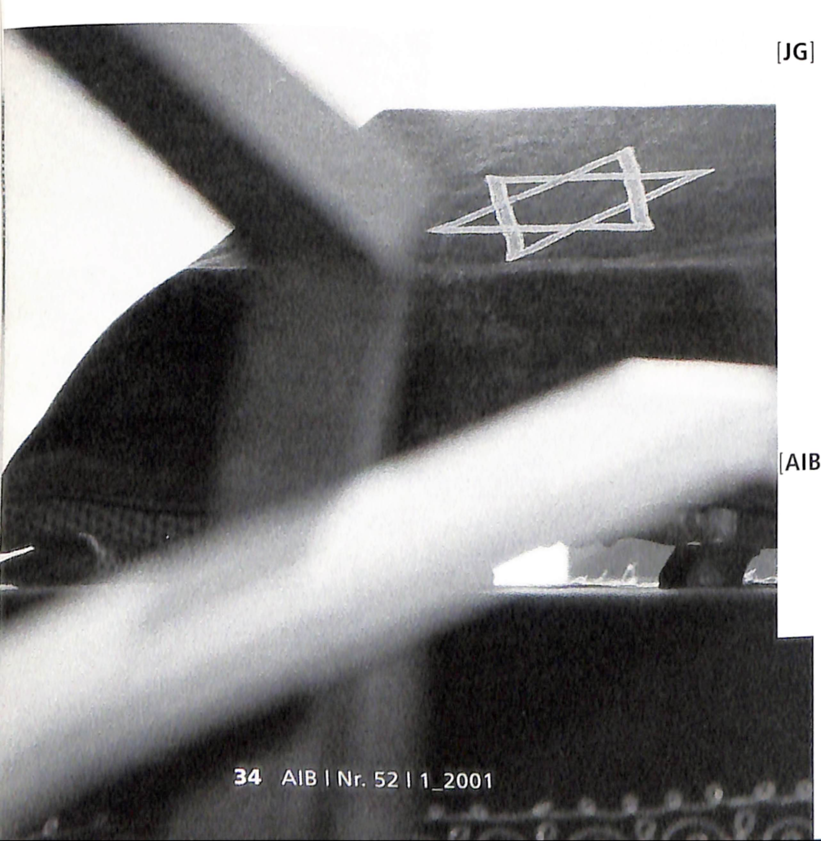


→ **[AIB]** Was lösen die antisemitischen Anschläge wie in Potsdam oder Guben gegen die jüdischen Friedhöfe bei Ihnen aus?

[JG] Natürlich sind davon nicht nur Juden betroffen, sondern alle Ausländer. Wir versuchen, einen politischen Umgang damit zu fordern. Zum Beispiel haben nach dem Anschlag in Potsdam alle jüdischen Gemeinden Briefe an das Innenministerium geschrieben und gefordert, wenigstens unsere Kultstätten und Versammlungsräume besser zu schützen. Die bisherigen Schritte vom Staat scheinen ineffektiv zu sein, weil sie sich mehr mit Folgen statt mit Ursachen beschäftigen. Es ist doch unmöglich, neben jeden einzelnen Menschen einen Polizisten zu stellen. Und bei einigen älteren Leuten gibt es Ängste. Wir sind ja nach Deutschland gekommen mit der Einschätzung, das ist ein zivilisiertes Land, und haben so etwas nicht erwartet. Aber wenigstens gab es noch keine Übergriffe auf Jugendliche. Die Kinder unternehmen viel mit Deutschen – Billardspielen oder Diskobesuche. Mein Sohn hat aber erzählt, dass es in seiner Schule auch Gruppen von Jugendlichen gibt, die sich ganz stark von unseren Jugendlichen abgrenzen.

[AIB] Meinen Sie, dass auch Sie als jüdische Gemeinde etwas gegen Neonazismus unternehmen müßten?

[JG] Ja. Wir haben z. B. an einem Landesprogramm teilgenommen, in dem die Kinder ab der 5. Klasse an den Schulen über Antisemitismus informiert werden. Manchmal wurden mit Kindern und Eltern Diskussionsrunden gemacht. In vielen Fällen verbessert sich danach die Situation.



[AIB] War Antisemitismus in der ehemaligen Sowjetunion für Sie ein Grund, nach Deutschland zu kommen?

[JG] Antisemitismus auf unterschiedlichen Ebenen – vom Alltag bis zur staatlichen Politik – war der Hauptgrund, nach Deutschland zu gehen. Wir wußten dort zwar, dass es hier Angriffe auf Ausländer gibt. Aber wir dachten, es geht um einzelne Vorfälle, die von staatlicher Seite bekämpft werden, nicht um die staatliche Politik. Wir haben uns entschieden, nach Deutschland zu kommen, weil es da, wo wir herkommen, noch schlimmer ist.

[AIB] Sie kommen ja in ein Land, in dem jüdische Kultur durch den Nationalsozialismus ausgelöscht worden ist. Wie sehen Sie Ihren Beitrag am Wiederaufbau jüdischen Lebens in Deutschland?

[JG] Hauptziel ist nicht nur die Integration in die deutsche Gesellschaft, so dass die Kontakte mit Deutschen reibungslos verlaufen. Die Probleme liegen ja auch darin, dass man sich auf ganz alltäglicher Ebene unterscheidet. Viel wichtiger ist, dass aufgeklärt werden muß über jüdische Geschichte, Kultur und Traditionen. Dazu gehört auch, dass es Kultureinrichtungen gibt, die öffentliche Angebote – auch für Nichtjuden – machen. Außerdem möchte ich Ihnen sagen, dass wir uns sehr über den Kontakt zum AIB freuen. Es ist doch auch ein Zeichen von Integration, dass sich deutsche Zeitungen für uns interessieren.

[AIB] Wir bedanken uns sehr für dieses Gespräch. ■

▶ Stiften gehen

NS Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte

Winkler, Ulrike (Hrsg.)
Stiften gehen.
NS Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte
Papy Rossa Verlag
Köln, 2000
272 Seiten, 29,80 DM

| Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« ist das Thema Zwangsarbeit für die Bundesregierung, die Industrie und Teile der Öffentlichkeit scheinbar erledigt. Doch bisher ist keine Mark an ehemalige Zwangsarbeiter ausgezahlt worden, und die Industrie sieht sich nicht in der Lage, ihren Anteil am Stiftungskapital zusammen zu bringen. Indes sterben Monat für Monat die Überlebenden. Ein Sammelband sucht die Fakten über Zwangsarbeit zusammen zu tragen und die Entschädigungsdebatte zu bilanzieren.

In dem thematisch zweiteiligen Buch werden zunächst detailliert die Fakten über Organisation und politisch-ökonomische Funktion von Zwangsarbeit im NS dargestellt. Der zweite Teil beleuchtet Aspekte der Entschädigungsdebatte. Den Band eröffnet Dietrich Eichholz, renommierter Autor einer Vielzahl von Studien zur deutschen Kriegswirtschaft, mit einem Aufsatz über »Die Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft«. Zunächst sucht er eine annähernd realistische Zahl der Zwangsarbeiter in Deutschland zu ermitteln. Gestützt auf die Unterlagen des NS-Rüstungsministeriums, der NS-Reichsindustriekammer und auf die Aussagen des NS-Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel in Nürnberg, geht Eichholz analog der Schätzungen des Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Kuczynski von einer Gesamtzahl von 14 Millionen Zwangsarbeitern in Deutschland aus. Davon seien ca. 8 Millionen zeitgleich in der Kriegswirtschaft beschäftigt gewesen. Eichholz zeichnet nach, dass das Zusammenspiel zwischen nationalsozialistischer Ideologie und ökonomischer Interessen der deutschen Industrie nicht ohne Widersprüche funktionierte. So kritisierten Vertreter der Industrie mehrfach die politisch motivierte Vorschrift, Zwangsarbeiter isoliert von anderen Beschäftigten in geschlossenen Kommandos einzusetzen. Dies widersprach dem ökonomisch-organisatorischen Effizienzprinzip der Wirtschaft. Und nur auf Grund eben dieses ökonomischen Interesses forderten sie eine bessere Ernährung der Zwangsarbeiter. Seit dem Jahr 1942 wurden Millionen sowjetischer Kriegsgefangener nach Deutschland verschleppt, um den Arbeitskräftemangel in der Krisenphase der Kriegswirtschaft zu bewältigen. Dies führte zu einer Ausweitung der Zwangsarbeit in immer weitere Bereiche der Wirtschaft. Eindeutig zeigt Eichholz auf, dass die deutsche Industrie aus eigenem Antrieb Zwangsarbeiter aus den okkupierten Gebieten und den KZ rekrutierte, um sie als Arbeiter u.a. in der Rüstungsindustrie und der Landwirtschaft zu beschäftigen. So besuchten Abgesandte von Industriezweigen KZ, um qualifizierte Fachkräfte und Hilfsarbeiter zu bekommen, die zuvor von der SS ausgesucht wurden. Faktenreich wird so der Mythos widerlegt, das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt habe der Industrie die Zwangsarbeiter aufgedrängt. Abzüglich der sich für den Leser nicht immer erschließenden Zahlen und Statistiken kann der Beitrag von Eichholz als gute Einführung in die Zusammenhänge von Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft gelesen werden.

Der Beitrag von Jan Erik Schulte über das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt verdeutlicht die Verknüpfung von politischen und ökonomischen Interessen im NS Staat. Dem WVHA oblag die Organisation und Aufsicht der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen. So bildete die SS durch wirtschaftliche Aktivitäten, unter Ausnutzung der Arbeitskraft von KZ-Häftlingen, Konzernstrukturen heraus. Das dies nicht nur auf den weithin bekannten Komplex IG Farben/IG Auschwitz zutraf, wird am Beispiel der KZ Mauthausen und Oranienburg gezeigt. Dort orientierte sich die Standortauswahl des KZ an dem Vorhandensein von Steinbrüchen und Gewerken der Bauindustrie. Zudem zeichnet der Autor den Weg des SS-Gruppenführers Pohl nach, der nicht nur als williger Befehlsempfänger Himmler galt, sondern umfangreiche Eigeninitiativen ergriff, um die Effektivität des Arbeitseinsatzes von KZ Häftlingen zu erhöhen. Eine entscheidende Rolle spielte sein Amt bei der Untertageverlagerung großer Teile der Rüstungsindustrie ab 1943/44. Die Produktion konnte nur aufrecht erhalten werden, weil Wirtschaft und SS auf das Prinzip »Vernichtung durch Arbeit« setzten, das tausendende Zwangsarbeiter das Leben kostete.

Der zweite Teil des Bandes beschäftigt sich mit unterschiedlichen Aspekten der Entschädigungsdebatte. Einleitend stellt Thomas Kuczynski Teile seiner Untersuchungen vor, die ergaben, dass sich allein die von der deutschen Wirtschaft einbehaltenen Zwangsarbeiterlöhne auf ca. 180 Milliarden Mark belaufen. Eine Zahl, die der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die Entschädigungsverhandlungen, Lambsdorf als »unseriös« bezeichnete. Kuczynski setzt diese Zahl jedoch ins Verhältnis mit der Zahl der Zwangsarbeiter und der Tatsache, das die Wirtschaft die Zwangsarbeiter steuergünstig und entgeltfrei ausbeutete. Heruntergebrochen auf die individuellen Ansprüche ist Kuczynski damit bei ca. 10.000 DM pro Person. Nicht viel, bedenkt man KZ-Haft, Arbeitsleistung und die jetzige, oft katastrophale Lebenssituation der ehemaligen Zwangsarbeiter aus Osteuropa.

Im weiteren bilanziert Rolf Surmann die Entschädigungsdebatten der BRD der letzten 55 Jahre als »Entschädigungsverweigerung«. Am Beispiel der Verhandlungen mit Israel in den 50er Jahren, des Bundesentschädigungsgesetzes in den 60er Jahren und der neueren Entschädigungsdebatte weist Surmann daraufhin, dass es allen Bundesregierungen und der Wirtschaft immer darum ging, den Kreis der Entschädigungsberechtigten klein zu halten bzw. gar nicht zu zahlen. Nur beständiger internationaler Druck und außenpolitische Interessen der BRD führten, so Surmann, zu Teilerfolgen und Zahlungen. Dass dieser Zustand auch bei den Konsultationen über das Stiftungsgesetz im Bundestag anhielt, zeigen Ulla Jelpke und Rüdiger Lötzer in ihrem Beitrag auf.

Wie bei so manch anderem Sammelband wäre ein Stichwortregister und ein kommentiertes Verzeichnis weiterführender Literatur wünschenswert gewesen. Insgesamt jedoch bietet der Band einen gut lesbaren Überblick zum Thema. ■

Ein Institut zur ideologischen

Die »Deutsche Gildenschaft« und die Gründung des »Instituts für Staatspolitik«

Die Ideologen der konservativen Revolution wenden sich der krisengeschüttelten CDU zu und wollen deren nationalkonservativen Flügel stärken.

Sechs Jahre nach dem Umzug der »Jungen Freiheit« (JF) nach Berlin und ihrem Erscheinen als Wochenzeitung ist die Gründung des »Instituts für Staatspolitik« (INSTAPO) der zweite und die der Edition Antaios der dritte »Paukenschlag« jungkonservativer Intellektueller aus den Reihen der »Deutschen Gildenschaft« (DG). Dieter Stein, Chefredakteur der JF, kommt aus der Hochschulgilde »Balmung zu Freiburg«; zwei von drei Mitgliedern des »Gründerkollegiums« des Instituts sind ebenfalls Gildenschafter. Der Spiritus Rector des Instituts, JF-Autor und Historiker Karlheinz Weißmann, entstammt der Göttinger Gilde; die Alltagsgeschäfte des Instituts führt Götz Kubitschek, langjähriger Aktivensprecher der DG und zeitweilig für das Ressort »Sicherheit und Militär« in der JF verantwortlich. Er ist auch die treibende Kraft in der Edition Antaios.

Mit diesen drei »Institutionen« ist ein Netzwerk von Akteuren entstanden, die arbeitsteilig miteinander kooperieren. Die JF konzentriert sich auf die Medienöffentlichkeit, das »INSTAPO« widmet sich Wissenschaft und Bildung sowie Politik- und Medienberatung; die Edition übernimmt die Publikation von Arbeitsergebnissen, die im Kontext dieses Netzwerks entstehen und insbesondere aus der Arbeit des Instituts resultieren.

Gildenschaftliche Traditionen

Die Deutsche Gildenschaft, der die oben genannten Personen entstammen, ist mittlerweile rund 80 Jahre alt. Damit ist diese »bündische Korporation« eine Organisation, die wie nur wenige andere die Kontinuität der Konservativen Revolution unter wechselnden gesellschaftlichen Bedingungen verkörpert. Die DG löste sich zwar 1935 auf, wurde aber 1958 neu gegründet. Für das Verständnis der Traditionen, aus denen sich das »INSTAPO« speist, ist der Anspruch der DG von zentraler Bedeutung, »der Volks- und Staatsgemeinschaft volkspolitisch vorgebildete, zum Einsatz in Staat, Politik, Wirtschaft und Kultur befähigte und bereite Hochschulabsolventen als künftige Führungskräfte zur Verfügung zu stellen« (H. Böhrsch). Welche Führungsaufgaben Gildenschafter zum Beispiel im Nationalsozialismus übernommen haben (trotz oder gerade wegen ihrer vorwiegend konservativ-revolutionären Einstellung), soll im Folgenden an einigen Beispielen aufgezeigt werden. Im wesentlichen berührten diese Aufgaben vier gesellschaftliche Bereiche. In der Nachkriegszeit wurde die Arbeit auf diesen Gebieten, selbstverständlich modifiziert, weitergeführt, so dass sich zum Teil klare personelle und ideelle Kontinuitäten erkennen lassen. Politisch platzierte sich die Gildenschaft im Übergangsfeld zwischen Konservatismus und Neofa-

Aufrüstung der CDU

schismus und besetzte sowohl Positionen zum Beispiel innerhalb und im Umkreis der NPD als auch Positionen in den Unionsparteien.

Am bekanntesten ist die Gruppe der »Volkstumsforscher« (Historiker, Soziologen, Volkswirtschaftler, Juristen) aus dem Umkreis der Gilden Skuld (Königsberg), Greif München, Greif Wien: Theodor Schieder, Werner Conze, Giselher Wirsing, Theodor Oberländer, Karl Heinz Pfeffer, Norbert Gürke, Ernst Anrich (Ernst Wurche), um hier nur die Prominentesten zu nennen. Sie alle arbeiteten besonders im Rahmen der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften an revisionistischen Konzepten für die Neuordnung Europas oder befassten sich, wie Günther Franz, mit Gegnerforschung im Reichssicherheitshauptamt. Nach dem Krieg war es vor allem der zum Bundesvertriebenenminister avancierte Theodor Oberländer, der mit Gildenbrüdern die Neuorganisation der Ostforschung betrieb. Anklänge an diese Tradition völkischer Wissenschaft finden sich bei Weißmann zum Beispiel in seinem Beitrag zur Leitkultur-Debatte (»Volkheit«) in der JF[1].

Ein zweiter Kreis von Gildenschaftern arbeitete im Bereich der Rassenpolitik und -hygiene, besonders an der Universität Jena, wo Karl Astel als Rektor und SS-Standartenführer eine SS-Musteruni aufbauen wollte. Hier wirkten auch Lothar Stengel von Rutkowski (nach dem Krieg Mitbegründer der »Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft«) und Gerhard Heberer. Der Rassenhygieniker Karl Thums arbeitete an der Reichsuniversität Prag und wurde nach dem Krieg Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der neorassistischen Zeitschrift »Neue Anthropologie«. Von hier führen direkte Bezüge zum berüchtigten »Heidelberger Manifest«, das in seiner Erstfassung von Oberländer und Helmut Schröcke unterzeichnet wurde.

Ein dritter Kreis baute bereits in der Weimarer Republik in Thüringen einen deutschchristlichen Pfarrerkreis auf, der dann den Grundstock bildete für die wichtigste deutschchristliche Organisation im Dritten Reich: die »Kirchenbewegung Deutsche Christen« (auch: Thüringer DC). Ihre Vordenker und Führer waren Siegfried Leffler und Julius Leutheuser, die als Ziel eine nationalsozialistisch orientierte Deutsche Nationalkirche anstrebten.

Einen vierten Kreis bildete in den sudetendeutschen Gebieten der von Othmar Spann inspirierte Kameradschaftsbund, der eine Zeit lang Führungspositionen in der »Sudetendeutschen Partei« Konrad Henleins besetzte. Zu nennen sind hier besonders Walter Heinrich, Walter Brand und Walter Becher (der spätere Sprecher der »Sudetendeutschen Landsmannschaft«/SL). Nach dem Krieg traf man sich mit den Leuten des explizit nationalsozialistischen »Aufbruch-Kreises« bei der Gründung des Witiko-Bundes, dem harten Kern der SL, um während des Kalten Krieges mit revanchistischen Parolen und Konzepten lange Zeit die Ostpolitik der SL und der Bundesrepublik zu beeinflussen.

Obwohl sich die Gildenschaft heute offiziell zur demokratischen Verfassung bekennt, leisten Mitglieder der DG, wie z.B. Karlheinz Weißmann, weiterhin signifikante ideologische und personelle Vermittlerdienste im Übergangsfeld zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. Das »INSTAPO« ordnet sich zweifellos in dieses Feld ein, allerdings mit einer speziellen strategischen Ausrichtung, auf die im Folgenden einzugehen ist.

Aufgaben und Struktur des Instituts

Im Vorfeld der Institutsgründung wurde in der JF und im »Ostpreußenblatt« eine PR-Kampagne gestartet, die mit der Formel vom »Reemtsma-Institut von rechts« für die nötige Aufmerksamkeit sorgen sollte. Unabhängig vom Aspekt des Sponsorings verweist der »Reemtsma«-Slogan auf die dem Institut zugedachte Funktion, nämlich »eine Plattform für unabhängige Forschung und Bildungstätigkeit« (JF 7/00) zu bieten und »Forschung, Information und Orientierung« (Weißmann) in institutionalisierter Form miteinander zu verknüpfen, um die Öffentlichkeit zu beeinflussen. Das Konzept kann in etwa wie folgt beschrieben werden.

Forschungs- und Publikationstätigkeit

Laut Präsentation im Internet will das Institut fünf Arbeitsfelder abdecken, die für die Erringung der kulturellen Hegemonie von Relevanz sein könnten: An erster Stelle steht die Aus-







einandersetzung mit der künftigen »Rolle des Staates im 21. Jahrhundert«. Gegen den inneren Feind, »die politische Linke«, richtet sich ein zweiter, gegen die Bedrohung der völkischen Substanz durch »Zuwanderung und Integration« ein dritter Arbeitsbereich. Den internationalen Beziehungen widmet sich das Institut unter dem bezeichnenden Titel »Polemologie (Kriegs- und Konfliktforschung)«. An fünfter Stelle folgt das gildenschaftliche Steckenpferd »Erziehung und Bildung«.

Zu diesen Arbeitsfeldern sollen Publikationen und wissenschaftliche Arbeiten finanziell und inhaltlich gefördert und verbreitet werden. Erste Ergebnisse sind im Internet abrufbar. So will die Studie »Zuwanderung nach Deutschland. Chancen, Mythen, Risiken« Argumente bereitstellen, warum das Thema Einwanderung nicht aus den Debatten des nächsten Bundestagswahlkampfs herausgehalten werden darf.

Bildungstätigkeit

In der Salzburger Erklärung der Deutschen Gildenschaft von 1992 heißt es: »Die Deutsche Gildenschaft (ist eine) akademische Erziehungsgemeinschaft mit nationaler Überzeugung und bündischer Tradition.« Von dorther begründet sich der wichtige Arbeitsbereich »Erziehung und Bildung«, der wohl die Aufgabe hat, Konzepte zur »Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses« zu entwickeln.

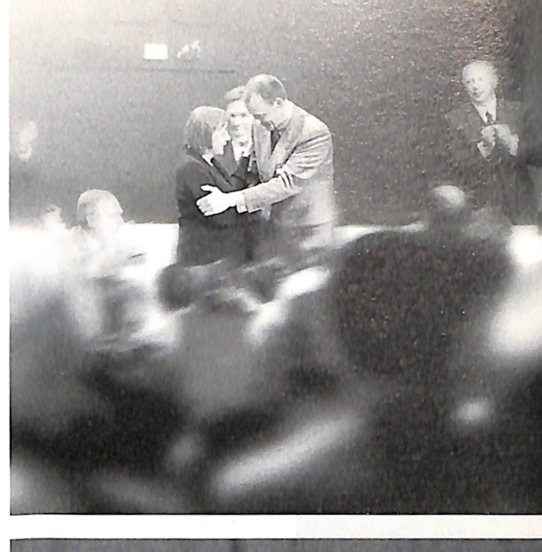
Diesem Zweck dient auch die Einrichtung von Sommer- und Winterakademien. Die erste Sommerakademie hat im August 2000 stattgefunden. Zum Thema: »Krisen« referierten neben Weißmann die »Zitelmänner« Alexander Schuller und Reinhart Maurer, die sog. 89'er von der »Jungen Freiheit«, Ellen Kositza und Baal Müller, sowie MUT-Autor Siegfried Uhl und Stefan Madinger. Die Winterakademie (vom 15.–18. Februar) hat sich mit einem der Lieblingsthemen der Rechten, dem »Mythos«, beschäftigt.

Reideologisierung des Konservatismus als strategisches Ziel

Wenn Weißmann von »Orientierung« als einer der wesentlichen Aufgaben des »INSTAPO« spricht, so spielt er auf die strategischen Intentionen der Institutsgründer an, denen die Forschungs-, Publikations- und Bildungstätigkeit untergeordnet ist. Man will eine Debatte über die zentralen Themen der heutigen intellektuellen Rechten initiieren. Bei einer Diskussionsveranstaltung im September 2000 mit Repräsentanten des neoliberalen Flügels der intellektuellen Rechten (Roland Baader, Lothar Höbelt) und einem Globalisierungskritiker wie Alain de Benoist ging es beispielsweise um die Modalitäten heutiger Liberalismuskritik. Weißmann war sichtlich um Vermittlung bemüht.

Neben der Pflege der Debattenkultur rücken jedoch Äußerungen Weißmanns eine andere Perspektive stärker in den Mittelpunkt. Sein Credo lautet inzwischen: »Die CDU wird bis auf weiteres die einzige nichtlinke Partei von Bedeutung bleiben« (Ostpreußenblatt 5/00). Also eine klare Absage an nationalkonservative oder rechtsliberale Gruppierungen außerhalb der Unionsparteien als primäre Bezugspunkte der Institutsarbeit! Es geht um die Reideologisierung des Konservatismus innerhalb der Unionsparteien in einer Zeit, in der zum einen die nationalbewussten Kräfte in der CDU ideologischer Schützenhilfe bedürfen und zum anderen die CDU insgesamt sich in einer Orientierungskrise befindet.

Er plädiert für die Entwicklung von mehrheitsfähigen politischen Konzepten, die die nationalkonservativen Kräfte befähigen sollen, in Hinblick auf eine sich krisenhaft verschärfende Situation »die Medienblockade innerhalb kürzester Zeit zu überwinden« und eine »Spontanzündung« im Bewusstsein der Bevölkerung hervorzurufen. Als Modellfall für Weißmanns Metaphysik des Augenblicks gilt die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, die bekanntlich erheblich zum Regierungswechsel in Hessen beigetragen hat.





▲ Götz Kubitschek, langjähriger Aktivensprecher der »Deutschen Gildenschaft« und zeitweilig für das Ressort »Sicherheit und Militär« in der »Jungen Freiheit« verantwortlich.

Vor diesem Hintergrund werden bestimmte Äußerungen Weißmanns in der erwähnten Diskussionsveranstaltung verständlich: Er sehe »keine Möglichkeit, dem Vorgang der Globalisierung zu entgehen« (JF 40/00), nur die Möglichkeit, die »Nation fit zu machen für den Konkurrenzkampf, der da auf uns zukommt«. Er hielt es sogar für eine »durchaus sinnvolle Konzeption«, Europa »mehr oder weniger in einen geschlossenen Handelsstaat zu verwandeln«. Das klingt recht staatstragend und ist offensichtlich berechnet auf die Stoßrichtung der Institutsarbeit, die Unionsparteien ideologisch aufzurüsten. Das »INSTAPO« hat sich denn auch in der Nähe von Frankfurt/Main angesiedelt. Bekanntlich verfügt die Deutsche Gildenschaft über gute Kontakte in die hessische CDU hinein, die es zu nutzen gilt. ■

1| Junge Freiheit, Nr. 46, 2000

Autor der »Jungen Freiheit« als Philosophieprofessor

»Junge Freiheit – Lokalredaktion Jena«

Die antifaschistische Hochschulgruppe Jena hat das Philosophische Institut in »Junge Freiheit – Lokalredaktion Jena« umbenannt. Aufgrund der Arbeit der Gruppe wird nun öffentlich über einen Kolumnisten des extrem rechten Blattes diskutiert, der dort bereits seit 1993 lehrt.

| »Pankraz trifft seine Leser«. Der Veranstaltungshinweis für den 8. Februar 2001 liest sich wie die Einladung zu einem Lesekreis der »Jungen Freiheit«. »Pankraz« ist das Pseudonym für Prof. Dr. Günter Zehm, einem ständigen Mitarbeiter der Wochenzeitung. Nicht die »Junge Freiheit«, sondern die Fachschaft Philosophie der Friedrich Schiller Universität Jena und das Philosophische Institut luden jedoch zu der Veranstaltung ein, denn Zehm ist Honorarprofessor in Jena und wird von Kollegen als »Bereicherung fürs Philosophische Institut« angesehen.

Zehms Kolumnen erschienen von 1975 bis 1989 in der Tageszeitung »Die Welt«, dann im »Rheinischen Merkur« und seit 1995 in der »Jungen Freiheit«. Dort war man dem als konservativ geltenden Professor für seine Beiträge ausgesprochen dankbar, denn das Blatt befand sich 1995 in einer existenzbedrohenden Krise. Mit dem ehemaligen Welt-Redakteur ließ sich das Image aufpolieren. Zehm hatte sich schon zuvor in der Grauzone zwischen Konservatismus und der extremen Rechten positioniert. Seine Eröffnungsrede des Colloquiums »Unrecht und Aufarbeitung« erschien 1992 in den rechtsextremen »Staatsbriefen«, von denen er sich später wieder distanzierte. Er unterzeichnete 1994 den »Berliner Appell«, der sich entschieden dagegen wandte, die »freiheitlich-demokratische Grundordnung durch eine antifaschistisch-demokratische zu ersetzen«, und den Solidaritätsappell für Rainer Zitelmann. Im Februar 2000 war er Referent der extrem rechten Münchener »Burschenschaft Danubia«. 1998 erschien ein Beitrag des Philosophieprofessors in »Wagnis Wahrheit«, einer Festschrift für den Holocaustleugner David Irving. Diesen hält Zehm für einen »angenehmen Zeitgenossen«, wie er Journalisten gegenüber äußerte. Er sei »ein interessanter Wissenschaftler, der nur die Quellen sprechen« lasse. Klare Stellungnahmen zur Holocaustleugnung finden sich auch in den »Pankraz«-Kolumnen der »Jungen Freiheit«. Dort beklagt Zehm »die rituelle Beschwörung des Holocaust (...) Politik, die in seinem Zeichen gemacht wird, instrumentalisiert den ewigen Racheschrei, den Unfrieden«. Die Wirklichkeit der Interessen und des Überlebens seien »nun einmal keine Angelegenheit für halbverblödete Vergangenheitsbewältiger (...) Sie helfen damit am Ende nur den Verbrechern«, welche »die Skrupel der Bewältiger rücksichtslos ausnutzen.«

Auseinandersetzung mit Rechtsruck in den Universitäten

Der antifaschistischen Hochschulgruppe geht es bei ihren Aktionen gar nicht um die Entlassung des »greisen Honorarprofessors«, sondern um die Meinungsbildung der StudentInnen und die Rolle der Universitäten beim Rechtsruck in der Gesellschaft. Laut Untersuchungen tendieren 15 Prozent der StudentInnen zu rechtsextremen Positionen. Bezeichnender als die Beschäftigung Zehms ist seine universitäre Verteidigung. Rektor Karl-Ulrich Meyn, setzte sich zwar Ende November an die Spitze einer Demonstration »gegen Gewalt und für Toleranz«, verurteilt die Kampagne gegen Zehm jedoch ausdrücklich. Kollegen bezeichnen ihn als »streitbaren konservativen Publizisten«. Der Veranstaltungstitel »Pankraz trifft seine Leser« hat keinen kritischen Anspruch und ist offensichtlich für jene bestimmt, zu deren regelmäßiger Lektüre die »Junge Freiheit« zählt. Die Hochschulgruppe will jedoch nicht mit, sondern über »Pankraz« diskutieren. Wie berechtigt diese Forderung ist zeigte sich auch während der Veranstaltung am 8. Februar. Zehm entzog sich kritischen Nachfragen zum politischen Standort »Jungen Freiheit« systematisch mit dem Hinweis, der Verfassungsschutz sei für ihn keine »Instanz des philosophischen Diskurses.« Das geht an der Kritik der Hochschulgruppe vorbei. »Rassismus lässt sich nicht verbieten«, heißt es in einem Flugblatt, »sondern nur durch eine breite Gegenmobilisierung, einen kollektiven Lernprozess und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen beseitigen.« ■

Weitere Infos und Dokumente:

http://www.japs-jena.de/antifahg

»Das Jahr, in dem wir Kontakt aufnehmen«

Im April findet in Göttingen ein Kongress unter dem Motto »Antifakongress 2001 – Das Jahr, in dem wir Kontakt aufnehmen« statt, der vom »Bündnis gegen Rechts Leipzig« (BgR) und zwei Gruppen der »Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation« (AA/BO) organisiert wird. Es soll um Perspektiven der antifaschistischen Arbeit und eine erneute Diskussion über Organisationsformen gehen. Da wir es wichtig finden, Diskussionen innerhalb der unabhängigen Antifa-Bewegung zu dokumentieren und wir als Redaktionskollektiv selber ein Interesse an Analysen und Perspektivdebatten haben, haben wir ein Interview mit Vertretern des BgR Leipzig und des »Antifaschistischen Aktionsbündnis A3« aus dem Nordosten Berlins über den »Stand der Antifa-Bewegung« geführt.

Neue Perspektiven? Ein Interview zu dem Antifakongress 2001

[AIB] Eure Gruppen bezeichnen sich als Bündnisse. Was heißt das für Euch? Was sind inhaltliche Kriterien in Eurer Bündnispraxis?

[A3] Für uns ist es am wichtigsten, dass wir zuerst unsere inhaltlichen Kriterien untereinander klar machen und danach auf die Bündnispartner zugehen. Wir schauen zuerst, was wir für einen Standpunkt haben und was wir erreichen wollen. Danach gucken wir, mit welchen Bündnispartnern können wir das erreichen und mit welchen nicht. Unabhängig vom Sommerloch sollte Bündnisarbeit so betrieben werden. Gesetzt den Fall, dass man nur eine Nazikneipe zumachen will, reicht es heute wahrscheinlich sogar, den Polizeiabschnittsbevollmächtigten anzurufen und zu sagen, dass da Nazis in der Kneipe sitzen. Will man aber Flüchtlinge unterstützen, dann fallen die Polizei, die Grünen und die SPD gleich automatisch als Bündnispartner raus. Auch wenn wir in unserer Bündnisarbeit kritisiert werden, weil wir in bestimmten Situationen mit den Grünen oder der PDS zusammen arbeiten, werden wir nicht aus Angst davor, uns unbeliebt zu machen oder nicht linksradikal zu erscheinen, davor zurückschrecken. Wir entscheiden danach, ob wir das Ziel, das wir uns gesteckt haben, mit den gewählten Bündnispartnern erreichen können.

[BgR] Wir sind auch dafür, Bündnisse einzugehen. Aber nicht um jeden Preis. Für uns besteht der Sinn einer Bündnisarbeit darin, eigene Inhalte durchzusetzen, sie nach außen publik zu machen und sich nicht zum Imagepfleger für andere zu machen. Aktion Noteingang hat sich beispielsweise für verschiedene Interessensverbände, Organisationen und Parteien einfach zu einer Imagepflege hergegeben. Dabei kann keine linksradikale Kritik formuliert werden. Es geht nicht, einfach nur froh zu sein, dass die Grünen auch mal auf uns zukommen. Es kann nicht sein, dass wir die Demos für sie organisieren und sie sich dort als tolle Zivilbürger in einer tollen Zivilgesellschaft hinstellen können.

[A3] Es ist ja nicht immer so, dass Bündnisarbeit eine Einbahnstraße ist. Bündnisarbeit ist die Annäherung von zwei unterschiedlichen Standpunkten auf ein bestimmtes Ziel hin. Wir haben bei uns vor Ort gesagt, dass Flüchtlinge geschützt werden müssen, da sie immer noch angegriffen werden. Insofern finden wir es in Ordnung, dass die Grünen z. B. in Eigenregie und in Zusammenarbeit mit dem Türkischen Bund versuchen, die Aktion Noteingang in Berlin wieder zu beleben und die Läden und Kneipen anzusprechen. Dass man damit keine linksradikale Politik macht, wissen wir. Aber das wussten wir auch schon vor fünf Jahren, als wir noch selbst Aktion Noteingang-Aufkleber verklebt haben.

[BgR] Bisher war Antifa ein Thema, das wir gut besetzen konnten. Natürlich ist Antifa wichtig, aber es war um so wichtiger, weil wir darüber Politik machen konnten und darüber



eine Gesellschaftskritik publik machen können. Das wird nach der Sommerloch-Debatte schwierig, weil man in der Menge der AntifaschistInnen untergeht. Deswegen müssen wir jetzt vermehrt auf Inhalt achten. Das sollte man in die Provinz vermitteln, die Bündnisarbeit brauchen – gerade in Ostdeutschland ist sie eine Existenzbedingung. Aber in den Großstädten sollte man nicht mehr wegen jedem Naziaufmarsch ein Bündnis eingehen, sondern nur noch dann – das ist eine Grundlinie des BgR – wenn Nazis durch Aufmärsche einen neuen Diskurs bestimmen könnten. Ein Beispiel aus der Vergangenheit ist der Nazi-Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung 1997 in München, mit dem die extreme Rechte einen geschichtsrevisionistischen Diskurs vorgab. In solchen Fällen muss die Antifa gegensteuern. Wir denken aber, dass die Nazis so schnell keinen neuen Diskurs bestimmen werden. Sie sind zur Zeit eher mit sich selbst beschäftigt und werden keine gesellschaftliche Relevanz mit den nächsten Aufmärschen erreichen.

[**AIB**] Seit dem Sommer 2000 wird breit über die extreme Rechte diskutiert. Was hat sich für Euch seit dem verändert?

[**A3**] Während des Sommerloches hat sich nichts verändert. Alle standen mehr oder weniger staunend davor. Seitdem Herbst gibt es bei uns Debatten, wie man damit umzugehen hat. Und seitdem gibt es auch Veränderungen: Wir hatten z.B. bis dahin nie mit den Grünen im Großbezirk Pankow zu tun, die plötzlich auf uns zugekommen sind. Bis zum Herbst hatten wir auch nie so viele Presseanfragen. Um Inhalte zu vermitteln, ist uns das auch nicht unrecht.

[**BgR**] Die Sommerlochdebatte kommt darin zum Ausdruck, dass bei Zeitungsfotos von Antifa-Demonstrationen nicht mehr »gewaltbereite Autonome« drunter steht, sondern »Bürger gegen Nazis«. Dass sich jetzt nicht alles auf einmal geändert hat, ist klar. Die Sache ist zweischneidig. Zur Zeit ist eine Generation an der Macht, die 1968 schon ernsthaft mit vielem gebrochen hat, die die Diskussion um die faschistische Vergangenheit eingefordert hat und die einen Bruch mit NS-Kontinuitäten wollte. Deswegen kann man nicht sagen, dieser staatliche Antifaschismus ist eine Zeitungsente, sondern ist durchaus ernst gemeint. Das sieht man an der Aufweichung des deutsche Blutsrechtes, an den Debatten um die Green-Card oder das Holocaust-Mahnmal. Letztendlich muss man schauen, warum das passiert. Der völkische Rassismus ist hinderlich für eine Modernisierung des Standorts Deutschland. In dem taugen die Nazis nicht mehr als Verkörperung des »Volkszorns«. Der Staat möchte sich das Gewaltmonopol zurückerkämpfen und will nicht, dass von Nazis Politik auf der Straße gemacht wird. Früher waren Nazis Stichwortgeber und Tabubrecher, z. B. für die Einschränkung des Asylrechts. Das sind sie heute nicht mehr. Nazis halten heute für Demokratieabbau, Diskussionen um die Kürzung des Demonstrationsrechts und zur Legitimierung von Überwachung und Parteienverbot her, aber nicht mehr für rassistische Gesetzesveränderungen.

[**AIB**] Das BgR hat die Ankündigung für den Antifa-Kongress »Das Jahr in dem wir Kontakt aufnehmen« mit veröffentlicht. Dort schreibt Ihr, dass die Antifa-Organisierung der 90er Jahre an ihre Grenzen gelangt ist. Wo seht ihr die Ursachen des Scheiterns dieser Ansätze?

[**BgR**] Es ist nicht nur das Scheitern einer Organisierung, sondern dieses Scheitern ist stark an Inhalte geknüpft. Einer-

Das »Antifaschistische Aktionsbündnis A3« organisiert und koordiniert seit zwei Jahren Antifa- und Antira-Aktivitäten im Nordosten Berlins. Es versteht sich als Bündnis, das sich aus autonomen Antifas, PDS, einem bürgerlichen Bündnis aus Pankow und dem Bund der Antifaschisten (BdA) zusammen setzt. Eine bundesweite Aktionen des A3 waren die Demonstrationen gegen die REP-Bundeszentrale in Berlin.

Das »Bündnis gegen Rechts Leipzig« hat sich 1996 vor allem wegen der Situation in Wurzen gegründet. Es entstand ein Bündnis aus autonomen Antifas, Grünen, Gewerkschaften und PDS. Im Laufe der Zeit hat sich jedoch eine eigenständige Autonome Antifa-Gruppe gebildet, die zu »national befreiten Zonen« und dem »rassistischen Konsens« gearbeitet und mehrere Demonstrationen in Wurzen organisiert hat. Bundesweite Aktionen waren die Gegendemonstrationen 1997 und 1998 zu den Naziaufmärschen in Leipzig und 1999 der »Verstärker Kongress«.

seits gab es das Bundesweite Antifa Treffen (BAT), andererseits die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO). Das BAT war ein eher unverbindlicher Rahmen, während die AA/BO auf kontinuierliche Teilnahme von Gruppen gehofft hat. Hinter diesem ganzen Aktionismus kamen aber die Inhalte zu kurz. Es gab Phrasen wie die vom »revolutionären Antifaschismus«, die aber kaum gefüllt werden konnten. Meist hieß der Aktionismus, Feuerwehrpolitik gegen Naziaufmärsche zu machen. Die Sommerdebatte des letzten Jahres hat noch mal offen gelegt, dass in der Antifa-Bewegung außer reiner Anti-Nazi-Politik kaum mehr Inhalte vorhanden sind und dass dadurch viele Gruppen Probleme mit ihrer eigenen Identität haben.

[A3] Aus unserer Arbeit der vergangenen zwei Jahre können wir nicht sagen, dass eine Organisierung nicht geklappt hätte. In unserem lokalen Rahmen hat es funktioniert, wir haben es geschafft, unterschiedliche Antifagruppen kontinuierlich in einem Bündnis zu organisieren. Ich finde aber auch, dass bei jeder Organisierung darauf geachtet werden muss, wie es mit den theoretischen Grundlagen steht. Die sind bei uns genauso gut oder schlecht vorhanden wie bei den meisten anderen Antifa-Gruppen. Auch wir halten es für notwendig, sich in nächster Zeit explizit darüber auseinander zu setzen, wie man mit dem staatlichen Antifaschismus und der damit einher gehenden Problematik für Antifa-Gruppen auseinandersetzt. Deshalb diskutieren wir auch, wie es in nächster Zeit weitergehen kann, welche Themenschwerpunkte wir uns setzen und inwiefern die Bündnisarbeit weitergemacht wird oder wir uns dabei Grenzen setzen.

[AIB] Habt Ihr denn Erfahrungen mit bundesweiten Organisierungen?

[A3] Wir haben keine großen Erfahrungen mit bundesweiten Organisierungen außer bei Demonstrationen. Wir kennen das meiste nur aus Zeitschriften und Verlautbarungen. Uns haben sowohl das BAT als auch die AA/BO eher abgeschreckt – z. B. einerseits die Verbindlichkeit, so oft zu Treffen auswärts zu fahren, weil es schon unser Anspruch wäre, dann auch kontinuierlich dabei zu sein. Wir wussten, dass wir das nicht gewährleisten können. Andererseits schreckt die interne Zerstrittenheit uns ab, wie man denn bundesweit agieren sollte – ob nun im BAT oder der AA/BO oder mit keinem von beiden.

[AIB] Was erwartet Ihr Euch denn von einer Organisierung? Braucht Ihr die in Eurer Arbeit?

[A3] Konkret vor Ort brauchen wir bundesweite Organisierung, z. B. in der Frage, wie inhaltliche Debatten bundesweit oder in der Zukunft auch europaweit geführt werden. Das wäre eine der Hauptaufgaben der bundesweiten Organisierung. Andererseits ist auch schnelle Nachrichtenübermittlung wichtig, z. B. wie nach den Morden in Eberswalde oder Dessau, damit wir dort intervenieren oder Zeichen setzen können. Dafür muss es bundesweite Strukturen geben – aber nicht solche wie bisher.

[AIB] Ihr vom BgR sagt, dass weder das BAT noch die AA/BO eine Option sind. Was ist denn dann Eure Vorstellung von Organisierung?

[BgR] Unsere Zielsetzung ist, ein Podium zu schaffen, in dem bundesweite Diskussionen geführt werden und über Strategien diskutiert werden kann. In den kleineren Städten gibt es AktivistInnen, die kaum eine Anbindung an Diskussionen oder überhaupt an Organisierung haben. Den kleineren Gruppen fällt es oft schwer, sich überhaupt noch in einer linksradikalen Szene zu verorten. Sie fühlen sich zwar noch als ein Teil davon, haben aber keine richtigen Ansatzpunkte, um das Gefühl zu verwirklichen. Eine Organisierung könnte auf jeden Fall bewerkstelligen, dass alle an den Diskussionen teilnehmen können.

[AIB] Die AA/BO will Antifa immer mit revolutionären Antifaschismus verbinden. Das BAT verstand Antifa als Teilbereich der linksradikalen Bewegung. Zwei sehr konträre Analysen und zwei konträre Organisationsmodelle. Was unterscheidet eure Idee zum Kongress von diesen beiden Modellen?

[BgR] Uns liegt der AA/BO-Ansatz wegen deren Kontinuität und Verbindlichkeit näher. Aber unser Ansatz unterscheidet sich dahingehend, dass wir sagen: Der reine Aktionismus, der beide Organisationen teilweise schon ausgezeichnet hat, greift eindeutig zu kurz. Jetzt sind erst mal Diskussionen wichtig. Wir haben noch kein Organisierungsmodell im Kopf, das wir bei dem Kongress auf dem Tablett servieren wollen. Der Kongress soll ein Anfang für inhaltliche bundesweite Diskussionen sein, aus welchem sich ein Diskussionsrahmen ergibt. Längerfristig wollen wir hieraus ein Organisationsmodell entwickeln.

[A3] Antifa und linksradikale Politik haben in Wirklichkeit nichts miteinander zu tun. Antifa ist eine Abwehrreaktion gegen eine faschistische Bedrohung. Antifaschismus war Zeit seiner Existenz nie nur ein Teil der Linken, sondern immer auch von anderen gesellschaftlichen Gruppierungen getragen. So sollte man dies auch sehen. Linksradikale haben in der Antifa zu wirken, um ihre Inhalte zu verbreiten. Andersherum wird es auch dann noch eine Antifa-Bewegung geben, wenn Linksradikale keine Antifa-Arbeit mehr machen. Insofern haben sich beide Ansätze für uns als nicht richtig erwiesen.

[BgR] Wir wollen jedenfalls in Zukunft nicht mehr stringent an einem Thema festhalten. Der revolutionäre Antifaschismus, der immer so im Gespräch war, will ja über Antifa revolutionäre Inhalte vermitteln. Uns als BgR ist Antifaschismus als Themenfeld aber auch wichtig, nicht nur als Hebel für irgendwas. Wir wollen aber trotzdem linksradikale Politik machen und nach danach unsere Themenfelder bestimmen.

[AIB] 1999 habt Ihr den Verstärker-Kongress organisiert, wo die Vorgabe auch inhaltliche Diskussionen waren. Was wollt ihr anders oder ähnlich machen?

[BgR] Wir denken, dass der Verstärkerkongress in der Brandbreite seiner Inhalte ganz gut angelegt war. Nur resultierte daraus nichts. Es ist keine neue Diskussionsplattform entstanden. Das soll nicht wieder passieren. Der Kongress in Göttingen soll ein Anfang einer kontinuierlichen Diskussion werden. Die Themen sind ja eingegrenzter, Prämisse sollen die zukünftigen Analysen und Ziele der linksradikalen Bewegung sein. Uns liegt daran, den Organisierungszusammenhang so zu konstituieren, dass es auch für nicht so starke Gruppen möglich ist, sich einzumischen. Deshalb wird im Zusammenhang mit dem Kongress auch ein neues bundesweites Zeitungsprojekt vorbereitet, wo die inhaltlichen Diskussionen bundesweit transparent gemacht werden sollen.

[AIB] Was würdet Ihr von so einem Kongress erwarten?

[A3] Die größte Erwartung wäre, dass sich in der Praxis etwas ändert. Dass Modelle erarbeitet werden, wo man sich langsam aber sicher aus dem Anti-Nazi-Kampf herausziehen kann und ihn den bürgerlichen Partnern überlassen kann. Dass wir die dadurch gewonnene Zeit für eigene attraktive Politik nutzen können.

[BgR] Der Kongress nennt sich Antifa-Kongress, er ist auch mit einer Auswertung der letzten zehn Jahre verknüpft. Grundlegend geht es aber gar nicht nur um Antifa. Wichtiger sind die Fragen, weshalb gibt es etwa die Trennung von Antifa und Antira? Gibt es überhaupt linksradikale Antira-Gruppen? Wie können wir mit solchen Antira-Gruppen zusammenarbeiten? Wir versuchen nicht nur Antifa-Gruppen anzusprechen, sondern fordern alle restlichen linksradikalen Gruppen bundesweit dazu auf, sich an einem neuen Diskussions-organisierungszusammenhang zu beteiligen, der keine alleinige Antifa-Beschränkung haben soll.

[AIB] Dann ist der Titel »Antifa-Kongress 2001« aber irreführend. Und mit wem soll eigentlich Kontakt aufgenommen werden, wenn doch eher eine Abschottung nach Außen stattfindet? Mit allem, was Ihr sagt und schreibt, richtet sich der Kongress an linksradikale Gruppen. Wo bleibt die Auseinandersetzung mit den Leuten, die schon vor der Sommerloch-Debatte Antifa- und Antira-Arbeit gemacht und sich nicht im linksradikalen Lager verortet haben? In welchem inhaltlichen Rahmen soll mit denen diskutiert werden?

[BgR] Es soll auf jeden Fall ein linksradikaler Kongress werden. Die bürgerlichen Kräfte werden nicht außer acht gelassen, sie spielen aber beim Kongress keine Rolle. Das BgR arbeitet beispielsweise parallel dazu auch an einem Regional-Konzept, wo sachsenweit bürgerliche Kräfte einbezogen werden sollen.

[AIB] Danke für das Gespräch.

»Mehr Angst vor der Polizei als vor Neonazis«

Mit Massenfestnahmen gegen AntifaschistInnen

Die »Kultur des Hinschauens« ist in Nordrhein-Westfalen schon wieder verboten. Beim Protest gegen Naziaufmärsche wurden im letzten Herbst weit über 1000 AntifaschistInnen festgenommen. Gegen Einkesselungen und Massenfestnahmen hat sich breiter Protest gebildet, die Behörden sind mit Klagen und Dienstaufsichtsbeschwerden konfrontiert.



| Als am 16. Dezember 2000 rund 200 Anhänger der »Freien Kameradschaften« in Dortmund aufmarschierten, stand das bundesweit mobilisierte Polizeiaufgebot überwiegend mit dem Rücken zu den Neonazis. Daher entging den Beamten wohl auch, dass während des Aufmarsches mehrfach gegen die Auflagen verstoßen wurde, und sie griffen nicht ein. Mit Straßensperren, Wasserwerfern und Räumpanzern war ein ganzes Stadtviertel hermetisch abgeriegelt worden. In dieser »national befreiten Zone« konnten die Nazis unbehelligt von Protesten einen gespenstischen Mummenschanz abziehen. Die von Ralf Tegetoff von der Kameradschaft Rhein-Sieg zum Besten gegebene Goebbelskopie hätte für sich genommen bereits einen Verbotsgrund darstellen müssen.

Die Repression richtete sich jedoch ausschließlich gegen fast 600 AntifaschistInnen, die in Sicht- und Hörweite gegen den Naziaufmarsch protestieren wollten. Sie wurden erst eingekesselt und dann festgenommen. Bis zu sechs Stunden mussten die überwiegend jugendlichen Antifas unter den üblichen Schikanen und bei klirrender Kälte ausharren, bevor sie mit auf dem Rücken gefesselten Händen ins Polizeigefängnis abtransportiert wurden. Nur 22 der Festgenommenen wird die angebliche Begehung von Straftaten vorgeworfen. 573 Menschen wurden mit der Begründung der »Gefahrenabwehr« festgenommen, ein reiner Vorwand, da die Neonazis zu dem Zeitpunkt längst aus der Stadt eskortiert worden waren. Zuvor hatte die Polizei ungefähr die Hälfte der Wegstrecke der Demonstration eines breiten Dortmunder Bündnisses verboten, die in die Nähe des Naziaufmarsches ziehen wollte. Der unverhältnismäßige und brutale Polizeieinsatz diente allein der Diskriminierung und Kriminalisierung von antifaschistischem Protest. Bereits am 21. Oktober waren in Dortmund 300 AntifaschistInnen eingekesselt, festgenommen und mit Verfahren überzogen worden. Eine Woche später war es in Düsseldorf zu Massenfestnahmen von über 200 Menschen gekommen. Das Ruhrgebiet ist derzeit erklärter Aktionsschwerpunkt der »Freien Kameradschaften«.

Nordrheinwestfälische Polizeilinie

Sowohl Betroffene als auch Eltern von festgenommenen Jugendlichen haben sich gegen die Polizei-Gewalt organisiert und zahlreiche Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden gegen den Dortmunder Polizeipräsidenten eingereicht. Darunter auch eine des Kamener Juristen und Beigeordneten Heiner Flaskamp, pikanterweise auch Leiter des Ordnungsamtes. Er wirft dem Polizeipräsidenten Hans Schulze Freiheitsberaubung, Kindesentzug und Körperverletzung vor. Sein Sohn hatte mit der Kamener Gruppe »Zivilcourage« gegen den Neonaziaufmarsch protestiert.

Die Massenfestnahmen in Dortmund sind jedoch nicht mit dem repressiven Vorgehen eines besonders »scharfen« Polizeipräsidenten zu erklären. Während einer Anhörung im Landtag am 25. Jannuar 2001 erklärte der Vertreter des Innenministeriums, Hans-Dieter Glietsch, das Vorgehen der Polizei entspreche der »nordrheinwestfälischen Linie«. Auch die »Notgemeinschaft betroffener Eltern, deren Kinder am 28.10.2000 inhaftiert wurden« sieht eine systematische Vorgehensweise, die auch Parallelen zu Polizeieinsätzen in Bonn oder Ahaus zeige. Selbst SPD-Abgeordnete zeigten sich nach der Anhörung erschüttert über die erdrückende Vielzahl der Beispiele von Polizei-Repression gegen jugendliche AntifaschistInnen. Ein Jugendlicher hatte die Stimmung der Betroffenen auf den Punkt gebracht: »Nach diesen Erfahrungen habe ich mittlerweile mehr Angst vor der Polizei als vor den Neonazis«. ■

Das Nachspiel vor Gericht

Die stundenlange Einkesselung von rund 600 AntifaschistInnen in Dortmund war unrechtmäßig. Das stellte das Oberverwaltungsgericht Münster Anfang März in einem Eilverfahren fest. Eine Versammlung könne nur durch Auflösung beendet werden, nicht durch Einkesselung und Festnahme. Nach diesem Urteil können DemonstrantInnen nun Schmerzensgeldansprüche gegenüber der Polizei geltend machen, so Anwalt Reiner Budde. Dies soll nun massenhaft geschehen, um der Polizei deutlich zu machen, dass ihr willkürliches Vorgehen nicht hingenommen wird.

▶ LeserInnenbrief zu antifaschistischen Perspektiven

Schwerpunkt Ausgabe 50

Liebe GenossInnen,

mit großem Interesse habe ich euer letztes Heft gelesen, da es natürlich sehr wichtig ist, sich mit der Frage nach Perspektiven und Handlungsansätzen antifaschistischer Politik auseinander zu setzen. Dennoch oder gerade deshalb muss ich einige Kritik an den Texten »Wenn die Nacht am tiefsten ist...« sowie »Rückblicke und Ausblicke« üben.

Die Analysen des ersten Textes reichen an einigen Stellen nicht über bürgerliche Ansätze hinaus. Dies wird an der typischen bürgerlichen These deutlich, dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland damit zu erklären sei, dass die Menschen dort die »Demokratie« noch nicht gelernt hätten. [...] Doch welche Schlüsse sollen nun daraus gezogen werden? Die in Ostdeutschland lebenden Menschen müssen erst einmal lernen, was Demokratie bedeutet? Ihr lauft damit Gefahr, diese bürgerliche Argumentation zu übernehmen und dabei den »demokratischen Rechtsstaat« zu verteidigen. Als Ursache für Rassismus und Faschismus wird mal wieder die Perspektivlosigkeit der Menschen hochgehalten (auch nicht neu), wenn es heißt »Die meisten wissen kaum etwas über Aufenthaltsbeschränkungen, Wertgutscheine und Arbeitsverbot. Wichtig ist ihnen aber, dass damit lästige Konkurrenz verhindert wird« (S.6) Hiermit fällt die Analyse für den erstarkenden Rechtsextremismus hinter die zu Beginn des Textes genannte These zurück, in der ausdrücklich ein Zusammenhang zwischen diesem und dem »ideologischen Gebilde des völkischen Nationalismus« (S.5) hergestellt wird. Die These von der »Faschisierung der Gesellschaft«, die an die Propaganda von K-Gruppen und der RAF erinnert, lese ich bei euch aus dem Abschnitt heraus, in dem ihr »jede Maßnahme, die die individuellen Freiheitsrechte einschränkt [...] einen Schritt in Richtung Rechtsextremismus« (S.6) nennt. Als Beleg wird dann neben diversen Formen von staatlichem Rassismus die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen genannt. Auch wenn am Ende des Artikels dann der positive Bezug auf den Staat als Garant für Demokratie, Gleichheit usw. als Fehlinterpretation des bürgerlichen Staates aufgezeigt wird, schreien alle vorherigen Ausführungen danach, genau in diese Falle zu tappen. Denn wenn ich tatsächlich davon ausgehe, dass jede Form von Einschränkung der individuellen Freiheitsrechte, sofern diese überhaupt bestehen, rechtsextremistisches Gedankengut pushen, bleibt fast automatisch die Forderung nach »individuellen Freiheitsrechten« im Sinne der bürgerlichen Demokratie.

Auch der zweite Artikel enthält meiner Meinung nach einige kritikwürdige Ansätze. Ihr hebt die mangelnde Vertretung/Verbreitung von Utopien durch radikale Linke im allgemeinen bzw. im besonderen durch AntifaschistInnen hervor. [...] Wenn keine Utopien mehr aufgezeigt werden – worunter ich jetzt einfach mal die groben Vorstellungen von einer anderen Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, keinen Rassismus, Sexismus, Faschismus usw. mehr gibt, in der alle Menschen auf völlig gleichberechtigter Ebene solidarisch zusammen leben, verstehe – dann liegt das vielleicht auch daran, dass die antifaschistische Bewegung nicht revolutionär sein kann, da sie lediglich eine »Abwehrbewegung« sei, was ich nicht teile. Wie definiert ihr denn revolutionär? Ist es nicht schon ein Stück weit revolutionär, heute antinationale, antirassistische, antisexistische Positionen öffentlich zu vertreten? Sind nicht alle Bewegungen zu bestimmten Schwerpunktthemen (Anti-Castor, Antifa, Antira usw.) »Abwehrbewegungen«, die zunächst einmal die schlimmsten Auswüchse des jetzigen Systems bekämpfen? [...] Ich denke, dass es einfach wichtig ist, sich neben reiner antifaschistischer Arbeit (Outing, Demos usw.) auch mit anderen politischen Bereichen zu befassen, das Eine schließt das Andere ja nicht aus. Eure Kritik an der Parole »Antifa heißt Angriff« kann ich auch nur zum Teil nachvollziehen. Wenn sie tatsächlich so dargestellt wird, dass sie nur junge, starke Menschen impliziert, die fähig sind, einen »Angriff« durchzuführen, ist dies natürlich problematisch. Für sich genommen steht die Parole aber einfach für eine Form von Selbstbewusstsein; die Faschos sollen mit allen Mitteln zurückgeschlagen werden. Dabei muss der »Angriff« ja nicht nur als physische Gewalt dargestellt werden, sondern kann sich ja auch auf verbaler Ebene, durch inhaltliche Arbeit usw. abspielen. Antifaschismus als reines Abwehrkonzept könnte ja auch schnell so gedeutet werden, dass der Kampf gegen Faschos erst dann bedeutsam ist, wenn diese mich selber bedrohen. Somit wäre antifaschistische Politik fast etwas passiv, nach dem Motto »Reagieren statt agieren«. [...]

Einen weiteren Kritikpunkt in euren Ausführungen sehe ich in dem positiven Bezug auf Begriffe wie »Menschenrechte« und »Gleichberechtigung«, in deren Genuss viele Menschen in Deutschland nicht kommen. Dies klingt so moralisch und empört! Dabei erklärt ihr doch selber, dass es in der Logik des Nationalstaates liegt, eine vermeintlich natürliche Gemeinschaft zu schaffen, zu der eben nicht alle Menschen gehören. Ausgrenzungsmechanismen ergeben sich aus der Logik dieses Staates. Eine konsequente Gleichberechtigung von allen Menschen ist im Kapitalismus ebenfalls nicht möglich. Auch Außenminister Fischer bezieht sich auf »Menschenrechte« wenn Deutschland sich wieder fleißig an Kriegen beteiligt...

Es dürfte wohl (hoffentlich) allen (Rest)linken AktivistInnen klar sein, daß wir das kapitalistische System nicht alleine abschaffen können, aber wir dürfen auch nicht eigene Positionen zurückstellen, denn ansonsten endet der von euch so titulierte »revolutionäre Reformismus« sehr schnell in hilflosen Versuchen, die bestehende (Un)ordnung reformieren zu wollen. Antifaschismus würde dann zu einer moralischen, caritativen Angelegenheit verkommen. [...]

Mit solidarischen Grüßen,
Eure Dagmar (Göttingen)

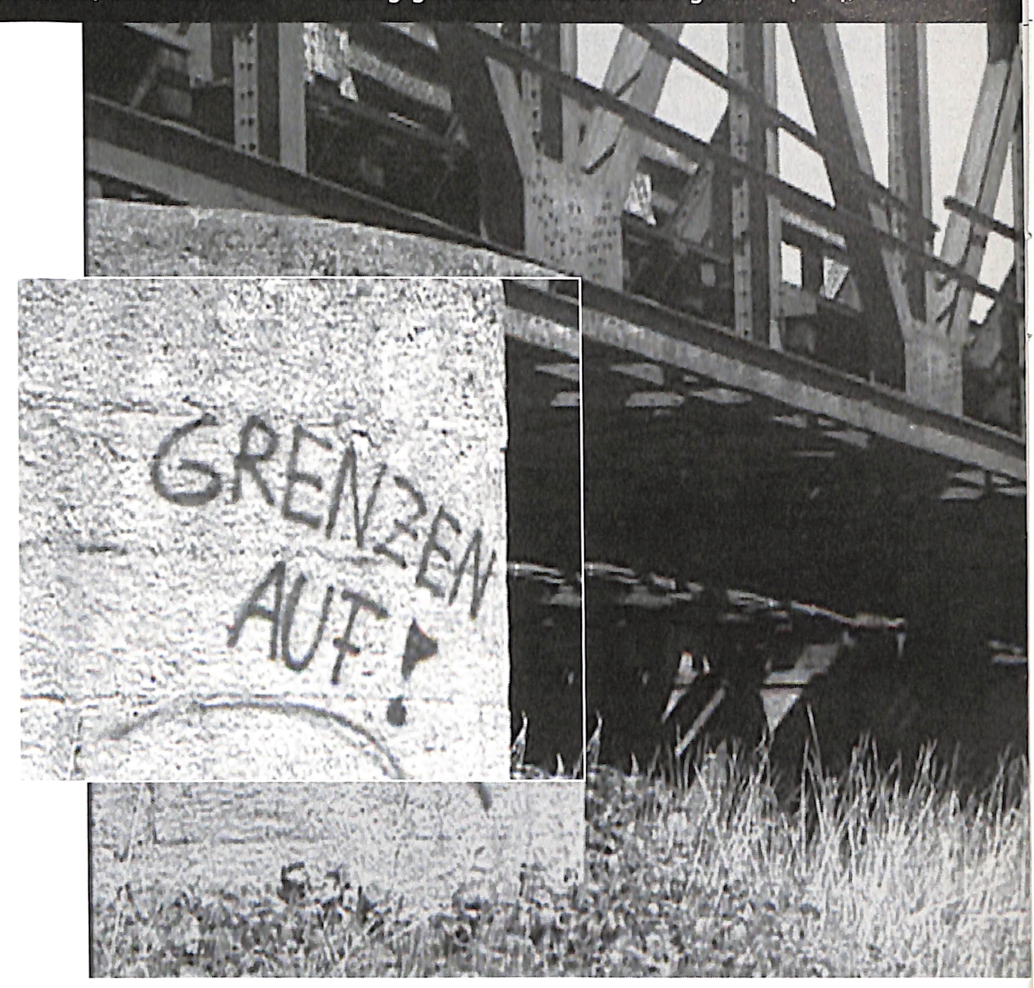
| Anm. der Redaktion

Wir mussten diesen LeserInnenbrief aus Platzgründen leider etwas kürzen. Die Auslassungen sind durch [...] kenntlich gemacht.

:GastBeitrag

von Helmut Dietrich, Mitarbeiter der »Forschungsgesellschaft Flucht und Migration« (FFM), Berlin

31. März 1999: Der Krieg um den Kosovo ist seit einer Woche im Gange. In den Tagen zuvor hat Außenminister Fischer Auschwitz an die Wand gemalt, Kriegsminister Scharping hat ein KZ in Pristina ausgemacht. Am Morgen berichten die Tageszeitungen, dass Innenminister Schily zusammen mit den anderen EU-Staaten und internationalen Organisationen ein »Soforthilfeprogramm für die Versorgung der Zehntausende von Flüchtlingen« vorlegen würde, um eine »humanitäre Katastrophe zu verhindern«. Die Flüchtlinge sollten keine Aufnahme in den EU-Ländern finden, sondern in den »unmittelbar betroffenen Krisenregionen« gehalten werden.



Fluchthilfe Kosovo-Berlin

Ein Prozeß und die Abschottung der Schengen-Grenzen

| An dem selben Morgen soll um drei Uhr früh eine Kosovarin aus Berlin mit ihrer Mutter im Kosovo telefoniert haben. Wir wissen nicht, was die Mutter ihrer Tochter berichtete: Ob NATO-Bomben in ihrem Ort einschlugen, ob die jugoslawische Armee und die serbische Polizei gerade die Albanischsprechenden ihres Ortes vertrieb oder ob sich die Menschen selbständig auf die Flucht machten. Wir wissen nur: Eine Spezialeinheit der Berliner Polizei hörte angeblich ein solches Gespräch ab und behauptet in einem derzeit laufenden Prozess, die Mutter habe gesagt, »das Geld sei jetzt sicher im Garten der Familie vergraben«.

Dieses Telefonat ist eines der Beweisstücke in dem größten Prozess gegen FluchthelferInnen, die auch während des Kriegs kosovarische Flüchtlinge auf die heimliche Reise über Ungarn, die Slowakei, die Tschechische Republik bis nach Deutschland gebracht haben sollen. In der 641-seitigen Anklageschrift, in der dieses Telefonat erwähnt ist, finden sich kein einziges Mal die Wörter »Krieg«, »Bombardement« oder »Vertreibung«. In den transkribierten, willkürlich zusammengefassten Telefongesprächen wird wohl ein Teil der deutsch-kosovarischen Realität des Community-Lebens als Tonfetzen festgehalten sein: Angesichts des Kriegs und der Manipulation der Informationen wird es darum gegangen sein, was tatsächlich im Erfahrungskreis der Telefonierenden passierte und was sie einander empfahlen. Wie ist es möglich, dass die Polizei aus der sozialen Lage der bedrängten Zivilbevölkerung im Krieg ein Feindbild herausinterpretiert – das der »Illegalen«, der »Schlepper und Schleuser«? Wie verwandeln sich die zivilen, fliehenden Opfer des Kriegs in angebliche Feinde der westlichen Gesellschaft?



»Die neue Grenzpolitik geht nicht nur über die auswärtigen Bevölkerungen hinweg und formt sie zu Hinterhof-Insassen. Sie erfasst auch unsere gesellschaftliche Praxis, sie dehnt sich nach Innen aus.«

Die größte Lauschoperation der Berliner Spezialpolizei lief während des Kriegs, als die Vertreibungen zur Legitimation des Kriegs herangezogen wurden. Aus der Anklageschrift geht hervor, dass die Telefonüberwachungen genau zu dem Zweck angeordnet wurden, um die Fluchtwege aus dem Kosovo nach Berlin zerschlagen zu können.[1]

Die Flüchtlinge, die während des Kriegs aufbrachen und deren Daten von der deutschen Polizei erfasst wurden, wurden für ihre Reise von Angehörigen finanziell unterstützt. Einen Teil der Fluchtkosten zahlten sie im Kosovo, ein anderer Teil wurde in Deutschland von den Verwandten eingezahlt. Die Reise aus dem Kriegsgebiet heraus und dann durch die Transitländer dauerte damals eine Woche bis einen Monat und kostete pauschal 3.000 D-Mark. Angesichts der Aufwendungen für Beförderung, Bestechung und Logis ist der Preis eher fair als gewinnträchtig. Das ist der Kontext der angeblichen Gelder, die am 31. März 1999 unter Bomben und serbisch-jugoslawischen Vertreibungsattacken in einem Familiengarten verbuddelt worden sein sollen. Den Angeklagten drohen wegen dieser Anschuldigungen in dem bevorstehenden Verfahren am Berliner Landgericht bis zu zehnjährige Haftstrafen.[2]

Einige Nebenangeklagte haben, so stellte sich zu Prozessbeginn heraus, vor Kriegsbeginn und in den ersten Kriegstagen fast alle ihre Angehörigen verloren. Jugoslawisch-serbische Einheiten haben sie erschossen. Diese Angeklagten wurden zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt, weil sie während des Kriegs heimlich in die Bundesrepublik Deutschland eingereist waren.

Aus Menschen werden »Illegale«

Diesen Prozess in Berlin können wir im Kontext der Grenzpolitik analysieren. Zwischen 1985 und 1990 haben sich erst die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und die Benelux-Länder, und nach und nach fast alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu einer gemeinsamen Außengrenzpolitik unter dem Namen Schengen zusammengeschlossen. Deren systematisch aufgebautes Feindbild sind die Flüchtlinge und MigrantInnen, die sich unkontrolliert und ohne staatliche Genehmigung das Recht der selbstgewählten Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit nehmen.

Zu Beginn der 90er Jahre hat sich die Verschränkung von Flüchtlingspolitik und Europapolitik durch die Schaffung von Brennpunkten wie der Außengrenze vor allem lokal – z. B. an Oder und Neiße – artikuliert. Aber seit 1997 – der Intervention in Albanien – und erst recht seit 1999 – der Intervention im Kosovo und in der Bundesrepublik Jugoslawien – hat sie sich zusätzlich in die Frage nach dem Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den von ihr abhängigen neuen Staatsverwaltungen in Südosteuropa verwandelt, die hier provisorisch »Protektorate« genannt werden sollen. Entsteht so ein Europa der zwei Klassen – Souveränität und Normalität der neuen EU auf der einen Seite, Ausnahmezustand und Protektion auf dem Balkan auf der anderen Seite? Privilegien für die EU-BürgerInnen einerseits und Underdogs auf der anderen Seite, denen aufgrund ihrer Balkan-Herkunft und ihrer heimlichen Ankunft in der EU die Persönlichkeit, die soziale Eingebundenheit und der juristische Status abgesprochen werden? Es sind die migrations- und flüchtlingspolitischen Analysen und Maßnahmen der letzten Jahre, die aus dem Balkan das bedrohliche Hinterland der EU gefertigt haben.

Hier ist nicht der Ort, um auf die Sezessionskriege im zerfallenden Jugoslawien einzugehen. Wichtig ist, wie die EU-Institutionen diese furchtbaren Entwicklungen in Politik übersetzen. Ähnlich wie bei der ostdeutschen Grenze Anfang der 90er Jahre regiert die flüchtlingspolitische oder gar kriminalpolitische Panikmache. Es heißt, es seien neue Instrumentarien zu entwickeln, um die Gefahren des Emigrations- und Kriminalitätsexports zu bannen. Die Fahndung entlang der Fluchtwege, die Installierung eines Frühwarnsystems und die Schaffung von »sicheren Häfen« oder in-



ländischen Fluchtalternativen seien die flüchtlingspolitischen Aufgaben, die sich die EU für die unmittelbare Zukunft vornehmen sollte.

Die neue geopolitische Vision Westeuropas wird am deutlichsten im Strategiepapier zu Asyl und Migration erkennbar, das die österreichische EU-Präsidentschaft am 1. Juni 1998 vorgelegt hat und das wenig modifiziert vom Rat der Europäischen Union einige Monate später angenommen wurde.[3]

Abschottungspolitik à la EU

Die Flüchtlings- und Bevölkerungspolitik wird zum Schrittmacher einer neuen europäischen Raumordnung. Osteuropa und die übrige Welt werden nach migrationspolitischen Kriterien in eine neue Landkarte konzentrischer Kreise unterteilt. Die EU legt sich Hinterhöfe und Einflussbereiche zu.

Manche Grenzfunktionen werden nun in die Herkunftsländer vorverlegt. Polizeiliche Verbindungsbeamte der EU-Staaten sind an den dortigen Flughäfen stationiert; die Kontrolle der Bevölkerung des Kosovo geschieht mit den modernsten Mitteln der Personenerfassungssysteme. Die Regionalmacht Europa, die auf die Weltbühne drängt, dehnt ihre politischen, wirtschaftlichen, polizeilichen und kulturellen Machtbereiche geografisch aus. Hier überlagern neue Grenzen die auswärtigen Bevölkerungen.

Die Definition der Schengener Außengrenze gehorchte in den ersten Jahren polizeilichen Imperativen. Es war die obskure Politik des Schengener Clubs und der sogenannten Dritten Säule der Europäischen Union, in der die verschiedensten Polizeigremien und Innenministerien zusammenarbeiteten. Jetzt betritt zusätzlich die Europäische Kommission, die das Geld verwaltet und mit den Multinationalen sowie den NGOs zusammenarbeitet, die Bühne der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Auch die »Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik« formiert sich auf diesem Feld. Mit der Expansionsgrenze verändern sich die Begründungen und Politikstile. Militärische Interventionen mit angeblichen humanitären Zielsetzungen gehören ebenso dazu wie die EU-weite Diskussion über die Renten der Zukunft und die westeuropäischen Bevölkerungsplanungen. Da die Grenzpolitik nicht mehr nur an der Außengrenze gemacht wird, sondern auch in den Herkunftsgebieten, werden zunehmend NGOs aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit einbezogen.

In Pristina, der Hauptstadt des Kosovo, sind unzählige westliche Nichtregierungsorganisationen präsent. Viele von ihnen erhalten keine Gelder, wenn sie sich in Berlin um Flüchtlinge kümmern, wohl aber, wenn sie die Rückgeschobenen im Kosovo in Baracken einweisen. Und aus den Grenzschützern, denen die hiesigen Flüchtlingshilfsorganisationen unmenschliche Praktiken an der Ostgrenze und auf den Flughäfen vorwerfen, sind an der Grenze des Kosovo angeblich Friedensschützer geworden. Jüngst wurden 52 BGS-Polizisten für ihre Kontrollen an den Grenzen des Kosovo mit UN-Friedensmedaillen ausgezeichnet.

Das Feindbild wandelt sich dabei. Es sind nicht mehr allein die heimlichen GrenzüberschreiterInnen, die zur Bedrohung hochstilisiert werden, sondern die so genannte Organisierte Kriminalität, die »Schlepper und Schleuser«, die auf dem Feld der Flucht und Migration kommerziell agieren.

Das zeigt auch der Prozess in Berlin: Es ist nicht mehr ausschließlich der Bundesgrenzschutz, der wie in früheren Jahren die meisten Fluchthilfeprozesse angestrengt hatte. Statt dessen hat die Landespolizei Berlin – wie auch die anderer Bundesländer – eine spezielle Ermittlungsgruppe gebildet, an der sich auch der Bundesgrenzschutz und die Berliner Staatsanwaltschaft beteiligen. In der Ermittlungsphase wurden nicht nur die Telefonate ausgewertet, sondern auch in großem Umfang die aufgezeichneten Anhörungen von AsylantragstellerInnen beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg und die angeblich nachweisbaren Geldtransfers von Berlin ins Kosovo. Die unterschiedlichsten Behörden im Landesinneren, die von ihrer Kompetenz her nichts oder nur am Rande etwas mit heimlichem Grenzübertritt zu tun haben, arbeiten mit.

Konstruktionen zur Kriminalisierung

Wie machte die Berliner Polizei aus den FluchthelferInnen bedrohliche Kriminelle? In der Anklageschrift ist keine einzige Beschwerde von alleinstehenden Frauen, alleinreisenden Kindern und Jugendlichen oder von um ihr Geld betrogenen Flüchtlingen notiert. Statt dessen hatten die Flüchtlinge, wenn sie von der Polizei gefasst wurden, mit Übergriffen und institutionellem Rassismus zu rechnen: Wenn ihr Fluchtweg anhand von Paßeinträgen oder Fahrkarten nachweisbar war, wurden sie zurückgeschickt, über die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn bis nach Jugoslawien. Die Anklageschrift dokumentiert mehrere dieser inhumanen Kettenrückschiebungen ins Kriegsgebiet, in das Hoheitsgebiet der feindlichen Kriegspartei während der Bombardierungen – eine eklatante Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention, worauf bisher niemand aufmerksam gemacht hat.



Zur kriminellen Organisation machte die Berliner Polizei die verschiedenen FluchthelferInnen in der faktischen Zusammenarbeit mit den Sozialbehörden. Bereits vor dem Krieg begann in Berlin ein Sozialexperiment: Mit Hilfe eines neuen Gesetzes entzog der Senat den neuankommenden Flüchtlingen aus dem Kosovo jegliche soziale Unterstützung, wenn sie keinen Pass vorlegen konnten. Bei Vorlage des Passes und eines Asylantrags erhielten sie dagegen monatlich 80 D-Mark, ein Bett in einem Lager und Fresspakete. Die gezielte Aushungerung der Neuankommenden sprach sich bis zu den Flüchtlingen im Kosovo herum. Sie mussten separat von ihrem Fluchtweg ihre Pässe über Kurierdienste bis nach Berlin verschicken. Die Fahndungslage und die Sozialpolitik zwangen sie dazu, ohne Pass zu reisen, aber mit einem Pass in Berlin anzukommen. So entstand ein Paßkurierdienst. Für 50 D-Mark kann man seinen Pass dieser parallelen Post anvertrauen. Man ruft nach der Ankunft in Berlin an und erkundigt sich nach dem Verbleib des Dokuments.

Menschen sind letztlich nicht zu kontrollieren. Erst der Paß, also die behördliche Repräsentation einer Person, und erst der separate Kurierweg des Passes ermöglicht die Konstruktion eines Organisationsdelikts. Den meisten Flüchtlingen und MigrantInnen gelang die mehrfache heimliche Grenzüberschreitung durch die Transitländer bis nach Deutschland. Erst beim Versuch, ihren Paß wiederzuerlangen, gerieten sie in die Fahndungsnetze. Und es entsteht das Feindbild der kriminellen Organisation, aus der alle sozialen Aspekte hinausgefiltert sind.

Somit stehen wir vor einer neuen Diskussion. Wie können wir die Realität der Menschen aufgreifen, die nur auf heimlichem Weg ihre Herkunftsregion verlassen können? Wie können wir die unkontrollierte Migration und Flucht unterstützen, die die Grenzen zwischen den westlichen Metropolen und den neuen Protektoraten unterlaufen und überschreiten? Die neue Grenzpolitik geht nicht nur über die auswärtigen Bevölkerungen hinweg und formt sie zu Hinterhof-Insassen. Sie erfasst auch unsere gesellschaftliche Praxis, sie dehnt sich nach Innen aus. Die Berliner Sozialbehörde, die Menschen jegliche Existenzhilfe versagt, und der Prozess im Berliner Landgericht befinden sich vor unserer eigenen Tür. ■

1| Az 68 Js 347/98. Der Prozess begann am 30. Oktober 2000 vor dem Berliner Landgericht.

2| § 92 b Ausländergesetz (1990): Mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer »gewerbsmäßig« oder »als Mitglied einer Bande« bei der nichtgenehmigten Einreise von Ausländern in das »europäische Hoheitsgebiet einer der Vertragsstaaten des Schengener Übereinkommens vom 19. Juni 1990 »Hilfe leistet«.

2| Strategiepapier zur Migrations- und Asylpolitik, 1.7.1998, 9809/98, CK 4 27, ASIM 170.

Frisst die »Wende« ihre Kinder?

Die FPÖ zwischen Durchbruch und Absturz

Mit dem Eintritt in die Regierung erreichte die FPÖ ein Etappenziel auf dem Weg zu Haiders Kanzlerschaft. Kurzfristig jedoch profitierten die Freiheitlichen nicht von der Regierungsbeteiligung. Seit einem Jahr stecken sie Niederlage um Niederlage ein.

| Nach den Verlusten der FPÖ bei Lokal- und Interessenvertretungswahlen folgte am 15. Oktober vergangenen Jahres bei den Wahlen in der Steiermark die bis dato größte Schlappe: Gerade einmal 12,4 Prozent der Stimmen entfielen auf die »Freiheitlichen«, was ein Minus von 4,7 Prozent bedeutet. Jedoch blieb der erwartete Rückstrom der »kleinen Leute« zur Sozialdemokratie aus. Die SPÖ verlor nach einem Anti-Sozialabbau-Wahlkampf 3,5 Prozent. Die Steiermark-Wahl ist – auch angesichts des 11prozentigen Zugewinnes für die ÖVP – also kaum als »Protestwahl« angesichts der Sparmaßnahmen im Sozialbereich zu interpretieren.

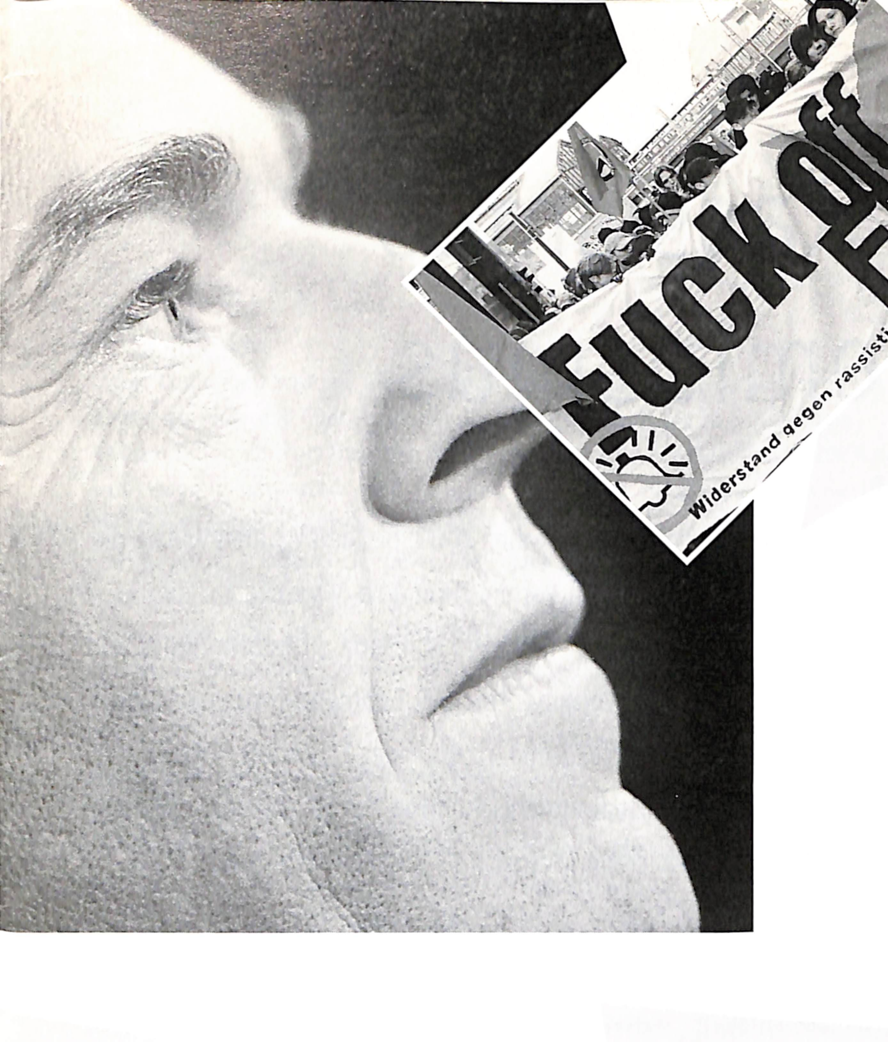
Dennoch feiert die sozialdemokratische Linke bereits die Auflösung des Bündnisses zwischen rechtsextremen Eliten und ArbeiterInnen. Auf die Tatsache, dass im Oktober 1999 47 Prozent der unselbständig Beschäftigten FPÖ wählten, reagierten viele Linke mit dem beleidigten Hinweis, dass diese »neoliberale« Partei gar nicht die Interessen der »kleinen Leute« vertrete. Als ob rationale Interessensabwägung und nicht massenhafter Rassismus und Antisemitismus sowie die Bindung an Haider bei der Entscheidung, FPÖ zu wählen, ausschlaggebend gewesen wären, appellieren die KonkurrentInnen der FPÖ an die sozial-ökonomische Vernunft der »kleinen Leute«. Aber im hegemonialen populistischen Diskurs spielt diese Vernunft keine Rolle. An ihre Stelle tritt das soziale Ressentiment gegen »die da oben« und gegen Gruppenfremde. Somit erklären sich die FPÖ-Niederlagen – neben dem Fehlen des charismatischen Führers – aus der weitgehenden Mäßigung in der rassistischen Hetze und der national-sozialen Agitation, wie sie der FPÖ vom Koalitionspartner und dem kritischen Ausland abgenötigt wurde. Das erkennen auch die völkischen Fundis: Haider-Berater Andreas Mölzer sieht darin den »wesentlichste(n) Grund für den Absturz der Freiheitlichen«. Die FPÖ habe »in den Arbeiterbezirken (...) keine Antwort auf die Ausländerproblematik zu geben« gewusst, ja »diese kam im Wahlkampf der steirischen FPÖ vornehmerweise nicht einmal vor.«[1]

Gleich der FPÖ-Spitze erkennt auch Mölzer darüber hinaus in Haiders formalem Rückzug von der Parteispitze eine Ursache für die Serie von Niederlagen. Daher rät er dem Idol, sich zu »überlegen, welche radikalen Maßnahmen er innerparteilich ergreifen wird müssen, da sonst ein 15jähriges Aufbauwerk in ein, zwei Jahren vertan sein kann.«[2] Tatsächlich gilt eine Rückkehr Haiders an die FPÖ-Spitze als ausgemacht. Dort soll er spätestens im Wahljahr 2003 weitere Geländegewinne des wirtschaftsliberalen Flügels verhindern helfen. Dieser Flügel konnte seine Positionen ausbauen, da ExponentInnen der national-sozialen Mehrheitsströmung von Regierungsämtern weitgehend ausgeschlossen wurden. Möglicherweise droht der FPÖ das Schicksal des Front National, dessen Spaltung sich auch als eine Trennung des national-sozialen und des neoliberalen Flügels darstellt.

Zunehmende antisemitische und rassistische Hetze

Tatsächlich mehren sich die Anzeichen, dass die FPÖ, bestärkt durch ihren »Sieg« gegen die »Feinde Österreichs« (Haider über die 14 anderen EU-Staaten), nun alle taktischen Rücksichtnahmen ablegen wird. Gerade die anstehenden Wiener Wahlen lassen sich nur gewinnen als Kampagne gegen »Überfremdung«, »linksextremen (Tugend)Terror« und die Weltherrschaftsambitionen der »US-amerikanischen Ostküste«. Der Auftakt dieser Kampagne erfolgte am 20. Oktober 2000 in der Wiener Stadthalle. Dort bot Haider zunächst tiefe Einblicke in sein Verständnis von Versammlungs- und Meinungsfreiheit: »Wien soll endlich von den Linken befreit werden. (...) In Kärnten traut sich ja schon längst kein Linker zu demonstrieren, in Wien ist das anders.« Im Anschluss an die FPÖ-Veranstaltung schritten einige Zuhörer zur Tat: Nachdem in der Stadthalle gegen den demonstrierenden »roten Mob« gehetzt worden war, schlugen Neonazis auf die Demonstranten ein und verletzten mehrere AktivistInnen der Sozialistischen Jugend. Überhaupt stieg die Anzahl rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten im vergangenen Jahr sprunghaft an, wofür sogar das Innenministerium die Regierungsbeteiligung der FPÖ mitverantwortlich macht.





In der Stadthalle bezog Haider auch neuerlich Stellung zur »Wiedergutmachung«: Diese betreffe »nicht nur die in New York und im Osten, sondern vor allem auch unsere sudetendeutsche Freunde. Wir wollen uns zuerst um die eigenen Leute kümmern.« Deutlicher als je zuvor machte er aus den jüdischen NS-Opfern »die in New York« – was beim grölenden Publikum umgehend die Assoziation mit Macht und Geld hervorrief – und stellte ihnen die »Freunde« und »eigenen Leute« gegenüber. Damit schrieb er unumwunden die NS-Volksgemeinschaft fort. Schließlich verlangte Haider »eine klare Sichtung« der ausländischen Wohnbevölkerung. Das Ergebnis dieser »Sichtung« lieferte er gleich mit: »Viel zu viele Illegale, Straftaten, Drogenhändler«. Dann präsentierte er unter dem Gejohle des Mobs auch gleich die Lösung – »eine konsequente Beseitigung«.

Am Beispiel des Bewegungsrassismus lässt sich übrigens eine der hartnäckigsten Legenden entlarven, nämlich die von der Identität von Kapitalinteressen und Regierungspolitik. So verhallten alle Rufe der Industrie nach ausländischen Informatik-Fachkräften ungehört. Statt von ökonomischer Rationalität wird die Regierungspolitik geleitet von völkischem Reinheitswahn.

Die Spitzelaffäre

Seit jeher wird Haider und sein Anhang durch das Gefühl zusammengeschweißt, von finsteren Mächten verfolgt zu werden. Die kollektive Paranoia der »echten Österreicher«, jener Hetzmasse, die sich als Opfergemeinschaft sieht, wird wohl die FPÖ den Spitzelskandal unbeschadet überstehen lassen. Die Abwehrstrategie erschöpft sich weitgehend in der Konstruktion einer groß angelegten Verschwörung. Haider nannte die Vorwürfe gegen ihn und führende FPÖ-Politiker Erfindungen »kranker Journalistengehirne«. Es tauchten bereits Inserate auf mit den Köpfen von Haider und dem Wiener FPÖ-Obmann Kabas – mit der Überschrift »Den Mächtigen im Weg«. Wen meint hier die Regierungspartei, wenn nicht jene »bekannte Macht«, die im Hintergrund die Fäden zieht? Nicht minder deutlich der Hinweis des Kärntner FPÖ-Vorsitzenden Freunschlag: Er bezeichnete den ÖVP-Innenminister Strasser, der die Ermittlungen gegen die FPÖ-Spitze zugelassen hatte, als »Judas«.

Die wüsten Angriffe auf den Innenminister und seine Beamten trieben die Koalition im Herbst an den Rand des Zerfalls, mittlerweile haben sich jedoch die Wogen geglättet. Die FPÖ vertraut wieder dem Rechtsstaat, zumal mit Justizminister Böhmdorfer einer der ihren diesem vorsteht. Böhmdorfer beteuerte zwar, in dieser heiklen Angelegenheit nicht von seinem Weisungsrecht gegenüber der Staatsanwaltschaft Gebrauch zu machen, stellte aber vorsorglich fest, sein Freund Haider sei für ihn »über jeden Verdacht erhaben«. Im Falle der Straffreiheit für Haider scheint die FPÖ tatsächlich bereit zu sein, ein paar Spitzenfunktionäre zu opfern, um die Koalition zu retten. Dies fällt um so leichter, als die Betroffenen ohnehin Relikte aus der Bewegungsphase darstellen und in ihrem von jeder taktischen Rücksichtnahme freien Extremismus den Bestand der »Wenderegierung« gefährden.

Jene FPÖ-KritikerInnen, die angesichts der Ausmaße der Spitzelaffäre bereits das Ende Haiders und der FPÖ feiern, übersehen ein zentrales Motiv der Haider-Inszenierung: Diese Inszenierung ist nicht nur durchzogen von Gewalt- und Rachephantasien, sondern bricht auch mit herkömmlichen Vorstellungen von Recht und Moral. Haider muss im Kampf gegen das Unrecht bestimmte Regeln verletzen. Oder, um es in der Sprache der FPÖ zu sagen: Wer ausmistet, der macht sich schon auch mal selber schmutzig. Tatsächlich spricht Haider bereits von »Notwehr«, bei welcher es erlaubt gewesen sei, auch illegale Mittel anzuwenden. Da innerhalb der Hetzmasse nur eine der Nützlichkeit verpflichtete Binnenmoral Geltung hat, wird an ihr alle Empörung über den Rechtsbruch abprallen. ■

Vom Österreich-Korrespondenten des AIB.

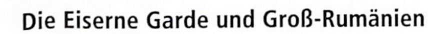
1| Zur Zeit 43/00

2| ebd.

Zwischen Rassismus und Antisemitismus

Rumäniens spezifischer Faschismus und die »Eiserne Garde«

Rumänien im November 2000: Bei den Wahlen wurde die »Groß-Rumänien Partei« (România Mare) von Vadim Tudor zur zweitstärksten Kraft. Tudor, einst Hofpoet Ceauçescus, macht eine Verschwörung von Juden, Ungarn, Roma und allen, die keine »reinen« RumänInnen seien, für die Probleme des Landes verantwortlich. Zunehmend verwenden die großen Parteien nationalistisches und rassistisches Vokabular. Und die faschistische »Legion des Erzengels Michael«, auch »Eiserne Garde«[1] genannt, erlebt ein Revival. Sie stellt einen spezifisch rumänischen Typ des Faschismus dar. Ihre Ideologie ist eine Mischung aus orthodoxem Fundamentalismus, christlichem Mystizismus und Antisemitismus.



Die Eiserne Garde und Groß-Rumänien

Tudors Propaganda ist voller Rückgriffe auf den rumänischen Faschismus und trifft auf einen gesellschaftlichen Konsens, den Beobachter folgendermaßen beschreiben: »Die Kontinuität des rumänischen Nationalismus in der postkommunistischen Zeit ist unbestreitbar und stellt sowohl die extreme Rechte wie auch Linke zufrieden. Und über allem thront die Orthodoxe Kirche.«[2]



▲ Corneliu Codreanu, der Gründer der faschistischen Legion »Erzengel Michael«, aus der 1930 die »Eiserne Garde«. hervorging.

Zum Verständnis ist ein Blick zurück notwendig: Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Rumänien durch Gebiets- und Bevölkerungsgewinne zu einem Staat, in dem 30 Prozent der Bevölkerung aus ethnischen Minderheiten bestand.[3]

Diese Minderheiten wurden pauschal als »Fünfte Kolonnen« der Nachbarländer angesehen und galten als Gefahr für ein einheitliches Rumänien. 1927 wurde unter Führung von Corneliu Codreanu die faschistische Legion »Erzengel Michael« gegründet, aus der 1930 die »Eiserne Garde« hervorging. Codreanu agitierte für eine »nationale Wiedergeburt«, die er mit Blut, Boden und Christentum definierte.[4]

Anfang der 30er Jahre vergrößerte sich die Anhängerschaft der Legion. Ihre antisemitische Erklärung für die durch eine »jüdische Weltverschwörung« entstandene Wirtschaftskrise fand auch bei der Mittelschicht und Teilen der Arbeiterschaft Gehör.[5] Die regierenden Nationalliberalen schritten nur halbherzig ein, denn die breite Öffentlichkeit – darunter Zeitungen, die Orthodoxe Kirche, Akademiker – sympathisierte mit der antisemitischen Bewegung.

In der Zwischenkriegszeit organisierte die »Eiserne Garde« Anschläge, Pogrome und Massenaufmärsche. Die extreme Rechte erhielt soviel Unterstützung, weil sie die erste Bewegung war, die die Massen in die Politik einbezog. Auch viele Rumäniendeutsche unterstützten die faschistische Bewegung und reihten sich mehrheitlich widerstandslos als sogenannte »Volksdeutsche« in NSDAP, Wehrmacht und SS ein.

Als 1940 der Sohn von König Carol II die Thronfolge antrat, putschte sich General Antonescu an die Macht und proklamierte 1941 zusammen mit der »Eisernen Garde« den »National-Legionären-Staat«. Während der fünf Monate, in denen die »Eiserne Garde« Antonescus Partner war, wurden bei Pogromen mehrere tausend Juden ermordet. Später wurden sie wie die Roma[6] in Ghettos oder Vernichtungslager nach Transnistrien deportiert, wo Zehntausende Roma und Hunderttausende Juden starben.[7] Schließlich zerstörte Antonescu die »Eiserne Garde«, die seine Machtstellung bedrohte. Nachdem die Rote Armee im August 1944 die Front durchbrochen hatte, wurde Antonescu entmachtet. Rumänien kämpfte nun gegen das Deutsche Reich.

Das »nationalkommunistische« Nachkriegsrumänien

Zwischen 1945 und 1947 wurden Antonescu und andere ex-Regierungsmitglieder angeklagt. Ein Schwarzbuch über die Judenverfolgung wurde erstellt, das jedoch von den Behörden totgeschwiegen[8] bzw. beschlagnahmt wurde.[9] Parallel zur antisemitischen Kampagne in der Sowjetunion wurden auch in Rumänien Juden – darunter führende KommunistInnen – mit fingierten Spionagevorwürfen verhaftet und zu langen Haftstrafen verurteilt.

Mit dem in den 60er Jahren begonnenen nationalkommunistischen Kurs widersetzte sich Rumänien der RGW-Arbeitsteilung.[10] Dieser antisowjetische Kurs wurde vom Westen mit Krediten honoriert.

Unter Ceauçescu wurden die Kommunisten ab Ende der 60er Jahre als die wahren Erben der rumänischen Nationalbewegung dargestellt und in eine Reihe mit antisemitischen Nationalisten gestellt.[11] Öffentlich geleugnet wurde der rumänische Holocaust erstmals in den 80er Jahren in der Zeitschrift »Saptumana« (Die Woche), in der auch Vadim Tudor publizierte.

Nach 1989: Zwischen Groß-Rumänien und EU

Die Reintegration der Antisemiten in die Ahnenreihe der rumänischen Nationalhelden beschleunigte sich nach dem Sturz Ceauçescus. In einer Gesellschaft, in der eine Parlamentsmehrheit Antonescu ehrt, lassen sich die rechten Kräfte immer radikalere Forderungen einfallen, um sich zu profilieren. Die öffentliche Auseinandersetzung mit der Geschichte strotzt vor Fälschungen: Nur wenige nehmen zum Massenmord an Roma und Juden Stellung und bekämpfen die »Transnistrien-Lüge«.[12] Die wenigen linken (Menschenrechts-) Gruppen können den gesellschaftlichen Diskurs nicht beeinflussen. Ihre Zusammenarbeit mit VertreterInnen der Minderheiten ist in dem nationalistischen Klima schwierig.

Die Angst breiter Bevölkerungsschichten, zu den VerliererInnen des Transformationsprozesses zu gehören, wird auf AusländerInnen und Roma projiziert. Es existiert ein doppeltes Feindbild: Einerseits das der wohlhabenden Roma-HändlerInnen und andererseits das der bedrohlichen Masse von sozial Schwachen. So fallen Forderungen der Zeitung »Noua Dreapta« (Neue Rechte) nach »Entfernung der kriminellen Roma« durch Zwangsarbeit und Sicherheitsverwahrung auf fruchtbaren Boden. Angesichts der sich häufenden Pogrome gegen Roma sind das nicht nur Phantasien. Die politisch Verantwortlichen gehen nicht gegen die Anstifter vor, sondern erklären die Opfer zu Schuldigen.

Auf den rumänischen Wunsch nach Aufnahme in die Europäische Union (EU) reagiert diese mit Forderungen nach ökonomischen Strukturanpassungsmaßnahmen und nach Angleichung der Rechtsprechung an westeuropäische Standards. Jegliche Kritik aus dem Ausland wird zum Angriff auf die Souveränität Rumäniens stilisiert.

Die Legionäre von heute

Unter anderem in der moldawischen Hauptstadt Iasi im Nordosten Rumäniens – dem Gründungsort der historischen »Eisernen Garde« – bemühen sich deren heutige Anhänger um die Wiederbelebung faschistischer Ideologie. Seit einigen Jahren organisieren die sogenannten »Legionäre des Erzengels Michael« Veranstaltungen, über die lokale Medien völlig unkritisch berichten. So wird bei Vorträgen ein »Groß-Rumänien« in den Grenzen von 1918 und der »rumänische, nationale und christliche Geist« beschworen. Anlässe für Veranstaltungen sind Jahrestage, wie z. B. der 100. Geburtstag des Begründers der »Eisernen Garde« Codreanu. Der »Jahrestag« der pogromartigen Ausschreitungen gegen jüdische Studenten 1922 wird von den heutigen Legionären als »Erwachen der christlichen rumänischen Studentenschaft« zelebriert. Hier treffen sich »Heil Codreanu« rufende Studenten und Greise aus den Reihen der historischen Legionäre. Die rechtsextreme Szene ist mit 80–100 Personen vertreten. Den Kern bilden ein Dutzend »Grünhemden«, die als Saalschutz und Leibgarde des selbsternannten Capitan Mihai Popa fungieren. An der Organisation der Veranstaltung beteiligten sich auch die christliche Gesellschaft »Stiftung der Frohen Botschaft« und der Studentenrat der Technischen Universität Iasi, dessen Vorsitzender ein aktiver Legionär ist. ■

1| Die »Eiserne Garde« stützt sich auch auf rechtsextreme Exil Rumänen in Europa und den USA.

2| Salcudeanu, N.: Present day Reverberations of the Traditionalism-Nationalism-Orthodoxism Synthesis Professed by »Gandirea« Magazine; aus »Ethnicity and Religion in Central and Eastern Europe«, Conference in Cluj 1995.

3| Wagner, R./Frauendorfer H.(Hg): Der Sturz des Tyrannen. Rumänien und das Ende einer Diktatur, S. 159 ff.

4| Mosse, G.L.: Die Geschichte des Rassismus in Europa, Frankfurt a.M. 1996, S. 231 f.

5| Hausleitner, M./Katz, M. (Hg.): Juden und Antisemitismus im östlichen Europa, Berlin 1995, S. 64.

6| Die Bezeichnung Roma und Sinti ist in Rumänien unbekannt. Neben dem traditionellen und meist abwertenden »t[z]igan«, lautet die Eigenbezeichnung »rromi«.

7| Achim, Viorel: Tiganii în istoria României (Gypsies in the history of Romania), Bucharest 1998, S. 189–190; Richardson, Dan and Burford, Tim: Romania – The rough guide, London 1995, S. 314–316.

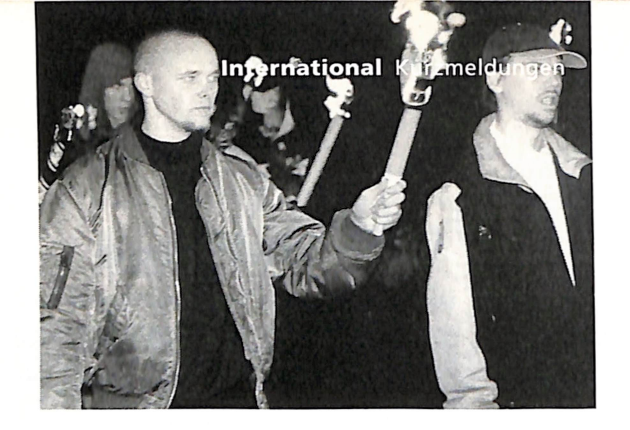
8| Totok, W.: Rumänisierung. Die Nationalitätenpolitik von 1918 bis 1990. In: Wagner, R./Frauenhofer, H., S. 113.

9| Vgl. Matatias Carp: Cartea neagrv a suferintelor evreilor din Romania 1940–1944, 3 Bde., Bucuresti 1946–1948.

10| Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde 1949 als Wirtschaftsgemeinschaft der staatssozialistischen mittel- und osteuropäischen Staaten gegründet, später traten auch nicht-europäische Staaten bei. Der Versuch, 1962 eine überstaatliche gemeinsame Wirtschaftsplanung einzuführen, scheiterte am Widerstand Rumäniens.

11| Hausleitner, M./Katz, M. (Hg.), S. 68 ff.

12| Ebenso wie Revisionisten den nationalsozialistischen Holocaust leugnen, wird auch die Massendeportation und Vernichtung in Transnistrien geleugnet.



Schweden

| Rund 1.000 Neonazis versammelten sich am 16. Dezember 2000 in der Kleinstadt Salem südlich von Stockholm zu einer der größten Neonazidemonstrationen in Schweden seit den 40er Jahren. Unter den Teilnehmern war das gesamte Spektrum der organisierten militanten Neonaziszene vertreten, wie »Blood & Honour«, die »Nationale Jugend« und die »Nationalsozialistische Front«. Anlass des Aufmarsches, der vom Anführer der Stockholmer »Anti-Antifa« Robert Vesterlund organisiert wurde: Am 6. Dezember wurde in Salem ein 17jähriger Naziskinhead und Mitglied der Naziband »White Legion« von einer Gruppe jugendlicher MigrantInnen angegriffen und mit einem Messerstich getötet. Der tote Naziskin wurde innerhalb weniger Tage zum Märtyrer der Naziszene. Unklar ist bisher, inwieweit die Messerstiche gegen den Naziskin eine Reaktion auf den rassistischen Angriff gegen einen ungarischen Fahrkartenverkäufer in Stockholm waren, der sich drei Tage zuvor ereignete. Zwei Naziskinheads hatten den Mann attackiert und ihm mit Fußtritten gegen den Kopf schwere Hirnblutungen zugefügt. Bei der Festnahme schrie einer der Täter: »Ich bin ein Nazi und stolz darauf«. Der Angriff rief in der schwedischen Öffentlichkeit große Empörung hervor. In den vergangenen zehn Jahren starben in Schweden mindestens 15 Menschen bei rassistischen, antisemitischen und gegen Schwule und »politische Gegner« gerichteten Übergriffen. ■

Italien

| Am 21. Dezember 2000 explodierte im Eingangsbereich der kommunistischen Tageszeitung »Il Manifesto« eine Bombe. Dabei entstand erheblicher Sachschaden und der mutmaßliche Attentäter Andrea Insabato wurde erheblich verletzt. Insabato ist nach Angaben des italienischen Geheimdienstes seit 1980 Mitglied der »Terza Positione«. Sie wird von dem bekannten italienischen Neonazi Roberto Fiore angeführt. Insabato hatte aber auch internationale Kontakte. So lautete eines der vier in Großbritannien registrierten Spendenkonten der »International Third Position« auf seinen Namen. Darüber hinaus hatte er enge Kontakte zum römischen Vorsitzenden der rechtsextremen Partei »Forza Nuova«. Ungeklärt ist, ob Insabato den Anschlag alleine durchführte oder ob er dabei Helfer hatte. Italienische Politiker reagierten nach dem Anschlag mit Verbotsforderungen gegen die »Forza Nuova«. Vor dem Hintergrund bevorstehender Wahlen befürchten viele eine Rückkehr der extremen Rechten zur »Strategie der Spannung« wie in den 70er und frühen 80er Jahren. ■



Frankreich

Antifaschisten verurteilt

| Am 22. Februar wurden die beiden französischen Antifaschisten Yves Peirat (40) und William Ferrari (38) der Mitgliedschaft in der militanten Antifagruppe »Francs Tireur Partisans« (FTP) und Beteiligung an zehn Sprengstoff- und Brandanschlägen auf Büros des rechtsextremen »Front National« (FN) und andere neonazistische Objekte mit Symbolwert zwischen 1991 und 1998 für schuldig befunden. Die beiden waren im Oktober 1999 festgenommen worden und saßen seitdem in Untersuchungshaft. Der dritte Angeklagte, Albert Peirat, wurde freigesprochen. Ein Marseiller Strafgericht verurteilte Yves, der in der Hauptverhandlung die alleinige Verantwortung für die Anschläge übernommen und seine beiden Mitangeklagten entlastet hatte, zu fünf Jahren Haft. William erhielt eine 18monatige Bewährungsstrafe und wurde aus derUntersuchungshaft entlassen. Beide sollen rund 650.000 Francs Schadensersatz zahlen – davon alleine an die zur Zeit von der FN-Bürgermeisterin Catherine Mègret regierte Stadt Vitrolles 290.000 Francs. In Vitrolles hatte die FTP durch die Sprengung einer Trafostation versucht, ein Neonazikonzert zu verhindern. Bei keinem der Anschläge wurden Menschen verletzt.

Als Zeugen der Verteidigung hatte unter anderem André Jurquet, Mitglied der historischen »Francs Tireur Partisans« – der Widerstandsgruppe gegen die NS-Besatzung Frankreichs, deren Namen die militante Antifa-Gruppe übernahm – erklärt: Für ihn sei es eine Ehre, dass Yves Peirat den Namen der Organisation wieder aufgenommen hatte. Er sei zwar nicht mit den Methoden, aber »sicher mit dem ausgewählten Ziel einverstanden«. Eine Anwohnerin aus Marseille, deren Auto bei einem Anschlag gegen den FN mitbeschädigt wurde, erklärte, sie habe ihre Zivilklage gegen die Angeklagten aus Solidarität mit den FTP zurückgezogen, da sie »gegen den FN und die Skinheads« sei. Weitere Zeugen berichteten über die zunehmende rassistische Gewalt und rechte Hegemonie in Südfrankreich, seitdem der FN zu einem kommunalen Machtfaktor geworden ist.

Versuche des FN, die Anklage in »organisierten Terrorismus« abändern zu lassen und Schadensersatzansprüche in Millionenhöhe durchzusetzen, scheiterten u.a. auch an der solidarischen Öffentlichkeit, die ein breites Bündnis von AntifaschistInnen und antirassistischen Gruppen aus ganz Frankreich organisieren konnten. Jetzt, wo der Prozess vorbei ist, soll diese Solidarität weitergehen. Yves Peirat soll nicht im Knast vergessen werden; außerdem brauchen die Verurteilten finanzielle Unterstützung. ■

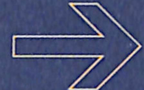
Weitere Infos:

http://www.samizdat.net/solidarite/html/kit.html

Aboniert

das antifaschistische info blatt





Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben 30,– DM

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 6,– DM

→ ab 5 Exemplaren 20 % Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25 % Rabatt

* Alle Preise inclusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Backissues

Mehr als zehn Jahre Antifa und Infos in einem Blatt. Entwicklungen, Diskurse erfahren und nachvollziehen oder das eigene Archiv komplettieren, kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des Infos bestellen.

Lieferbare Ausgaben

14 | 17 | 18 | 23 bis 51

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (zwischen 3,– und 6,– DM)

Bundels

Info-Paket A

14 | 17 | 18 | 23 bis 26 15,– DM

Info-Paket B

27 bis 33 22,– DM

Info-Paket C

34 bis 40 22,– DM

Alle Info-Pakete 50,– DM

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
15. Jahrgang | Nr. 52 | (1) 2001

Preis 6,– DM

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
Fax 030.6946795
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Gestaltung
mit Links gestalten

Eigentumsvorbehalt
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

free movement now!



Weitere Informationen und Videos zu den Aktionstagen und zur Residenzpflicht

www.humanrights.de
www.freespeech.org/inter/residenz
www.umbruch-bildarchiv.de/video

Kampagnenkoordination
The_VOICE_Jena@gmx.de
Tel. 0 36 41 . 66 52 14

Spendenkonto
Postbank Leipzig
Kto-Nr. 0231 633 905
BLZ 860 100 90
»Residenzpflicht«

Residenzpflichtgesetz abschaffen!

Aktionstage
17. – 19. Mai
Berlin